Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek bei der Arbeiterkammer in Wien
Ps 4442

Bibliothek der Arbeiterkammer für Wien

ie

iften

die

Sozialdemokratie.

Kritischer Bericht über die Lage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung.

Von

Parvus.

Dritte Auflage.

Preis 30 Pfennig.

Dresden 1896
Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" (August Kaden).

Po 4442

Nachlass
Pernerstorfer

Bibliothek der Arbeiterkammer für Wien

Vorwort zur ersten Auflage.

Die Streiks dieses Frühjahr (1896) haben auf vielen Seiten überrascht. Sie entstanden spontan, regellos, aber an zahllosen Orten und in den verschiedensten Gewerbszweigen und — sie hatten Erfolg. Die Frage drängt sich leicht auf: Wäre der Erfolg nicht noch größer, wenn man mehr für die Entwickelung der Gewerkschaften gesorgt hätte? Und was ist von der Zukunft zu erwarten? Wird der industrielle Aufschwung anhalten? Wie kam er denn so plötzlich zu Stande? Was haben wir zu thun, um die günstige wirthschaftliche Lage der Arbeiterbewegung zu gute kommen zu lassen?

Auf diese Fragen versuchten wir in einer Artikelserie der „Sächsischen Arbeiterzeitung" eine möglichst klare und begründete Antwort zu geben. Die Erörterung der einschlägigen Verhältnisse wirft aber zugleich einige Streiflichter auf die Lage und die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie.

Auf mehrfachen Wunsch aus Parteikreisen haben wir uns entschlossen, die Artikel zu einer Broschüre zusammen zu fassen. Außer einigen geringfügigen Zusätzen sind keine Aenderungen am Text vorgenommen worden.

II 1454/D

Vorwort zur dritten Auflage.

Die ersten zwei Auflagen der vorliegenden Broschüre haben eine starke Verbreitung gefunden, wie man sie gar nicht erwartet hat. Für den Verfasser ist das ein Beweis, daß seine Betrachtungen durchaus zeitgemäß sind. Waren es die Streiks des Frühjahrs 1895, welche diese Schrift ins Leben gerufen haben, so erscheint ihre dritte Auflage im Zeichen des Hamburger Hafenarbeiterstreiks.

An eine gründliche Umarbeitung des Textes zu dieser neuen Auflage konnte nicht gedacht werden. Dagegen war es durchaus unerläßlich, die Stellungnahme des Gothaer Parteitags zu den Agitationsvorschlägen dieser Broschüre einer kritischen Betrachtung zu unterwerfen. Die vom Verfasser über den Parteitag in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" veröffentlichten Artikel wurden deshalb als Anhang beigefügt. Desgleichen ist im Anhang der Beschluß des Londoner sozialistischen Arbeiter-Kongresses über den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse mitgeteilt worden.

AB

Bibliothek der Arbeiterkammer für Wien

Teil I.

Die Entwickelung des Weltmarkts und die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

1. Der industrielle Aufschwung.

Der industrielle Aufschwung, der in den erfolgreichen Streiks dieses Frühjahrs so schön zum Ausdruck kam, ist keine plötzliche Erscheinung. Schon 1893 schlossen mehrere Handelskammerberichte mit der Eröffnung besserer Aussichten. Obwohl nun das Jahr 1894 die raschen und überspannten Erwartungen aus vielen Gründen nicht rechtfertigen konnte, so lassen sich doch in den Handelskammerberichten dieses Jahres, obwohl sie auf den gewohnheitsmäßig trübseligen Ton gestimmt sind — Geschäftsleute hören ja bekanntlich nie auf zu klagen —, deutliche Spuren einer aufsteigenden Produktionsbewegung nachweisen. Einige Handelskammern sahen sich auch veranlaßt, dies hervorzuheben.

So teilte die Dresdner Handelskammer für 1894 mit, daß „aus einer ziemlich großen Anzahl der ihr zugegangenen Berichte auf eine wenn auch erst beginnende Belebung der geschäftlichen Thätigkeit sich schließen" lasse. Sie stellt dann eine stattliche Reihe von Fabriken zusammen, „die neben einer Vermehrung der Produktion und des Absatzes ausdrücklich eine Vermehrung ihrer Arbeiterzahl oder Neuanlagen und Neuanschaffung von Maschinen zur Erweiterung ihrer Betriebe in ihren Berichten festgestellt haben." In dem Abschnitte über Erzeugung und Betrieb von Maschinen und Instrumenten finden sich zunächst zwei Fabriken von Werkzeugmaschinen, die ihre Arbeiterzahl — die eine um 40 Prozent — vermehrten, dann folgen die Fabriken von Näh- und Strickmaschinen, die fast alle ihre Arbeitskräfte erhöhten und zum Teil auch Neuanlagen ausführten; sodann teilt eine Fabrik von Rechenmaschinen mit, daß sie zur Aufstellung eines Dampfmotors durch Vermehrung der Aufträge veranlaßt worden sei; die Abteilung für Fahrräder der Aktiengesellschaft Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei vormals Seidel und Naumann war bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt und sieht sich abermals zur Vornahme eines Neubaues genötigt. Von den beiden Werften hatte die der „Kette" einen um 42 Prozent höheren Umsatz wie 1893, während die durchschnittliche Arbeiterzahl auf 460 gegen 347 im Vorjahre stieg; auf der österreichischen Nordwest-Dampf-

schiffahrt kamen um 8 Prozent höhere Umsätze zur Fakturierung bei einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von 391 gegen 340. Der Abschnitt über Metallwaren weist eine fast durchgängige Besserung der Blechwaren-Fabriken nach, z. B. konnten die Eschebachschen Werke bei einem Umsatz von 3,8 Millionen „16 Prozent Dividende gewähren“ usw. Außerdem gebe es noch eine „nicht unbeträchtliche Anzahl von Fabriken, die einfach über Besserung des Geschäftsganges oder über befriedigende Geschäftsergebnisse Mitteilung machen“. Der 94er Bericht zählt hier auf: „Die Mehrzahl der Brauereien, die Aktiengesellschaft für Leder-, Maschinenriemen- und Militäreffekten-Fabrikation — die wieder 20 Prozent Dividende verteilte —, die Dresdner Preßhefen- und Kornspiritusfabrik, die beiden Aktiengesellschaften für Ofenfabrikation und auch wohl die Mehrzahl der Fabriken der Zuckerwaren- und Chokoladen-Industrie.“

Auch für Berlin, dessen Bericht im allgemeinen sehr trist war, Bremen und andere Industrie- und Handelszentren läßt sich schon 1894 wenigstens ein teilweiser Aufschwung einzelner Geschäftszweige nachweisen. Was aber das Jahr 1894 besonders und allgemein kennzeichnete, war das Florieren der Kreditinstitute. Die Banken sind ein sehr empfindsames Barometer der industriellen Entwickelung, und daß sie 1894, nach dem Zeugnis sämtlicher, selbst der am wenigsten günstigen Handelskammerberichte, ihre Umsätze stark vermehrten und dementsprechend größere Dividenden zahlten, bewies, daß die Unternehmungslust und die Geschäftsumsätze im Steigen begriffen waren.

So begann das Jahr 1895, über das nunmehr die Hamburger Handelskammer folgendes allgemeine Urteil fällt (das ist, soviel wir wissen, der erste Handelskammerbericht dieses Jahres): „Auf den meisten Gebieten des Handels und des Verkehrs regte sich wieder eine lebhaftere Unternehmungslust. — Der Rückgang des Zinsfußes und der dementsprechend hohe Kursstand der festverzinslichen Wertpapiere veranlaßten das anlagesuchende Kapital zur stärkeren Beteiligung an geschäftlichen Unternehmungen, wodurch eine Geschäftsbelebung gefördert wurde, die ihrerseits durch Schaffung von Arbeit und Verdienst auf die Kaufkraft weiter Kreise der Bevölkerung günstig einwirkte. In England wurde dieser Vorgang durch den großen Anteil an den reichen Ergebnissen der südafrikanischen Goldgewinnung mächtig gefördert. In den Vereinigten Staaten von Amerika war der vorjährigen Geschäftsstockung in diesem Jahre eine Wendung zum Besseren gefolgt. Seit dem zweiten Viertel des Jahres gingen von dort zahlreiche Aufträge in Europa ein, an denen auch Deutschlands Handel und Industrie ihren reichen Anteil hatten. Manche Zweige der Textilindustrie konnten die einlaufenden Aufträge kaum bewältigen (sonst ist es gerade die deutsche Textilindustrie, die am meisten jammert!). Auch andere

Industrien waren gut beschäftigt, so die Kohlen- und Eisenindustrie, teils infolge des gesteigerten Verbrauchs, teils infolge erhöhter Ausfuhr ihrer Produkte ins Ausland. In letzterer Beziehung hat der deutsch-russische Handelsvertrag die von ihm erhoffte Wirkung auf die Steigerung der deutschen Ausfuhr ausgeübt."

Diese Entwickelung des Jahres 1895 kommt in den Zahlen des auswärtigen Handelsverkehrs Deutschlands zum Ausdruck, die den schlagendsten Beweis erbringen des industriellen Aufschwungs.

Der Wert der deutschen reinen Wareneinfuhr stieg von 3938 Millionen Mark im Jahre 1894 auf 4092 Millionen im Jahre 1895, d. h. um 154 Millionen; der Wert der Warenausfuhr stieg von 2961 auf 3311 Millionen Mark, also um 350 Millionen. Eine derartige plötzliche Steigerung der Warenausfuhr — um ca. 12 Prozent in einem Jahre — ist im Deutschen Reich bis jetzt, soweit statistische Vergleiche möglich sind, absolut und relativ eine einzig stehende Erscheinung.

Noch ein Umstand ist zu beachten: Die Wertsteigerung der 95er Warenausfuhr beschränkt sich nicht etwa auf einzelne Artikel, die dann den Ausschlag abgeben, sondern sie ist eine allgemeine. Ausgenommen einige weniger bedeutende Rohstoffe und Halbfabrikate: Abfälle, Häute und Felle, Hopfen, Oel, Steine, Zink, die eine winzige Verringerung aufweisen, zeigen alle übrigen Abteilungen des Zolltarifs durchweg eine Wertvergrößerung der Ausfuhr. Es fand also auf der ganzen Linie eine Hebung der Industrie statt.

Die Tarifposten, welche die größte relative Wertsteigerung — mehr als 10 Prozent — hatten, sind folgende:

Haupt-Abteilungen des Zolltarifs	Absoluter Wert der Ausfuhr in Millionen Mark		Wertsteigerung	
	1894	1895	Absolut Mill. M.	im Verhältnis zu 1894
Seide und Seidenwaren	139	165	26	19 Proz.
Baumwolle und Baumwollwaren	180	212	32	18 "
Kupfer und Kupferwaren	60	71	41	18 "
Leder und Lederwaren	132	155	23	17 "
Wolle und Wollwaren	292	331	39	17 "
Eisen und Eisenwaren	256	294	38	15 "
Papier und Pappwaren	92	105	13	14 "
Drogerie-, Apotheker- u. Farbwaren	271	309	38	14 "
Instrumente, Maschinen, Fahrzeuge	134	151	17	13 "

Von den einzelnen Artikeln waren es die unbedruckten Tuch- und Zeugwaren, deren Ausfuhr am meisten zugenommen hat,

nämlich von 118 auf 146 Millionen Mark, um 28 Millionen oder volle 24 Prozent, d. i. um ein Viertel ihres Wertes in einem Jahr!

Daß unter diesen Verhältnissen die Profite der Fabrikanten rasch wuchsen, ist selbstverständlich.*

Der industrielle Aufschwung hat aber 1895 keineswegs seinen Endpunkt erreicht, sondern er hält bis auf den heutigen Tag an und die Produktion dehnt sich mächtig aus. Die deutsche Handelsstatistik für das erste Quartal 1896 zeigt ein Wachstum der reinen Wareneinfuhr um 115 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr, gleich 12 Prozent, und eine Steigerung der Warenausfuhr um 95 Millionen Mark, gleich 13 Prozent!

Weil nun die Exportindustrie solche rasche Fortschritte macht, so steigt auch der innere Markt, die Städte wachsen und es beginnt eine

---

* Eine schöne Musterung der kapitalistischen Gewinne brachte kürzlich die „Sächsische Arbeiterzeitung"; einige Angaben aus diesem sehr instruktiven Artikel seien hier mitgetheilt:

„Der Aktienverein der Zwickauer Bürger-Gewerkschaft zahlt für 1895 eine Dividende von 230 Mark pro Aktie = 359 1/9 Prozent der Einzahlung; im Jahre 1894 zahlte er eine Dividende von 250 Prozent gleich 160 Mark.

Der Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbauverein erzielte einen Reingewinn von 580 539 Mark (1894: 311 233 Mark), wovon die Aktionäre 348 000 Mark oder 150 Mark pro Aktie (130 Mark) gleich einer Verzinsung von 45 1/2 Prozent erhielten. — Der Steinkohlenbauverein Gottes-Segen zu Lugau zahlt eine Dividende von 30 Prozent (22 Prozent) auf die Vorzugsaktien und 25 Prozent (17 Prozent) auf die Stammaktien. — Der Steinkohlenbauverein Hohndorf machte einen Reingewinn von 251 798 Mark (80 235 Mark) und verteilte daraus an die Aktionäre eine Dividende von 13 1/3 Prozent (6 Prozent) an die Prioritätsaktien und 8 1/3 Prozent (1 Prozent) an die Stammaktien. Eine Dividende von 16 1/2 Prozent (10 Prozent) entrichtet der Gersdorfer Steinkohlenbauverein, der einen Reingewinn von 331184 M. (91644 M.) erzielte.

Auch die Textilindustrie hatte ein gutes Jahr. Die Kammgarnspinnerei Stöser & Cie. in Leipzig zahlt eine Dividende von 19 Prozent (7 Prozent); die Kammgarnspinnerei Leipzig und die Chemnitzer Aktienspinnerei entrichten je 15 Prozent; die Leipziger Baumwollspinnerei Lindenau 12 1/2 Prozent (10 Prozent); die Sächsische Nähfadenfabrik vorm. Heydenreich in Witzschdorf, die Sächsische Wollgarnfabrik vorm. Tittel & Krüger in Leipzig je 10 Prozent, desgl. die deutsche Jute-Spinnerei und Weberei Meißen; die Sächsische Kammgarnspinnerei Solbrig, Harthau, 8 Prozent (1 Prozent). Sie hat 624 607 Mark (347 760 Mark) Gewinn gemacht und im Geschäftsbericht wird bemerkt, daß die starke Nachfrage nach Fabrikaten eine Steigerung der Preise bis zu 30 Prozent zur Folge hatte. Die Gesellschaft war Ende 1895 mit guten Aufträgen reichlich bis in den Juli 1896 hinein versehen. — Die Dittersdorfer Filz- und Krazzentuchfabrik verteilt 15 Prozent (10 Prozent) Dividende; die Kammgarnspinnerei Meerane 5 Prozent usw."

Der Verfasser führt noch eine sehr große Anzahl Beispiele aus den verschiedensten Gewerbszweigen an.

fieberhafte Bauthätigkeit. Die letztere wurde dieses Jahr bekanntlich noch durch die verschiedenen Ausstellungen gefördert.

Dies die Situation. Wie es dazu gekommen und wie die Verhältnisse sich weiter gestalten, soll im folgenden erörtert werden.

2. Deutschland auf dem Weltmarkte.

Die Gründerperiode der 70er Jahre, diese kapitalistische Einweihung des Deutschen Reiches, war das Produkt des Krieges. 1870/71 lagen über $1^1/_2$ Millionen Mann im Felde, und währenddem die industrielle Produktion durch die Lockerung der Handelsverhältnisse, durch den Abgang von Arbeitskräften gelähmt wurde, wurden unzählige Millionen für den Kriegsbedarf ausgegeben und die Handelsvorräte geleert. Schon deshalb mußte nach dem Kriege eine überhastete industrielle Thätigkeit sich entfalten. Aber dazu kam die Annexion Elsaß-Lothringens, dessen Baumwollindustrie allein über $2^1/_2$ Millionen Spindeln mitbrachte und mit ihnen einen Weltruf, ausgedehnte und solide Handelsbeziehungen. Ferner die Milliardenflut, der Ausbau der Reichsfinanzen, die Bildung eines großen wirtschaftlichen Komplexes des einigen Deutschlands, der Eisenbahnenbau u. a. m. Kein Wunder, daß sich in Deutschland eine fieberhafte industrielle Thätigkeit entwickelte. Die Gründe der industriellen Prosperität lagen also damals für Deutschland nicht in der Eröffnung eines auswärtigen Marktes, sondern in der Erweiterung des inneren Marktes, in der plötzlichen Bereicherung der deutschen Bourgeoisie, nicht zum mindesten infolge eines an einem Nachbarstaate vorgenommenen Raubes. Darum zeigt uns auch die deutsche Handelsstatistik für die Jahre 1872, 1873, 1874 nur eine enorme Steigerung der Einfuhr, währenddem die Warenausfuhr stabil bleibt. Erst 1875 zeigt sich die Notwendigkeit einer verstärkten Warenausfuhr, weil die Produktionsvermehrung den Marktbedarf überschritten hat — aber da ist auch schon die Krise da.

Seit jener Zeit hörten die deutschen Industriellen nie mehr auf, über mangelnden Absatz zu jammern. Und aus allen anderen kapitalistischen Ländern Europas wiederhallten dieselben Klagen. Es gab wohl Perioden eines geringen Aufschwunges, die jedoch so rasch durch den Niedergang abgelöst wurden, daß weder die Prosperität noch die Krise scharf empfunden wurden. Es schien, als ob ein schleichendes Fieber die kapitalistische Produktion befallen habe, das die Gesellschaft langsam abquälte, sich bald mehr, bald weniger fühlbar machte, es aber vollkommen außer Aussicht ließ, wann die Geschichte ein Ende nimmt. Kurz, es war die „wirtschaftliche Depression", welche, rechnet man, daß die akute 70er Krise mit dem Jahre 1878 überstanden war, genau 15 Jahre dauerte.

Obwohl die deutschen Kapitalisten unter denen waren, die am meisten wehklagten, so hatte dennoch die deutsche Industrie während dieser Zeit immerhin die günstigste Entwickelung von ganz Europa. Der innere Markt dehnte sich aus unter dem Einfluß der Entwickelung des Eisenbahnnetzes und des Wachstums der Städte. Außerdem hatte hier die Großindustrie noch sehr viel Gelegenheit, sich auf Kosten des Kleingewerbes zu erweitern. Zahlreiche Zeugnisse liegen vor, daß besonders seit den 80er Jahren dieser Prozeß sehr rasch vor sich gegangen ist. Ein endgiltiges Urteil werden die Ergebnisse der 95er Berufszählung über diese Entwickelung fällen.

Aber auch die auswärtigen Handelsbeziehungen Deutschlands waren keineswegs so trostlos. Die allgemeinen Zahlen des Handelsumsatzes haben sich nicht wesentlich verändert, aber es gelang Deutschland jedenfalls, sich für eine Reihe von Produktionszweigen, wie Eisen- und zum Theil Maschinenindustrie, chemische Industrie, Lederindustrie, Konfektion, Papierindustrie, Wollindustrie u. a. einen ehrenvollen Platz auf dem Weltmarkt zu sichern. Vor allem hat Deutschland während dieser Zeit seinen überseeischen Handelsverkehr überraschend stark entwickelt.

1871 zählte die Handelsflotte Deutschlands nur 147 Dampfschiffe mit 4736 Mann Besatzung und 81 994 Register-Tons Netto-Rauminhalt. 1881 waren es bereits 414 Dampfschiffe mit 8657 Mann Besatzung und 215 758 Register-Tons Rauminhalt, und das Jahr 1893 wies 986 Dampfschiffe mit 24 113 Mann Besatzung und 786 397 Register-Tons Rauminhalt auf. Schon dies giebt eine Vorstellung, wie groß die Steigerung der überseeischen Warenausfuhr sein mußte.

Nicht nur der Handelsverkehr Deutschlands mit den Vereinigten Staaten hat sich mächtig ausgedehnt, sondern der Handel Deutschlands mit Süd- und Zentralamerika, Ostasien und Ostindien, mit Australien und mit dem englischen Südafrika erreichte hauptsächlich während der 80er Jahre von geringfügigen Anfängen an schnell eine sehr beträchtliche Höhe.

Es betrug die Ausfuhr Deutschlands in Millionen Mark:

Nach:	1881	1885	1889	1894
Ostindien	12,9	12,4	40,0	53,2
China	9,2	16,7	24,2	28,2
Japan	1,5	4,6	18,5	17,1
Süd-Amerika	26,0	32,7	172,3	124,9
Zentral-Amerika	5,4	3,6	39,0	37,3
Australien	3,1	17,9	23,5	21,2
Afrika (ohne Algier u. Egypten)	3,1	5,1	19,3	31,6

Man sieht, wie bedeutend die Steigerung der deutschen Ausfuhr nach diesen Ländern war. Dies zur Zeit der „Depression".

Rechnet man den überseeischen Verkehr Deutschlands, also die Vereinigten Staaten inbegriffen, zusammen, so erhält man folgendes Resultat: 1881 betrug die außereuropäische Warenausfuhr 8,5 Prozent des gesamten deutschen Exports und 1894 bereits 20 Prozent!

Die deutsche Industrie hat dadurch das Beispiel gegeben, wie man, ohne im politischen Besitz von überseeischen Kolonien zu sein, einen überseeischen Handelsverkehr entwickeln kann. Wie schäbig gegenüber diesen Leistungen des deutschen Kapitals auf Grundlage des freien Verkehrs nimmt sich die pompöse Kolonialpolitik des „eisernen Reichskanzlers" aus! Der hauptsächliche Ausfuhrartikel nach Deutsch-Westafrika, 22 Prozent der allerdings sehr geringen Gesamtausfuhr, ist — Schießpulver, daneben gemünztes Gold und Silber. Fügt man noch hinzu, daß 1894 genau 11 Meterzentner Tinte ausgeführt wurden, so hat man ein anschauliches Bild der deutschen Kolonialpolitik: Militarismus, Geldverschwendung und Bureaukratie. Die deutschen Kapitalisten haben bewiesen, daß sie des Kolonialbesitzes gar nicht bedürfen, weil sie es vortrefflich verstehen, ihre Eier in fremde Nester zu legen. Zu Hause mit Schutzzöllen verbarrikadiert, mordspatriotisch bis auf den Kopfscheitel, aber beutegierig nicht minder, ergoß sich eine wahre Flut von deutschen Kaufleuten nach den überseeischen Märkten. Sie ließen sich unter britischem, spanischem, holländischem, französischem Schutz nieder, vor allem in den zahlreichen amerikanischen Freistaaten, in den Vereinigten Staaten, selbst in China und in Japan. So haben sie das gesamte Erdenrund mit einem vielmaschigen Netz umsponnen, das ebenso viele Saugarme und Abflußkanäle der deutschen Industrie darstellt.* Ihr nächster Schritt ist die politische Aufwiegelung der Kolonien gegen ihre resp. Stammländer.

Aber wie sehr auch Deutschland seinen überseeischen Handelsverkehr auf Kosten anderer Staaten ausdehnte, so vermochte es dadurch doch nicht, sich den Wirkungen der allgemeinen Weltmarktslage zu entziehen. Die europäischen Industriestaaten sind nunmehr überhaupt in ihrer Produktions- und Handelsentwickelung so innig miteinander verbunden, daß sie fast gar nicht mehr getrennt behandelt werden können.

* Charakteristisch für diese Situation ist folgender Stoßseufzer eines englischen Kaufmanns — einer unter vielen und sich häufenden — im „British Trade Journal": „Die englischen Fabrikanten sollen nicht übersehen, daß ihnen die Märkte Ostasiens infolge der deutschen Konkurrenz immer mehr entgehen. In Bombay fragt sich der Reisende, ob er sich an den Ufern des Rheins oder in einer deutschen Stadt befindet. Die Konkurrenz Deutschlands überflügelt alles." Die letztjährige Handelsstatistik Ostindiens beweist, daß diese Behauptung für einzelne ostindische Handelsplätze gar nicht einmal übertrieben ist.

Sie tragen ein gemeinsames Schicksal. Und so ist auch der jetzige industrielle Aufschwung keineswegs aus spezifisch deutschen Gründen, sondern aus der Weltmarktsentwickelung zu erklären. Aber die Rolle, die dabei Deutschland spielt, kann nicht vollkommen gewürdigt werden, wenn man sich nicht zuerst über die soeben geschilderte Entwickelung des überseeischen Handels Deutschlands klar geworden ist.

3. Die Hauptmomente des industriellen Aufschwunges und die Aussichten.

Es sind folgende vier Momente, die gleichsam die Ecksteine bilden der sich augenblicklich auf dem Weltmarkt vollziehenden Umwälzung: die russische Hungersnot, der japanisch-chinesische Krieg, die amerikanische Krise und die rasche Steigerung der Goldausbeute. Es giebt mannigfache Wechselwirkungen und Zusammenhänge zwischen diesen hervorragendsten handelspolitischen Thatsachen der letzten Jahre, und alles zusammen erscheint als der Abschluß einer Periode der Weltmarktsentwickelung und der Beginn einer neuen.

Die russische Hungersnot bedeutete den Zusammenbruch des bäuerlichen Rußlands mit seinem naturwüchsigen Kommunismus, der schon längst aus lauter Flickwerk bestand, und seiner chinesischen Stabilität der Verhältnisse. Was ein jahrelanger Zersetzungsprozeß allmählich untergrub und zerstörte, flog plötzlich in tausend Stücke. Dem längst bettelarmen, verschuldeten und von der Last fiskalischer „Rückstände" plattgedrückten Bauern wurde der Gnadenstoß gegeben und ein hungerndes Proletariat überflutet die Städte, bereit zu jeder Arbeit und zu jedem Preis, während ein fortwährender massenhafter Nachschub aus den Dörfern stattfindet. Und zu gleicher Zeit zeigte es sich, daß auch bereits eine Industrie vorhanden ist, welche die zufließenden Massen gierig aufsaugt. Andererseits schuf die Hungersnot, die den armen Bauer an den Bettelstab brachte, dem Großbauer willige Arbeitsknechte.

Eine fieberhafte industrielle Thätigkeit begann mit den ersten Jahren der besseren Ernten. Um den Fortschritt der russischen Industrie zu begreifen, muß beachtet werden, daß Rußland längst erkannt hat, welch reiches Absatzgebiet ihm das benachbarte Asien bietet, und daß es planmäßig darauf hin arbeitet, sich mit den asiatischen Ländern in Verbindung zu setzen. Durch den Bau der transkaspischen Eisenbahn hat es den ersten kontinentalen Handelsweg in moderner Art nach dem Innern Asiens geschaffen. Es hat das reiche Zentral-Asien, das wegen der schlechten Verkehrswege der europäischen Industrie äußerst schwer zugänglich war, erschlossen, und zwar einzig und allein für sich. Zu gleicher Zeit rückte es dadurch nahe heran an China

und Ostindien. Es schickte Pioniere aus, ließ Naturforscher, Geographen, Geologen, Ethnographen das Land auskundschaften, die bereits eine umfassende Litteratur geschaffen haben, bildete Niederlassungen, führte die Baumwollkultur und die Seidenkultur ein, knüpfte Handelsverbindungen an, — und die handelspolitischen Wirkungen von alledem übertrafen die kühnsten Erwartungen. Wir werden gleich ein authentisches Zeugnis darüber anführen, müssen aber zunächst noch eines anderen Umstandes gedenken, der transsibirischen Eisenbahn. Die Bedeutung dieses kolossalen Baues für Rußland ist von fast unabsehbarer Tragweite. Durch die Erschließung der fruchtbaren Gebiete Sibiriens wird das europäische Zentral-Rußland von seiner bäuerlichen Uebervölkerung entlastet. Gleichzeitig wird dadurch ein reiches Absatzgebiet geschaffen für die russische Industrie. Und nun erst die Vorteile der Herstellung einer Eisenbahnverbindung mit China und Japan! Sibirien wird schnell bevölkert werden, Städte werden aus dem Boden gestampft werden und eine selstständige sibirische Industrie wird entstehen.

Es sind nur noch die allerersten Anfänge der russischen Produktions- und Handelsentwickelung — wie sich aber die Wirkungen bereits jetzt äußern, davon entwirft der deutsche Konsularbericht für 1895 ein anschauliches Bild. Nachdem zuerst besonders die günstige Wirkung der guten Ernte hervorgehoben wurde, heißt es dann ferner in diesem Bericht: „Einen großen Aufschwung erfahren Handel und Industrie aber durch die sich immer mehr erschließenden asiatischen Märkte und durch das sich rasch ausbreitende Eisenbahnnetz. Der Bau der sibirischen Eisenbahn fängt, obgleich derselbe noch nicht zum dritten Teile fertiggestellt ist, schon jetzt an, wesentlich zur Belebung der östlichen Gegenden beizutragen. Noch mehr aber ist es die zentralasiatische Bahn, die ihren günstigen Einfluß auf Handel und Industrie immer deutlicher zeigt. Das Geschäft mit jenen Ländern entwickelt sich in bedeutender Weise und ist in stetem und raschem Zunehmen begriffen. Schon jetzt liefert Zentralasien der russischen Industrie den dritten Teil ihres Bedarfs an Baumwolle und zwar in vorzüglicher Qualität, und die Zeit dürfte kaum mehr fern sein, in der amerikanische und indische Baumwolle aufhören werden, für Rußland ein Einfuhrartikel zu sein. Auch andere Waaren, wie Seide, Wolle, Felle usw. kommen in immer größeren Mengen von Transkaspien nach dem europäischen Rußland. In demselben Maße aber, wie sich der Transport aus jenen asiatischen Gegenden vergrößert, hebt sich auch der Absatz russischer Industrie-Erzeugnisse dorthin. Der Bedarf, besonders an Baumwollstoffen, ist in stetem und raschem Wachstum begriffen und die russischen Fabrikanten können demselben, trotz starker Vergrößerung ihrer Produktion, kaum genügen. Baumwollene Garne und Gewebe sind schon jetzt bis

zum Frühjahr 1897 zu hohen Preisen fast ausverkauft. Ferner kommt dem Handel und der Industrie zu gute, daß auch im Innern Rußlands ein verstärkter und eiliger Bau von Eisenbahnen und eine Vergrößerung und Erneuerung des sehr stark reduzierten rollenden Eisenbahnmaterials stattfinden. Die wesentlich ermäßigten Tarife für den Personenverkehr haben eine solche Steigerung des Verkehrs zur Folge gehabt, daß derselbe mit dem vorhandenen Material nicht zu bewältigen ist. Große Bestellungen auf Lokomotiven, Waggons und Schienen usw. beschäftigen die inländische Industrie vollauf und rufen viele neue Unternehmungen auf diesem Gebiete hervor."

Wir können in Bezug auf die wirtschaftlichen Wirkungen des japanisch-chinesischen Krieges an Ausführungen anknüpfen, die wir bereits vor längerer Zeit machten. Wir haben diese Frage bereits im Jahre 1895 erörtert, also zu einer Zeit, wo man, in Deutschland wenigstens, noch ziemlich allgemein den ostasiatischen Handelskrieg mehr als eine Art Kuriosum betrachtete. Wir setzten auseinander, daß es sich dabei um zwei Dinge handle: um das Auftreten eines selbständigen asiatischen Industriestaates — Japan — und um die kapitalistische Erschließung Chinas, das vorerst nur als immenses Absatzgebiet für Fabrikate und reiche Bezugsquelle von Rohstoffen und Genußmitteln ins Auge zu fassen ist. Wir haben bewiesen, daß beides keine zufälligen Erscheinungen, sondern das Produkt einer allmählichen, regelmäßigen Entwickelung sind. Nun kam es auch hier, wie bei der russischen Hungersnot, zu einem plötzlichen Ausbruch der längst miteinander rivalisierenden Kräfte. Es ist ja die Art der kapitalistischen Entwickelung, daß sie sich in Gegensätzen bewegt und durch Revolutionen zum Ausdruck kommt. Durch einen Zusammenbruch werden die Kräfte gelöst und es beginnt ein rapides und schrankenloses Vorwärtstreiben.

Wie in Rußland, stehen wir noch vorläufig auch in China und Japan nur vor den ersten Ansätzen der neuen industriellen Periode. Japan erlebt eine Gründerperiode in deutscher Art der 70er Jahre. Aktengesellschaften, Banken, Eisenbahnen, Bergwerke, Baumwollspinnereien usw. sprießen nur so aus dem Boden. Japan entwickelt dadurch eine starke Nachfrage nach Maschinen, Rohstoffen, Halbfabrikaten und Gegenständen des feineren Lebensbedarfs. Es wird sehr schnell seine Krise haben, das einzige, was ihm noch zu einem kapitalistischen Lande fehlt. Werden auch viele europäische Industrielle und Kaufleute darunter empfindlichen Schaden leiden, so wird es doch die allgemeine Entwickelung kaum stark beeinträchtigen können — dazu sind die Handelsverbindungen Japans mit Europa nicht stark genug. Für Japan selbst wird die Krise heilsam sein, indem sie eine regelmäßigere Entwickelung schaffen wird, die deshalb nicht minder groß zu sein braucht.

Währenddem Japan seine industriellen Schwindelblüten treibt, verlegt sich der kapitalistische Schwindel in China zuerst noch auf andere Gebiete: die der Finanz und der Politik. Es ist jetzt männiglich bekannt, wie schlau Rußland es verstanden hat, beides zu verbinden. Es ist mit fremdem Geld zum Gläubiger Chinas geworden und auf fremde Kosten zu dessen politischem Befehlshaber.

Daß China jetzt vollkommen vom Kapital in Besitz genommen werden wird, ist zweifellos. Nicht nur die unausgesetzte politische Bedrohung seitens Japan zwingt China, mit dem alten Schlendrian zu brechen, sondern vielmehr noch sein neuer Freund, Rußland, das vom Osten und vom Norden, mittels der transkaspischen und der transsibirischen Eisenbahn, ihm politisch und industriell hart auf den Leib rückt. Diese Situation veranlaßt auch England und Frankreich, mehr aggressiv China gegenüber vorzugehen. China, das soeben erst durch den Ozean auf der einen Seite, durch Wüsteneien und menschenleere Gegenden auf den anderen von den Industrieländern getrennt war, sieht sich plötzlich von der kapitalistischen Industrie förmlich umzingelt, die nicht nur Warenballen, sondern zugleich gezogene Kanonen auffahren läßt. Seine Häfen wimmeln von fremdländischen Schiffen, es sieht sich genötigt, die Handelsverträge zu revidieren und die größten Zugeständnisse zu machen, vom Süden her rückt Frankreich mittels Eisenbahn heran, im Osten entwickeln sich Turkestan, Buchara ꝛc. zu einer veritablen industriellen Kolonie Rußlands und auch aus den Kirgisensteppen verschwinden die wilden Nomaden unter dem Vorrücken der russischen Ackerbauer und Kaufleute, aber die Hauptgefahr kommt von der breiten Nordgrenze, die Asien der Länge nach zerteilt. Die Entwickelung der Städte und der Industrie in Sibirien wird die mannigfaltigsten Verbindungen mit China herstellen. Die transsibirische Eisenbahn ist nur die Hauptverkehrsader, von der zahlreiche Abzweigungen nach Nordchina sich ergießen werden. Durch die Mandschurei dringt die russische Eisenbahn nach der fruchtbarsten und dichtestbevölkerten Küstengegend Chinas, und mit der Zeit wird vielleicht sogar eine Eisenbahnverbindung hergestellt zwischen Zentralrußland und dem inneren China, dem Weg folgend, den der Geopraph Elisée Reclus vorgezeichnet hat.

Entweder wird China von den Industriestaaten in Stücke zerrissen, von denen jedes ein neues Ostindien bildet, — oder aber es wahrt seine Selbstständigkeit dadurch, daß es Eisenbahnen baut und die Industrialisierung des Landes überhaupt fördert. Das alte China hat sein Spiel endgiltig verloren.

Japan, China, Zentralasien, Sibirien — es handelt sich darum, das asiatische Festland, das bis jetzt nur an seinen Spitzen von der kapitalistischen Industrie ergriffen wurde, in seinem ganzen

Umfange dem Kapital tributär zu machen. Es ist ein Gebiet, das dreimal so groß ist wie Europa bis an den Ural und jetzt schon eine anderthalb so große Bevölkerung aufweist. Und wir sind erst am Anfang des Anfangs dieser Entwickelung.

Die Krise in den Vereinigten Staaten kann als indirektes Ergebnis der europäischen Getreidezölle betrachtet werden. Sicher ist aber, daß die resp. Entwickelung in Amerika durch die europäischen Schutzzölle stark beschleunigt wurde. Solange das amerikanische Getreide einen vorteilhaften Absatz nach Europa fand, wurde ein Distrikt nach dem anderen unter den Pflug genommen, und die landwirtschaftliche Bevölkerung dehnte sich so rasch aus, daß die Entwickelung der amerikanischen Industrie auch nicht im entferntesten damit Schritt halten konnte. Aus dem gleichen Grunde waren die Arbeitslöhne hoch und desgleichen die Profitrate resp. der Zinsfuß. Darum konnte auch damals die amerikanische Industrie mit der europäischen nicht konkurrieren. Im Gegenteil, Europa führte desto mehr Industriewaren nach Amerika aus, je mehr Getreide es aus Amerika einführte.

Als aber zuerst unter der Wirkung der 70er Krise und dann infolge der planmäßigen Steigerung der Getreidezölle Amerika gezwungen war, immer geringere Preissätze für sein Getreide aufzustellen, da stockte seine landwirtschaftliche Entwickelung, die Bevölkerung staute sich in den Städten, immer stärker wurde der europäische Zufluß von Fabrikarbeitern, Handwerkern, von Kaufleuten, Kapitalisten, Technikern, und es entwickelte sich rasch eine amerikanische Industrie. Unter solchen Umständen wurde bald den Amerikanern die industrielle Zufuhr Europas ebenso lästig, wie dem europäischen Kapital die amerikanische Getreidezufuhr. Es entstand die Mac Kinley Bill. Dieser hohe Zollschutz trieb die amerikanische Industrie geradewegs in die Krise.

Die Krise bewirkte eine Entlastung des Marktes, eine Reduktion der Profitrate, der Arbeitslöhne und die Schaffung einer industriellen Reservearmee. So ausgerüstet erscheinen erst die Vereinigten Staaten als kapitalistisch konkurrenzfähiges industrielles Land, dessen nächste Aufgabe es ist, sich einen auswärtigen Markt zu schaffen. Durch die letzte Krise hat die amerikanische Industrie ihren Befähigungsnachweis für den Weltmarkt geliefert, es war ihr Meisterstück.

1894 hat die amerikanische Handelskrise ihren tiefsten Punkt erreicht. Und so gab es naturgemäß, nachdem das Zerstörungswerk vollendet war, 1895 wieder einen Aufschwung. Die Einfuhr der Vereinigten Staaten stieg um 125 Mill. Dollars, d. i. um 18 Prozent, was in ausgiebigem Maße der europäischen Industrie zu gute kam. Dennoch hat die Einfuhr noch keineswegs die Höhe erreicht, die sie vor der Krise hatte, und die Ausfuhr ging sogar noch wieder um ein

Weniges zurück. Nach den Handelsnachrichten aus dem ersten Vierteljahr 1896 soll es auch bereits mit dem kurzen Aufschwung vorbei sein. Das beweist aber nur, daß die amerikanische Industrie aus eigener Kraft des inneren Marktes nicht mehr empor kann, daß die Schaffung eines ausreichenden auswärtigen Absatzes für sie eine Lebensnotwendigkeit geworden ist. Darin liegt der Schlüssel für die jüngsten Konflikte in Zentralamerika.

Die Vereinigten Staaten unterhalten auch bereits seit Jahren einen regen Handelsverkehr mit Ostasien. Im Handel mit Japan nehmen sie schon jetzt die erste Stelle ein. So wird denn die geschilderte voraussichtliche Entwickelung der Dinge in Asien auf Nordamerika von größtem Einfluß sein.

Der Markt aber, der den Vereinigten Staaten am nächsten liegt, der naturgemäß von der nordamerikanischen Industrie beherrscht werden muß, das ist Zentral- und Südamerika. Auch hier bestehen seit langem ausgedehnte Handelsverbindungen. Diesen Ländern gegenüber wird die nordamerikanische Industrie als bewegender Faktor erscheinen. Sie wird dieselbe Rolle spielen, wie Rußland und Japan gegenüber China. Und an Stelle der transsibirischen Bahn tritt in Zentralamerika der Panamakanal.

Wir führten bereits einmal in einem Zeitungsartikel aus: „Der Panamakanal würde West-Indien mit Ost-Indien in Verbindung setzen, er würde den Seeweg von New-York nach Yokohama um 40 Tage verkürzen. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß der Panamakanal, der bereits soviel europäisches Kapital verbraucht hat, nunmehr mit amerikanischem Gelde zu Ende gebaut wird." Dies schrieben wir vor vier Monaten, und jetzt dringen bereits in die Handelspresse Mitteilungen, daß sich ein internationales Bankkonsortium gebildet habe, um den Bau des Panamakanals zu Ende zu führen. Der Nicaraguakanal soll mit dem Panamakanal vereinigt werden, und die Aktionäre der Panamagesellschaft sollen auch einen Anteil abbekommen. Das heißt also, daß, nachdem Kleinkapitalisten tüchtig hineingelegt worden sind, macht sich jetzt das Großkapital an die Sache, schreibt die Verluste der Kleinen einfach ab und vielleicht noch ein tüchtig Teil darüber hinaus, und nun kann es selbstverständlich die Sache zu Ende führen und ein profitables Geschäft machen!

Der Panamakanal wird New-York mit St. Francisco auf dem Seeweg vereinigen, sowie mit Ost-Asien und mit Australien. Er würde den direkten Seeverkehr zwischen Europa und Kalifornien ermöglichen, überhaupt erst eigentlich die Ostküste Nord- und Süd-Amerikas, ein umfassendes Handelsgebiet von 100 Breitegraden, dem Seeverkehr mit Europa in ausgedehntem Maße zugänglich machen. Und indem der Panamakanal Zentral-Amerika zum Mittelpunkt einer großen Handelsstraße macht, bewirkt er dessen industrielle Ausbeutung.

So stehen wir auch in Bezug auf Amerika erst am Anfang einer großartigen industriellen Entwickelung.

Relativ einfacher als bei den zuerst erwähnten Hauptmomenten des industriellen Aufschwungs liegen die Dinge bei dem vierten Moment, der Vermehrung der Goldproduktion. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt ist in den letzten Jahren nach Süd-Afrika gelenkt worden. Die Goldausbeute stieg hier seit 1888 kolossal. 1887 betrug die gesamte Goldausbeute Afrikas nur noch 9888 Kilogramm, sie stieg bis 1892 auf 35670 Kilogramm. Für die Zeit seit 1892 besitzen wir nur Angaben für die Minen des „Witwatersrand", die aber, wie man gleich sehen wird, allein fast die gesamte Goldausbeute Afrikas ausmachen. Hier betrug also die Goldproduktion: 1892: 34624 Kilogramm, 1893: 42237 Kilogramm, 1894: 57876 Kilogramm, 1895: 63706 Kilogramm. Den Geldwert der gesamten Goldproduktion Afrikas für 1895 schätzt der englische „Economist" auf ca. 180 Millionen Mark. Die „Rand"-Gesellschaften verteilen in diesem Jahre folgende Dividenden: keine Dividende 1 Gesellschaft, 10—20 Prozent 9 Gesellschaften, 25 und $27^1/_2$ Prozent 3 Gesellschaften, 40 resp. 50 Prozent 8 Gesellschaften, ferner 55—65 Prozent 21 Gesellschaften, 75—90 Prozent 4 und 200 Prozent eine Gesellschaft. Die Gesammtsumme der Dividenden stieg von ca. 30 Millionen Mark im Jahre 1894 auf 50,5 Millionen 1895.

Wenn aber Süd-Afrika schon deshalb im Vordergrund des Interesses stand, weil dort neue Minen entdeckt und neue Aktien-Gesellschaften gegründet wurden, so hatten unterdes die alten Goldfundstätten nicht minder eine Steigerung der Ausbeute, die sogar zum Teil noch größer war als in Süd-Afrika.

Australien, dessen Goldproduktion nach den kolossalen Leistungen der 50er Jahre stark zurückging, weist in den 90er Jahren wieder eine bedeutende Steigerung auf, die auch 1895 anhielt. Der Geldwert der australischen Goldproduktion betrug 143 Millionen Mark 1893, dagegen 167 Millionen im Jahre 1894 und 177 Millionen Mark im Jahre 1895. Diese Steigerung ist der Verbesserung der Produktionstechnik und der Erschließung neuer Gebiete zuzuschreiben.

Auch Rußland hat nach einem lange anhaltenden Rückgang seit Ende der 80er Jahre eine Steigerung der Goldausbeute, die 1895 besonders groß war, nämlich 124,6 Millionen Mark gegenüber 96,6 Millionen des Vorjahres.

Hauptsächlich aber fällt ins Gewicht, daß die Vereinigten Staaten ebenfalls im Vorjahre eine große Steigerung der Goldproduktion hatten: von 158 Mill. Mark im Jahre 1894 auf 192 Mill. Mark. Am gewaltigsten war die Steigerung in Kolorado: von 38 auf 60 Millionen Mark, dann folgen Kalifornien und Arizona.

Die gesamte Goldproduktion der Welt schätzt der schon erwähnte „Economist" für 1895 auf 800 bis 820 Millionen Mark — „eine Summe, die um volle 50 Prozent den Jahresdurchschnitt von 1856/60, als die Zufuhren aus Kalifornien und Australien ihr Maximum erreicht haben, übersteigt und fast das Doppelte des Jahresdurchschnitts von 1873/83 beträgt."

Das viele Gold, das sofort in Geld ausgetauscht und ausgeprägt wird, tritt in der Gestalt von Dividenden, Arbeitslöhnen, Ausgaben für Maschinen usw. in den Verkehr und vermehrt entsprechend die Warennachfrage. Die großen Gewinne, die hohen Arbeitslöhne, die, für die Nachzügler allerdings sehr geringe Aussicht auf schnelle Bereicherung, locken große Menschenmassen zusammen, Städte bilden sich und es entwickelt sich eine mannigfaltige Produktions- und Handelsthätigkeit. Das Resultat ist fürs erste eine Vermehrung des industriellen Absatzes.

Das Goldfieber wird sein rasches Ende haben, aber aller Voraussicht nach hält es noch einige Jahre an.

Nun wollen wir noch einen raschen Blick werfen auf einige Erscheinungen der inneren Entwickelung der kapitalistischen Produktion, deren Kenntnis unerläßlich ist, um die Kräfte abzuschätzen, welche durch den Aufschwung entfesselt werden.

Die wirtschaftliche Depression hat in Europa die Preise, die Profitrate, den Zinsfuß, die Arbeitslöhne heruntergesetzt. Dadurch ist ein neues produktives Niveau geschaffen worden. Die kapitalistischen Produktionskosten haben sich, selbst abgesehen von den technischen Fortschritten, schon aus den soeben angeführten Gründen vermindert. Die Waren wurden billiger und damit stieg die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie.

Besonders zu beachten ist die Entwickelung der Rohstoff-Preise. Die langsame Entwickelung der Industrie bedingte eine Ueberproduktion an Rohstoffen. Dies führte zu einem Preissturz. Und der Preissturz wieder veranlaßte die Rohstoffproduzenten, die Produktionskosten zu vermindern, zugleich aber nach neuen Verwendungsformen ihrer Produkte zu forschen. Sofern es ihnen gelang, sanken selbstverständlich die Preise noch mehr. Das beste Beispiel dafür bietet der wichtigste Rohstoff der Textilindustrie, die Baumwolle. Hier hat in den letzten Jahren die Gewinnung des Baumwollensamen-Oels und die Verwendung der Rückstände, der Baumwollsaatkuchen, als Futtermittel eine wahre Preisrevolution nach sich gezogen. Solange nun die Rohstoffpreise fielen, litten die Industriellen darunter Schaden. Sie kauften zwar den Rohstoff billig, aber kaum war ihr Fabrikat fertig, so sanken schon wieder die Rohstoffpreise, und ihre Konkurrenten, die später kauften, machten billigere Offerten. Darum klagten auch die ganze

Zeit die Fabrikanten über nichts so sehr, als über das Sinken der Rohstoffpreise. Nun scheint aber dieses Sinken doch seine Grenze erreicht zu haben. Denn mit dem industriellen Aufschwung sind die Baumwollpreise, die Wollepreise, die Eisen- und Stahlpreise gestiegen. Somit wäre die geschilderte Unsicherheit des Preisergebnisses gehoben, welche die Produktionsentwickelung störte.

Endlich hat die wirtschaftliche Depression den Vorrat an Geldkapital noch in unvergleichbar größerem Maße anschwellen lassen, als die Vermehrung der Gold- und Silberproduktion. Dieses Geld liegt in den Banken, in Staatsschuldscheinen usw. und ist zu einem äußerst billigen Zinsfuß flüssig zu machen.

So haben wir denn die hervorragendsten Erscheinungen des Weltmarktes Revue passieren lassen. Und diese Uebersicht führt uns zum Schluß, daß wir in dem industriellen Aufschwung des Jahres 1895 nur die ersten Ansätze einer neuen kolossalen Entfaltung der kapitalistischen Weltproduktion zu erblicken haben.

Wir wollen noch kurz andeuten, wie das auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Europa und besonders in Deutschland rückwirken wird. Unsere ökonomische Einleitung ist vielleicht etwas zu lang geworden, aber wer sein Haus fest bauen will, muß vor allem für die Grundlage sorgen.

4. Neue Zeiten.

Die wirtschaftliche Depression ist zu Ende — es beginnt eine neue Sturm- und Drangperiode der kapitalistischen Industrie. Das darf aber nicht so aufgefaßt werden, daß nunmehr keine Rückschläge erfolgen werden und lauter Prosperität herrschen werde. Es handelt sich vielmehr nur um das Tempo der Entwickelung, die immerhin den Gesetzen der kapitalistischen Wellenbewegung folgt.

Die wirtschaftliche Depression hatte ja auch, wie schon erwähnt, ihre Steigerungs- und Niedergangszeiten. Aber das lief alles im kleinen ab, verlor sich in der Breite, weil es zu wenig in die Tiefe ging. Nunmehr wird der industrielle Aufschwung ganz andere Anläufe machen, einen weit größeren Umfang erreichen, der Zusammenbruch schroffer und schärfer auftreten, zerstörender wirken, der neue Aufschwung noch mehr kolossale Dimensionen annehmen — bis das ungeheuere, in Angriff genommene Produktionsgebiet von Grund aus durchwühlt ist und die entfesselten, enorm entwickelten Produktivkräfte wieder keinen Ausweg mehr finden.

Die wirtschaftliche Depression bewirkte eine gedrückte Stimmung. Es schien, daß die kapitalistische Entwickelung sich im Sand verlaufen werde. Dies erzeugte nicht nur die sogenannte geschichtlich-ethische Nationalökonomie, dieses Angst- und Schweißprodukt der deutschen Professoren, unförmlich angeschwollen und zersetzt wie eine Wasserleiche, und fernerhin die kuriose Idee des „sozialen Königtums", sondern es legte sein Gepräge auf das gesamte politische Leben Europas.

Das industrielle Kapital vermochte während dieses Zeitraums keine großen Aufgaben in den politischen Vordergrund zu stellen. 1878/79 setzten verschiedene Staaten ein Zollschutzsystem durch, dessen Hauptgewicht aber bekanntlich in den Getreidezöllen liegt. Die Agrarier waren es eben allein, die von ihrem bornierten Standpunkte aus rücksichtslos vorgehen konnten, währenddem die Industrie, so sehr es ihr daran lag, den inneren Markt abzusperren, gar sehr auf ihre auswärtigen Beziehungen bedacht sein mußte, ohne die sie nicht mehr existieren kann. Die europäischen Industrien bilden bereits ein gemeinsames Produktionsgebiet, das in der Hauptsache nur durch die politische Gliederung Europas gewaltsam auseinandergerissen wird. Dieses zaghafte, unsichere, zersplitterte Vorgehen der Industrie räumte das Feld dem Agrariertum, das dadurch erst in die Lage kam, seine sonstigen politischen Vorteile ausnützend, die Situation zu beherrschen. Es wurde in diesem Zeitraum überhaupt keine kapitalistische Klassenpolitik im großen getrieben, und die europäischen Parlamente erschienen als das Feld zersplitterter Kämpfe, als der Tummelplatz geringer Koterien, nationaler und kirchlicher Streitigkeiten und als Bedürfnisanstalten für die buntscheckigen kapitalistischen Mittelschichten.

Auf dieser aus der wirtschaftlichen Situation sich ergebenden Zerfahrenheit der bürgerlichen Parlamente beruhte in Deutschland auch noch die Stärke des „eisernen" Reichskanzlers, der den bürgerlichen Reichstag einfach als das behandelte, was er war: ein Hühnerstall.

Da die Zeit im allgemeinen für Lohnkämpfe, überhaupt für den Kampf der Arbeiter um wirtschaftliche und unmittelbare Forderungen, in Europa besonders, sich wenig eignete, so wendete sich die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse in den europäischen Industrieländern immer mehr dem allgemeinen Gesellschaftszustand und den großen politischen Fragen zu. Wo nicht, wie in England, die Gewerkschaften bereits einen festgefügten Bau auf harter Grundlage darstellten, da konnte sich während dieser Zeit die Gewerkschaftsbewegung nur langsam entwickeln. Wie sehr selbst die englischen Gewerkschaften unter der wirtschaftlichen Depression litten, darüber nachzulesen in der meisterhaften „Geschichte des britischen Trade-Unionismus" von Sidney und Beatrice Webb (deutsch im Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart). Andererseits wirkte dieser Zustand darauf hin, daß die sozialistischen Gedanken von

neuem die englische Arbeiterklasse innerhalb ihrer Gewerkschaftsorganisation zu erfassen begannen, wie ebenfalls aus dem lehrreichen Kapitel über die Jahre 1875/89 des erwähnten Webb'schen Buches zu ersehen ist. In Deutschland, wo der proletarische Klassenkampf von vornherein als selbstständige politische Bewegung auftrat, schmiedete während dieses Zeitraumes die weise Klassenpolitik Bismarcks die Sozialdemokratie zu einer großen und einheitlichen parlamentarischen Partei zusammen. Dadurch ist unter anderem dem industriellen Kapital in Deutschland ein für allemal der Weg abgeschnitten, vermittels des Wahlzettels das Parlament zu beherrschen, was seine politische Herrschaft durch andere Mittel keineswegs ausschließt. Daß sich unterdes auch in den anderen industriellen Ländern die politische Organisation und Bethätigung der Arbeiterklasse mächtig entwickelt hat, ist bekannt.

Eine weitere Wirkung der wirtschaftlichen Depression war die Aufrechterhaltung des Friedens. Da die Produktions- und Handelsentwickelung eine verlangsamte war, so traten auch die Gegensätze der einzelnen Industriestaaten zu einander an den bekannten, sehr sensiblen politischen Knotenpunkten des Weltmarkts weniger zu Tage. Man klagte wohl über gegenseitge Konkurrenz, aber man stand immerhin allgemein unter dem Eindruck der Produktionsstille. Die jahrelang sich hinziehende Geschäftsflaue lähmte die Energie, machte zaghaft, abgeneigt gegen riskante Unternehmungen. Anders wirkt es doch, wenn nach einer mächtig aufsteigenden Prosperität plötzlich die Krise einbricht! Kurz, es war eine Zeit des stillen Vorrückens, der geheimen Ränke, des diebischen unlauteren Wettbewerbs und nicht des ehrlichen Raubüberfalls!

Nun ist diese gemütliche, träge, miserable, heuchlerische, trügerische, bigotte wirtschaftliche Depression zu Ende. Nichts kennzeichnender, als daß die neue Sturm- und Drangperiode sich durch einen Rattenkönig politischer Konflikte an allen Ecken und Enden der Welt einführt. Von der Lösung dieser Konflikte wird es nicht unwesentlich abhängen, welche Rolle die einzelnen Staaten bei der anbrechenden Weltmarktsentwickelung spielen werden.

Es muß anerkannt werden, daß bis jetzt die deutsche Diplomatie ebenso läppisch verfahren ist, wie die deutsche Industrie schlau und überlegend. Die deutsche Diplomatie war es, die durch ihr Verhalten in Ostasien den Anstoß gab zu dem raschem und ungeheueren Wachstum des politischen Einflusses von Rußland, das in einem Jahre es bereits beinahe so weit gebracht hat, die Schicksale Europas zu entscheiden.

Nicht unmöglich, daß diese Konflikte sich schließlich in einem Weltkrieg austoben werden, dessen politische Resultate unabsehbar sind, dessen wirtschaftliches Ergebnis aber jedenfalls eine noch gewaltigere Entwickelung des Weltmarkts sein würde.

Aber mit oder ohne Krieg, das mächtige Vorwärtstreiben der industriellen Entwickelung wird auch einen Umschwung der politischen Verhältnisse nach sich ziehen. Schon der Anlauf, den die europäische Industrie 1887/90 nahm, hat ja Großartiges geleistet. In England hat dieser relativ geringe industrielle Aufschwung den Gasarbeitern und den Dockarbeitern zu ihren berühmten erfolgreichen Massenstreiks verholfen und dadurch die Grundlage geschaffen für den sogenannten „Neuen Unionismus", die englische Gewerkschaftsbewegung wieder einen mächtigen Schritt weiter getrieben. In Deutschland hat er zum Sturz des Sozialistengesetzes geführt — ohne das durch die günstige industrielle Lage gehobene Selbstvertrauen der Arbeiter wäre es kaum zu dem kolossalen Stimmenzuwachs des kurzen Zeitraums 1887/90 gekommen, der die Partei selbst überraschte — und hatte zu seiner ferneren Folge die Herabsetzung der Getreidezölle. Und in Paris 1889 stellte er die Grundlage wieder her für ein internationales Zusammenwirken der Arbeiterklasse.

Wie aber nun, wo eine neue Aera der gewaltigsten Weltmarktsentwickelung beginnt, die je das Kapital erlebte? Wir wollen uns auf keine Prophezeihungen verlegen. Soviel aber ist sicher, daß vor diesem Sturmlauf der Industrie alle anderen Interessen und Parteien werden zurücktreten müssen, ausgenommen die Arbeiterklasse. Der Arbeiterklasse aber fällt diesmal, wie stets, die wechselwirkende Aufgabe zu: die Verhältnisse ausnützend, um dem Kapital unmittelbare Vorteile abzuringen, sich durch Organisation für jenen geschichtlichen Moment vorzubereiten, der ihr die politische Gewalt ausliefert.

Dieser Augenblick wird kommen. Je mächtiger die beginnende Entwickelung, desto schneller. Denn, obwohl ein Absatzgebiet von fast unermeßlicher Tragweite eröffnet wird, so werden doch die Produktivkräfte, wie es Gesetz ist der kapitalistischen Produktion, viel schneller wachsen, als der Absatz. Ein heftiger Konkurrenzkampf wird entbrennen. Nicht mehr bloß die Konkurrenz einiger weniger europäischer Industrieländer, wie bis jetzt, sondern der Wettbewerb ganzer Weltteile. Nord-Europa gegenüber Amerika und gegenüber Rußland, das Halb-Asien und Halb-Europa umfaßt, und neben Rußland noch Japan und Ostindien. Das ganze muß in einer Weltkrisis enden, die das kapitalistische Europa zertrümmern wird.

Aber es ist nicht einmal anzunehmen, daß das kapitalistische Europa soweit aushalten wird. Wahrscheinlich kommt die Lösung — und die Erlösung — schon viel früher. Denn in diesem Kampf der Welten hat das alte Europa alle Nachteile: den Nachteil der Entfernung, den Nachteil des geringeren natürlichen Reichtums, den Nachteil der kapitalistischen Uebervölkerung, den Nachteil der politischen Zerrissenheit. Wenn also die europäischen Industrien von Nordamerika und Rußland

immer mehr überflügelt werden, wenn ihr Absatz nach den Märkten des stillen und atlantischen Ozeans, ein Absatz, ohne den sie kapitalistisch nicht existieren können, zurück zu gehen beginnt, wenn vielleicht ein Bündnis zwischen Amerika und Rußland gegen Europa geschlossen wird, wenn gleichzeitig die aus alledem unbedingt resultierende politische Uebermacht Rußlands immer bedrohlicher wird, wenn das Endresultat der Entwickelung immer näher vor die Augen rückt und zum Bewußtsein kommt, — dann hängt es wesentlich nur davon ab, inwiefern die Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern sich zu klassenbewußten Organisationen zusammengeschlossen hat und inwiefern ein Einverständnis zwischen diesen nationalen sozialistischen Parteien besteht, ob der Moment gekommen sei, wann das europäische Proletariat die Schicksale der europäischen Produktion und damit der europäischen Kultur in seine Hände nimmt.

Wir stehen am Anfang des Endes. Und doch hat die kapitalistische Produktion noch immerhin, wie wir sehen, eine ganze Entwickelung durchzumachen. Die Frage ist nun: wie soll besonders die deutsche Arbeiterklasse sich diese Entwickelung am besten zu nutze kommen lassen?

Die wirtschaftliche Depression hatte für die deutschen Arbeiter zu ihrem Endresultat die Schaffung einer großen selbstständigen parlamentarischen Partei der Arbeiterklasse und die Arbeiterschutzgesetzgebung, — die jetzt mit dem industriellen Aufschwung beginnende kapitalistische Sturm- und Drangperiode muß dazu ausgenützt werden, die Gewerkschaften zu stärken und den Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Dies und die Art, wie das im allgemeinen ins Werk zu setzen wäre, soll nunmehr erörtert werden.

5. Die deutschen Gewerkschaften und die Streiks.

Der industrielle Aufschwung hat neuen Wind in die gewerkschaftschaftlichen Segel gebracht. Schon 1894 trat ja eine nicht unbedeutende Besserung ein. Nach der Zusammenstellung der Generalkommission wuchs die gesamte Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 229 810 im Jahre 1893 — der niedrigste Stand seit 1891 — auf 252 044 im Jahre 1894. Es ist aber auch besonders hervorzuheben, daß gerade die ausschlaggebenden Organisationen: die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Buchdrucker, die Maurer und die Zimmerer (obwohl die Berechnungsart von 1894 ihnen ungünstig war), die Textilarbeiter sehr beträchtlich zugenommen haben. Die Einnahmen der Gewerkschaften sind 1894 gestiegen von 2 246 000 Mark auf 2 643 000 Mark, also um fast 18 Prozent.

Für 1895 liegen nur noch wenige Angaben vor. Die wichtigsten sind von der Berliner Gewerkschaftskommission geliefert worden, die über 50 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen berichtet. Danach

ist in Berlin die Zahl der organisierten männlichen Arbeiter (46425) um achtunddreißig Prozent gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Auch aus München wird ein brillantes Ergebnis des 95er Agitationsjahres mitgeteilt. In den schon 1894 bestandenen Organisationen ist die Mitgliederzahl um $48^1/_4$ Prozent gestiegen, und rechnet man die neuen Organisationen hinzu, so hat sich die Zahl der organisierten Arbeiter um $62^4/_5$ Prozent vermehrt. Auch andere erfreuliche Berichte liegen vor. Einen allgemeinen Vergleich wird die um die Mitte des Sommers erscheinende Jahresstatistik der Generalkommission erlauben. Beiläufig sei bemerkt, daß diese jährlichen statistischen Situationsberichte ein Werk sind, welches uneingeschränkte Anerkennung erfordert. Leider hat die Generalkommission dabei noch immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die ihr seitens der Organisationen selbst bereitet werden.

Wenn nun der industrielle Aufschwung die Arbeiterklasse rasch zum Bewußtsein der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses führt, so hat er eben auch andererseits gezeigt, wie schwach noch die deutschen Gewerkschaften sind im Verhältnis zu den Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Wie waren denn die Gewerkschaften ausgerüstet, um den Streiks dieses Frühjahrs zu begegnen?

Nach der Rechnungsübersicht für 1894 waren es nur die Hutmacher, die einen Kassabestand von 81 Mark per Kopf der Mitglieder hatten. Sie standen einzig da mit diesem hohen Betrag. In weitem Abstand folgten die Buchdrucker mit 35 Mark, dann die Bildhauer, dann die Zigarrensortierer, die aber schon bloß 11 Mark aufzuweisen hatten, genau ausreichend auf eine Woche Unterstützung bei einem allgemeinen Streik. 4 Organisationen mit 14569 Mitgliedern hatten 5 bis 10 Mark, 8 mit 42896 Mitgliedern nur 3 bis 5 Mark, 15 mit 105514 Mitgliedern 1 bis 3 Mark per Kopf, und der Rest, soweit Angaben vorlagen, sogar weniger als 1 Mark. Rechnet man auf eine Woche Streikunterstützung 10 Mark per Mitglied, so erhält man folgendes Resultat: Nur die wenigsten Gewerkschaften wären im stande, bei einem auch nur eine Woche lang andauernden Streik die Vollzahl ihrer Mitglieder ausschließlich auf Kosten der Kasse zu unterhalten; die weitaus meisten Organisationen aber wären schon gesprengt, wenn die Hälfte, ein Drittel, die Mehrzahl, selbst wenn ein Zehntel und weniger ihrer Mitglieder auf einmal eine Woche lang gestreikt hätten — gäbe es nicht eben während eines Streikes außerordentliche Einnahmen. Die deutschen Gewerkschaften sind also, mit wenigen Ausnahmen, bei jedem größeren Streik so gut wie ausschließlich auf die Sammelliste und den Extrabeitrag angewiesen.

Dabei muß aber noch in Betracht gezogen werden das Verhältnis der organisierten zu der nichtorganisierten Arbeiterschaft. Die Ausdehnung der Organisationen ist ein sehr wichtiges Moment,

im Anfang der Bewegung sogar das wichtigste. Mag die Kasse noch so stark sein, wenn die Organisation nur einen winzigen Prozentsatz der Arbeiter des betreffenden Berufs an den ausschlaggebenden Produktionszentren umfaßt, so ist sie machtlos. In dieser Beziehung sind nun die deutschen Verhältnisse noch weniger erfreulich. In Berlin sind z. B. von den Maurern bloß $2^1/_2$ Prozent organisiert! (In Lübeck dagegen sind es fast 90 Prozent.) Mag man auch in Berlin die Maurer während der Hochsaison gezählt haben, so ist doch das Ergebnis ein sehr trauriges. Von den Buchbindern sind in Berlin 14,3 Prozent organisiert, von den Hutmachern ca. 9, von den Textilarbeitern (Weber und Wirker) 11,3 Prozent, selbst von den Metallarbeitern bloß 16 Prozent, Holzarbeitern 18 Prozent. Ueberhaupt sind in Berlin bloß 13 Prozent der Arbeiter organisiert. In Berlin ist aber die Organisation noch verhältnismäßig sehr stark. Stellt man Vergleiche für ganz Deutschland an, so ist der Prozentsatz ein noch viel geringerer. Die Hutmacher z. B. haben, wie wir oben erwähnt, den stärksten Kassenbestand. Es sind jedoch überhaupt in ganz Deutschland nur 2500 Hutmacher organisiert (wovon die größere Hälfte in Berlin allein), währenddem schon die Berufsstatistik von 1882 an Hutmachergehilfen 20 221 zählte, wozu jetzt noch gut 10 000 hinzugesetzt werden dürften! Im Holzarbeiterverband waren 26 141 nach der Zählung von 1894 organisiert — die Zahl der Arbeiter in den einschlägigen Berufen beträgt nach der 82er Statistik 202 257. Die Viertelmillion gewerkschaftlich organisierter Arbeiter machen von den in der Unfallversicherung 1891 angeführten 5 Millionen gewerblicher Arbeiter genau 5 Prozent aus.

Das war der Zustand der Gewerkschaften zu Beginn des industriellen Aufschwungs. Daß sie unter solchen Umständen weder lang anhaltende, noch überhaupt Streiks von größerem Umfange unternehmen konnten, liegt auf der Hand. Das wußten die Unternehmer sehr gut, und deshalb gerade kam es zu desto zahlreicheren Streiks. Wenn die Organisationen groß und stark sind, dann überlegt es sich der Unternehmer, der als Geschäftsmann sehr gut zu rechnen versteht, ganz genau, ob er es auf einen Streik ankommen lassen soll oder nicht. Wir haben aber in diesem Frühjahr viele Streiks erlebt, bei denen es nach der Geschäftslage für jeden Einsichtigen klar war, daß die Unternehmer unterliegen müssen, wenn die Arbeiter nur einigermaßen zusammenhalten. Die Unternehmer haben aber doch den Streik und öfters sogar die Aussperrung gewagt, weil sie, bei der Schwäche der Gewerkschaften, hoffen konnten, binnen weniger Tage mit den Arbeitern fertig zu werden — was ihnen freilich nicht gelang. Die Unternehmer haben sich in manchen Streik eingelassen, einfach um die Arbeiter in Unkosten zu bringen, um ihnen die Erlangung ihrer Forderungen zu erschweren — oder, wie es heißt, um sie nicht „übermüthig“ werden zu lassen —

obwohl es für diese Geschäftsleute von vornherein feststand, daß sie schließlich nachgeben müssen. Die Kapitalisten haben ein frivoles Spiel getrieben mit den Streiks dieses Frühjahrs, und das kam nur daher, daß die Gewerkschaften noch nicht stark genug sind, um den Unternehmern Achtung einzuflößen.

Thatsächlich mußte man sich auch mit den allergeringsten Forderungen begnügen und die Streiks so schnell ablaufen lassen, wie nur möglich. Erschien deshalb auch manchem die Politik der Streikleiter als zu zaghaft, so hat man doch bei dem gegenwärtigen Stand der Organisation nicht anders vorgehen können, wenn man mit Ueberlegung handeln wollte, nicht aber sich kopfüber in die Flut stürzen, dem Zufall überlassend, was daraus wird. Man mußte schnell siegen, wollte man überhaupt siegen.

Dabei ist aber noch zu beachten, daß die politische Schulung der Arbeiterklasse bei den Streiks in Deutschland eine große Rolle spielt. Einmal kommt das Klassenbewußtsein zur Geltung in der materiellen Unterstützung der Streikenden durch Sammlungen. Nur eine wie die deutsche Sozialdemokratie im politischen Kampf gestählte Arbeiterklasse vermag in solchem Maße die Sammellisten zu füllen. Sodann der Agitatoren zu gedenken, welche die politische Partei stellt. Man weiß, was das bedeutet — es genügt, daran zu erinnern. Und schließlich die Presse. Nur durch die sozialdemokratische Presse werden die Streiks in die große Oeffentlichkeit gebracht. Die Gewerkschaftspresse ist ihrer Natur nach auf die resp. Berufsgenossen beschränkt. Sie kann belehrend wirken, aber viel weniger agitatorisch. Auch ist ihre Erscheinungsweise dazu nicht angethan. Und in die bürgerlichen Kreise dringt sie gar nicht. Kurz, ohne die sozialdemokratische Tagespresse sind in Deutschland keine großen Streiks möglich. Schon deshalb allein ist hier die „reine" Gewerkschaftsbewegung ein Unding.

Aber damit ist es auch aus. Weiter reicht der Einfluß der politischen Partei in dem freien Kampf mit dem Kapital nicht. Die musterhafte Wahlorganisation der Sozialdemokratie, die beinahe 2 Millionen Wahlstimmen, die starke Reichstagsvertretung usw. usw. — das alles hat nicht verhindern können, daß in dem Moment, wo man einen energischen Vorstoß wagen könnte gegen das Unternehmertum, um sich bessere Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, der Kampf sich in einen wahren Guerillakrieg verzettelte, in einzelne Scharmützel, bei denen es kaum gelang, in Hast und Eile dem Kapitale hie und da einige geringe Aufbesserungen abzutrotzen, währenddem die Kapitalisten die fettesten Profite einsteckten. Die Streiks haben eine wahre Musterkarte der rückständigsten Verhältnisse entrollt. Arbeiter des gleichen Berufes hatten an manchem Ort für Forderungen hartnäckig zu kämpfen, die von ihren Kollegen an anderen Stätten Deutsch-

lands schon längst überholt sind. Das sind Unterschiede, die keineswegs durch den Unterschied in den Kosten der Lebenshaltung und durch die Verschiedenheit der Produktionsbedingungen zu erklären sind, sondern hauptsächlich dadurch, daß eben an diesen Orten die Kapitalisten noch eine größere Uebermacht haben und einen größeren Druck auf die Arbeiter ausüben können. Solange dies aber der Fall, solange wird man auch an den besser gestellten Plätzen mit einem desto stärkeren Zudrang von auswärts rechnen müssen. Wie das wirkt, weiß man.

Abhilfe kann nur die gewerkschaftliche Organisation schaffen. Würde man dem gleichen industriellen Aufschwung in starken Organisationen und mit gefüllten Kassen begegnen können, dann würde man Resultate erreicht haben, von denen man sich jetzt nicht einmal eine Vorstellung machen kann! Jeder Pfennig, den die Arbeiter in die Gewerkschaftskasse eingezahlt haben, würde sich jetzt mit Zinsen und Zinseszinsen bezahlt machen, und zwar nicht nur materiell, sondern auch durch Stärkung des Klassenbewußtseins, der Organisation und durch Erhöhung der politischen Macht der Arbeiterklasse, wovon wir noch an anderer Stelle zu reden haben. So erscheint es denn als ein Mißverhältnis, daß die deutsche Arbeiterklasse bei fast 2 Millionen sozialdemokratischen Wählern bloß 1/4 Million gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aufzuweisen hat.

Fragen wir nun aber weiter: wie sind auch nur die geringen Erfolge, die soeben errungen wurden, auf die Dauer aufrecht zu erhalten? Schon machen sich die Unternehmer, bald in brutal offener Art, bald in versteckter, heimtückischer Weise, zu der besonders die Akkordarbeit die zahlreichsten Gelegenheiten bietet, daran, die soeben gewährten Zugeständnisse rückgängig zu machen oder zu umgehen. Und daß sie es wagen, trotzdem der industrielle Aufschwung noch anhält, ist wieder ein Beweis dafür, daß sie vor den jetzigen gewerkschaftlichen Organisationen keine genügende Achtung haben. Wie soll es aber erst werden, wenn der industrielle Rückschlag kommt? Wir haben ja gezeigt, daß wir in eine Periode der aufsteigenden Entwickelung des Weltmarkts eintreten. Das schließt aber die periodischen Krisen durchaus nicht aus. Man muß also jedesmal darauf gefaßt sein, daß man die soeben errungene Forderung bald mit der äußersten Energie wird zu verteidigen haben. Und dazu sind unerläßlich starke Gewerkschaften.

Die kommende Entwickelung der Weltproduktion wird den Kapitalisten Reichtümer über Reichtümer in den Schoß werfen. Wenn aber die deutschen Arbeiter diese Gelegenheit dazu ausnutzen wollen, den kapitalistischen Druck erheblich zu vermindern, so müssen sie vor allem dafür sorgen, daß die Mitgliederlisten der Gewerkschaften und die Kassen der Gewerkschaften sich füllen.

Aber noch anderes und bedeutenderes wird damit errungen!

Bibliothek der Arbeiterkammer für Wien

6. Das englische Gewerkschaftsmuster, die deutsche Arbeiter-Versicherung und die Arbeiterschutzgesetze überhaupt.

Schreibt man über Gewerkschaften, so kann man nicht umhin, von England zu sprechen. Auch in der deutschen Gewerkschaftsagitation spielt „das englische Muster" keine geringe Rolle.

Es ist besonders ein Punkt, auf den sich die Aufmerksamkeit konzentriert: das Unterstützungswesen der englischen Gewerkschaften. Die einen lassen nicht nach mit der Lobpreisung dieser Einrichtungen, ihrer segensreichen Wirkung auf die Arbeiter, — die anderen dagegen verweisen darauf, daß gerade in dieser Beziehung den deutschen Gewerkschaften durch die staatliche Arbeiter-Versicherung das Wasser abgegraben sei. Untersucht man, wie die Dinge in der Praxis liegen, so findet man bald heraus, daß man dabei gar manches auseinanderhalten muß.

Wir geben zunächst vollkommen zu, daß der Weg der deutschen Gewerkschaften nicht mehr über die Kranken-, Unfall, Invaliden- und Altersunterstützung führt. Dies aber nicht so sehr deshalb, weil die Konkurrenz des Staats den Gewerkschaften den Weg abgeschnitten habe, — die Beispiele der Bildhauer, Buchdrucker, Hutmacher, Porzellanarbeiter, die Kranken- resp. Invalidenunterstützung noch immerhin gewähren, beweisen, das dies nicht absolut zu nehmen sei — sondern hauptsächlich aus taktischen Gründen. Denn es ist das Richtigste, nachdem nun einmal die Grundlage geschaffen worden ist, den Staat immer weiter zu treiben, ihn resp. die Unternehmer zu immer größeren Leistungen zu zwingen. Augenblicklich sieht allerdings die Situation nicht darnach aus, als ob man vom deutschen Staat noch etwas in Bezug auf die Arbeiterversicherung würde erlangen können. Der kindische Glaube der deutschen Staatsmänner, die Arbeiterklasse mit einigen hingeworfenen Groschen ködern zu können, ist gänzlich futsch. Aus scheinbar freien Stücken wird also nichts mehr gegeben werden. Aber die deutsche Arbeiterklasse hat nun einmal in dieser Beziehung den kleinen Finger des Staats — verleugnen können die Regierenden diese Dinge nicht mehr — und so kann es schon Gelegenheiten geben, bei denen die Arbeiterklasse auf den Daumen des Staats ganz gehörig drückt. Das deutsche Kapital wird noch mehrmals Gelegenheit haben, zu bereuen, daß es sich in diese „Spielerei" eingelassen hat.

Es wäre jedoch durchaus falsch, das Wesen auch nur irgend welcher englischen Gewerkschaft in den Unterstützungen nach der Art der deutschen Arbeiterversicherung zu erblicken. Selbst bei jenen englischen Gewerkschaften, die sich mit dem Unterstützungswesen am meisten abgeben, liegt das Hauptgewicht nicht in den vom

deutschen Staat gepflegten Versicherungsarten, sondern in der Arbeitslosen- resp. Reiseunterstützung. Rechnet man zusammen, was die Vereinigten Maschinenbauer, das Muster einer englischen Unterstützungsgewerkschaft, während der 40 Jahre 1851—90 für verschiedene Zwecke ausgegeben haben, so findet man, daß der größte Teil, fast die Hälfte, der Ausgaben auf die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung entfielen. Aber die englischen Gewerkschaften sind auch keineswegs alle nach diesem Muster zugeschnitten. Es giebt selbst unter den stärksten englischen Gewerkschaften viele, die durchaus Kampforganisationen im deutschen Sinne sind.* Die offiziellen Zusammenfassungen der Ausgaben der englischen Gewerkschaften ergeben, soweit Material vorlag, für die Jahre 1892 und 1893, daß nur 24 resp. 22 Prozent der Gesamtsumme für Kranken-, Unfall-, Altersunterstützung und für Sterbegelder verwendet wurden, alles übrige aber ging für rein gewerkschaftliche Zwecke, hauptsächlich für Streiks auf.

Anderes ist zu erwägen. Durch die staatliche Versicherung werden ja die deutschen Arbeiter zu Beiträgen verpflichtet. Nun sagt man, dadurch sei die gewerkschaftliche Zahlungsfähigkeit des deutschen Arbeiters beeinträchtigt. Das ist ein ganz merkwürdiger Trugschluß. Zunächst wollen wir darauf verweisen, daß die großen englischen Gewerkschaften, die das Unterstützungswesen im vollen Maße pflegen, einen Beitrag von 1 Mark wöchentlich erheben. Das ist also, wie jedermann für sich nachrechnen kann, viel mehr, als wie der Arbeiter zu der deutschen Versicherung beizutragen hat. Allerdings sind in England im allgemeinen die Arbeitslöhne höher. Wir haben aber auch in Deutschland bei den Buchdruckern einen Beitrag von sogar 1,35 Mark pro Woche. Nun aber die Hauptsache: Der englische Arbeiter hat in die betreffende Gewerkschaftskasse so viel einzuzahlen, um, neben der Arbeitslosen- bez. Reiseunterstützung, die Kosten der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung vollkommen zu decken, — der deutsche Arbeiter bezahlt aber für die soeben genannten Versicherungen nur einen Teil der Kosten, der Rest, das ist der größere Teil, wird von den Unternehmern und dem Staat bestritten. Folglich bleibt gerade dem deutschen Arbeiter für die reinen Gewerkschaftszwecke relativ mehr übrig, als dem englischen Arbeiter, der seine Kranken- usw. Versicherung voll aus der eigenen Tasche zu bezahlen hat. Thatsächlich könnten auch die betreffenden englischen Gewerkschaften, wenn sie die erwähnten Versicherungen fallen lassen wollten, ihre Beiträge von 1 Mark auf 60—65 Pf. reduzieren, ohne den Kassenbestand zu beeinträchtigen. Noch näher

* Solcherart sind z. B., abgesehen von den Gasarbeitern usw., die großen Organisationen in der Textilindustrie (Baumwollindustrie), die gar keine oder, wie einige kleinere Gewerkschaften, eine äußerst geringe Krankenunterstützung gewähren.

liegt ein anderer Vergleich. Nach der Reichsstatistik der Krankenversicherung für 1893 haben die Arbeiter in den freien Hilfskassen durchschnittlich 18 Mark an Beiträgen zu bezahlen, in den Ortskrankenkassen aber nur 10 Mark. Auch die Gewerkschaftskassen können kaum billiger wirtschaften, als die freien Hilfskassen. Folglich erspart der Arbeiter gerade durch die staatliche Versicherung 8 Mark, die er nun für Gewerkschaftszwecke verwenden kann. Die rein gewerkschaftliche Leistungsfähigkeit des Arbeiters wird also durch die staatliche Versicherung geradezu vermehrt.

Und dann noch eins. Man soll doch nicht meinen, daß der englische Arbeiter, außer der Gewerkschaft, keine Kranken- usw. Versicherung kennt. Wir erinnern, daß dazu jene Friendly Societies da sind, die vorwiegend als reine Hilfskassen auftreten. Das sind mächtige Gesellschaften, deren Mitgliederzahl auf rund zehn Millionen geschätzt wird und das Vermögen auf über eine halbe Milliarde Mark. Sie können also wohl verglichen werden mit der deutschen staatlichen Arbeiterversicherung. Und wenn diese letztere wirklich den Gewerkschaften, um den Ausdruck Bebels auf dem Kölner Parteitag zu gebrauchen, einen „Lebensnerv" unterbindet, so würden es die englischen freien Hilfskassen wohl nicht minder gethan haben. Wir wären aber froh, wenn man in Deutschland mit den Gewerkschaften so weit wäre, wie in England.

Dagegen eröffnet die deutsche staatliche Arbeiterversicherung den Gewerkschaften insofern ein Thätigkeitsfeld, als sie am besten dazu geeignet sind, die Arbeitervertreter der Krankenkasse zu stellen. Das ist ein interessantes Thema, dessen Erörterung im einzelnen aber uns von unserer eigentlichen Aufgabe ablenken würde. Nur soviel: Eine Konkurrenz mit der politischen Partei ist dabei nicht zu befürchten. Und es liegt auf der Hand, daß es einen Unterschied giebt, ob die Arbeitervertreter der Krankenkassen nur durch ihre Gesinnung, als Angehörige der gleichen politischen Partei, miteinander verbunden sind, oder aber hinter ihnen eine Organisation steht, die sich über ganz Deutschland verzweigt, wie es eben bei den Gewerkschaften der Fall ist.

Wie mit den Krankenkassen, so steht es auch mit den Gewerbegerichten.

Bebel, dessen Kölner Aeußerung wir bereits erwähnt haben, sagte damals über diesen Gegenstand vollinhaltlich: „In Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal die Versicherungsgesetzgebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Thätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüte beigetragen hat. Weitere wichtige Gebiete, deren Bearbeitung mit zu den Hauptaufgaben der Gewerk-

schaften gehörte, sind ihnen durch die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung entzogen worden, und das wird noch in größerem Umfange eintreten, wenn der Berlepschsche Entwurf oder auch unser eigener Arbeiterschutz-Gesetzentwurf Gesetz werden sollte. Von diesem Gesichtspunkte aus beleuchte man einmal die Frage! Mit jeder Erweiterung der staatlichen Befugnisse wird das Feld der gewerkschaftlichen Bethätigung noch mehr eingeengt."

Es ist bereits in und nach Köln gegen diese Aufstellung, die grundfalsch ist, entschiedener Protest erhoben worden. Aber noch immerhin begegnet man ihr in Parteikreisen. Wie es um die Arbeiterversicherung bestellt ist, haben wir soeben gezeigt, und weit entfernt, die Entwickelung der Gewerkschaften zu hindern, eröffnen ihr vielmehr gerade die Arbeiterschutzgesetze, zumal in ihrer komplizierten, verklausulierten Form, ein reiches Thätigkeitsfeld. Um die Interessen der Arbeiter zu wahren innerhalb dieses verworrenen Gesetzesmechanismus, ist manchmal gerade eine berufliche Organisation der Arbeiter erforderlich. Die Arbeiter geraten auch von selbst in zahllose gewerbliche bez. berufliche Rechtsstreitigkeiten. Um zu ihrem Rechte zu kommen, müssen sie eben über materielle Mittel verfügen und bedürfen des juristischen Beistandes. Bis jetzt wendet sich das alles hauptsächlich an die Redaktionen der Parteizeitungen, die so zu richtigen Rechtsbureaus geworden sind. Aber schließlich kommen auch die Parteiredakteure über den kurzen Rat, die Sache in bestimmter Weise weiter zu verfolgen, nicht hinaus. Eine Initiative können sie in diesen Dingen überhaupt nicht entwickeln. Und doch giebt es Fälle, wo man gar nicht zu warten braucht, bis jemand klagt, sondern wo die Organisation selbständig eingreifen müßte.

Wie steht es mit der Fabrikinspektion? Ab und zu wird diese Angelegenheit in den Landtagen verhandelt oder im Reichstage gestreift, aber im allgemeinen ist man auch hier auf die einzelnen Partei-Zeitungen angewiesen. Wieder herrscht der Zufall. Keine Initiative. Kein planmäßiges Vorgehen. Wo der Fabrikinspektor einsichtig, fleißig und energisch ist, da stehen die Dinge noch relativ gut, wo aber der Fabrikinspektor lässiger vorgeht oder vom Unternehmertum gänzlich moralisch gefangen genommen ist, da sieht es auch danach aus. Von einer Einwirkung seitens der Arbeiterschaft ist so gut wie nichts zu merken. Und doch, wenn man die Arbeiterschutzgesetzgebung weiter ausbauen will, so muß die Arbeiterorganisation dafür sorgen, daß die bestehenden Vorschriften genau befolgt werden, sie muß ferner die noch vorhandenen Mißstände unablässig und in allen einzelnen Fällen zu Tage fördern und für ihre Beseitigung durch Erlaß neuer Gesetze, Erweiterung, bessere Formulierung der bestehenden Gesetze, Abschaffung ungerechtfertigter Ausnahmen, verfehlter Verordnungen usw. agitieren.

So verfuhren und verfahren bis auf den heutigen Tag die englischen Gewerkschaften, die in diesen Dingen stets auf der Hut sind und die Fabrikgesetze bei allen ihren Zusammenkünften auf der Tagesordnung haben. Sie werden nie müde, diesen Kleinkrieg mit den Unternehmern zu führen, und haben so die schönsten Erfolge erreicht.

Dies alles kann aber die politische Partei nicht thun. Es wäre auch taktisch verfehlt, ihr diese Aufgaben zuzuschieben. Denn sie würde dadurch nur ihre Thätigkeit in eine wahre Liliputanerpolitik zersplittern. Die Arbeitervertretung im freien Kampf gegen die Unternehmer — vielfach sind es lokale und berufliche Kämpfe —, die Wahrung der den Arbeitern durch die Arbeiterschutz- bez. Versicherungsgesetze gewährleisteten Rechte in jedem einzelnen Falle und an jedem einzelnen Orte, die Kontrolle der Befolgung seitens der den Kapitalisten gesetzlich auferlegten Pflichten gegenüber den Arbeitern beziehentlich die Beaufsichtigung der Beaufsichtigungsbeamten, das sind Aufgaben, die den Gewerkschaften zufallen. Von diesen muß die Arbeiterpresse dazu benutzt werden, um die Agitation in der großen Oeffentlichkeit zu betreiben. Und schließlich die politische Partei hat das Gemeinsame der Einzelkämpfe herauszulösen, es parlamentarisch zu vertreten und gesetzgeberisch festzulegen. Gerade die Ausnutzung und der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung machen also die gewerkschaftliche Organisation zu einer unerläßlichen Forderung.

Die politische Partei braucht, um in ihrem parlamentarischen Auftreten zur Geltung zu kommen, einen Rückhalt in den Massen. Und einen solchen Rückhalt kann ihr in den Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung nur eine starke Gewerkschaftsbewegung geben. Wer hat denn soeben die Frage der Hausindustrie in den Vordergrund der politischen Oeffentlichkeit gerückt? Die politische Partei nicht! Es war der gewerkschaftliche Kampf der Schneider und Schneiderinnen, der dies bewirkte. Und nun bietet sich auch der politischen Partei die mannigfaltigste Gelegenheit, sich geltend zu machen. Und so ist es in unzähligen anderen Fällen, was jedoch eine Rückwirkung auf die Gewerkschaften durch ein Vorausgehen der politischen Partei nicht ausschließt, ein wichtiger Gegenstand, mit dem wir uns noch eingehend beschäftigen werden.

Und da soll man bei alledem in der Arbeiterschutzgesetzgebung ein Hindernis der gewerkschaftlichen Bewegung sehen?! Uebrigens, gerade seit der Erringung der Fabrikgesetze beginnt ja die Periode der stärksten Entwickelung der englischen Gewerkschaften!

Die Gewerkschaften, sieht man von bürgerlichen Pfuschorganisationen, wie die Hirsch-Dunckerschen, ab, sind proletarische Kampforganisationen. Als solche steht ihnen die Arbeiterschutzgesetzgebung

ebensowenig im Wege, wie der politischen Partei. Im Gegenteil, jede Erweiterung der „staatlichen Befugnisse“ in Bezug auf Arbeiterverhältnisse zwingt die Arbeiter geradezu, sich gewerkschaftlich zu organisieren und politisch bezw. parlamentarisch zu bethätigen.

7. Die Gewerkschaften als Kampf-Organisationen.

Die Gewerkschaften sind Kampf-Organisationen, stets und überall, wenn sie auch manchmal besonders einem mit bürgerlichen Scheuklappen gedeckten Blick anders erscheinen mögen. Sie sind Kampf-Organisationen, einmal weil ihr Ziel, ihre Bedeutung, ihre Bethätigung in nichts anderem besteht, als in der Erringung besserer Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen, also im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, sodann aber weil, so verschiedenartig auch die gewerkschaftlichen Kampfesmittel sind, sie alle doch in dem einen Knoten vereinigt sind, der sie allein zusammenhält: in der Arbeitseinstellung, dem Streik. Die Entwickelung der Gewerkschaften macht viele Streiks entbehrlich, sie vermindert die Zahl der Streiks, leitet sie in sicherere Bahnen, aber in dem Moment, wo es etwa den Kapitalisten gelingen sollte, die Streiks zur Unmöglichkeit zu machen, in dem Moment ist thatsächlich den Gewerkschaften nicht bloß „ein“ Lebensnerv, sondern der Lebensnerv durchschnitten worden, und sie verlieren jede Bedeutung, sinken kraftlos zusammen. Aber gerade deshalb sind die Streiks, so lange die kapitalistische Gesellschaft besteht, unausrottbar, unvertilgbar.

Nur von diesem Gesichtspunkte allein ist die Gewerkschaftsbewegung zu begreifen und zu würdigen. Verläßt man aber diesen Standpunkt, dann gerät man freilich sofort in einen Wirrwarr von Widersprüchen. Am besten zeigt sich das bei der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung. Die Arbeitslosen-Unterstützung hat nur einen Sinn als gewerkschaftliches Kampfesmittel. Dann handelt es sich aber auch dabei am allerwenigsten um die Arbeitslosen selbst, sondern hauptsächlich um die beschäftigten Arbeiter, die unter der Konkurrenz der Arbeitslosen leiden. Es handelt sich nicht darum, die Arbeitslosigkeit innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zu beseitigen, sondern darum, die Konkurrenz der Arbeitslosen in ihren die Widerstandskraft der Arbeiterorganisation schädigenden Wirkungen zu mildern.

Streikunterstützung ist ja auch Unterstützung von Arbeitslosen, und doch besteht gerade darin das Wesen der Gewerkschaft. Man wird aber während eines Streiks öfters genötigt sein, selbst Nichtorganisierte und auch solche zu unterstützen, die durch den Streik nicht direkt berührt werden, die schon früher arbeitslos waren. Denn man

muß ja alles aufbieten, um den Ersatz der Streikenden zu verhindern. Und um den Arbeitsmarkt zu entlasten, dazu ist ja auch die Reiseunterstützung da. Entkleidet man so die gewerkschaftliche Frage der Arbeitslosenunterstützung aller Nebenumstände und alles ideologischen Aufputzes, dann läßt sie sich in folgende Fassung bringen: ist es für die gewerkschaftliche Organisation von Nutzen, auch außerhalb des Streiks ihre arbeitslosen und am Orte verbleibenden Mitglieder zu unterstützen und zu diesem Zweck entsprechned hohe Beiträge zu erheben? Es ist eine rein taktische Frage und keine prinzipielle.

Es ist klar, daß in den Berufen, in denen die Arbeitslosigkeit mit der Regelmäßigkeit der Jahreszeit sich einstellt und das ganze Gewerbe erfaßt, nicht nur die Möglichkeit, sondern auch der gewerkschaftliche Zweck der Arbeitslosenunterstützung fehlt. Wenn z. B. im Winter die Arbeit im Baugewerbe ruht, so giebt es ja während dieser Zeit auch keine Lohnkämpfe. Wollte man nun hier die Arbeitslosen unterstützen, so würde man während des Winters die Kassen bis auf die letzte Neige leeren. Kommt dann der Frühling, so ist man für die bevorstehenden Streiks aller Mittel entblößt. Statt dem Gewerkschaftskampf zu nützen, schadet man ihm also vielmehr dadurch, und statt die Organisation zu stärken, schwächt man sie. Das ist so offenkundig, daß sich auch niemand im Baugewerbe in derlei Experimente einläßt. Aehnlich liegen aber die Verhältnisse in vielen anderen Berufszweigen.

Es kommen aber nicht bloß die Saisonarbeiten in Betracht, sondern der Nutzen der Arbeitslosen-Unterstützung hängt überhaupt von folgenden Umständen ab: inwiefern die Arbeitslosigkeit als Regel und allgemein, oder bloß lokal und zufällig auftritt? inwiefern die Konkurrenz der verwandten Berufe, der ungelernten Arbeiter, der Hausindustrie sich geltend macht? inwiefern erlauben die Lohnverhältnisse die Zahlung großer Beiträge? Wo diese Bedingungen am meisten zutreffen, da hat auch die Arbeitslosen-Unterstützung ihre besten Erfolge. Es sind meistens Gewerbe, die ein abgeschlossenes Gebiet für sich bilden und Konkurrenz von außerhalb des resp. Gewerbszweiges am wenigsten zu befürchten haben. So die englischen Maschinenbauer, die deutschen Buchdrucker, Bildhauer, Porzellanarbeiter usw.

Und auch dort, wo die Arbeitslosen-Unterstützung sich bewährt, ist ihr Wert verschieden je nach den Verhältnissen des gewerkschaftlichen Kampfes. Zur Zeit des industriellen Aufschwungs, bei steigendem Bedarf an Arbeitskräften, da sind die Gewerkschaften in den Stand gesetzt, eine Angriffspolitik zu betreiben, und, wenn auch die statutarische Arbeitslosen-Unterstützung dabei gute Dienste leistet, so fällt sie doch zu diesen Zeiten, wo Arbeiter gesucht werden, nicht sehr ins Gewicht. Zur Zeit der akuten Krise wieder, da giebt es eine unaufhaltsame Flut von Arbeitslosen, und die meisten Kassen werden dadurch gesprengt.

Der Nutzen der Arbeitslosen-Unterstützung zeigt sich hauptsächlich während der wirtschaftlichen Depression. Das ist jener Zustand, wo die Fabriken nicht zum plötzlichen Ruin kommen, aber auch nur mühsam fortvegetieren, mit reduziertem Personal arbeiten, auf Bestellungen lauern, wie der Strauchdieb auf die Reisenden, bald einen kleinen Aufschwung erleben und Arbeiter an sich heranziehen, bald aber sie wieder zurückstoßen, wo kein Arbeiter sicher ist, ob er nicht morgen auf die Straße kommt, aber andererseits der Arbeitslose immerhin hoffen kann, Beschäftigung zu finden. Unter solchen Umständen ist es thatsächlich die Arbeitslosen-Unterstützung, die den Organisationen das Rückgrat stärkt. Ohne die Unterstützung würden die Arbeitslosen in das tiefste Elend versinken und dadurch die größte Gefahr bilden für die Organisation, für den gewerkschaftlichen Kampf. So aber hilft man ihnen über das Schlimmste hinweg, bis sie, da es sich ja nicht um die akute Krise handelt, über kurz oder lang Arbeit finden, und kommt auch gleich von anderer Seite ein Trupp Arbeitsloser, so sind doch wenigstens die ersten bereits untergebracht.

Eine schwierige Aufgabe ist das freilich auf jeden Fall, und es kommt sehr an auf die Stärke der Organisation, ihren Umfang und Kassenbestand. Das führt uns aber gerade zu dem springenden Punkt der ganzen Frage, und das ist, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung einen stabileren Zustand, eine konstante, mehr gleichmäßige Entwickelung der Organisation schafft. Kurz, sie ist ein vorzügliches Organisationsmittel, weil die Arbeiter in ihr einen handgreiflichen und mehr beständigen Nutzen erblicken. Die Erfahrung beweist auch, daß die Gewerkschaften, in denen die Arbeitslosen-Unterstützung anwendbar ist, ein regelmäßigeres Wachstum und die stärksten Kassen aufweisen.

So hat die Arbeitslosen-Unterstützung als gewerkschaftliches Kampfmittel ihre bestimmte Anwendbarkeit, aber auch ihren bestimmten Geltungsbereich. Und ihr Nutzen, wie der jeder Kampfeswaffe, hängt von der Art ab, wie man sie anwendet, von der allgemeinen Lage und von dem Zustande der Gewerkschaften.

Schält man aber die Arbeitslosen-Unterstützung aus ihrer Stellung im gewerkschaftlichen Kampf heraus und sucht man ihr eine selbstständige soziale Bedeutung beizulegen, so führt das zu dem größten Widersinn, zu der verrücktesten sozialpolitischen Kurpfuscherei. Es ist eine ganz andere Frage, die da aufgerollt wird. Es ist die Frage: woher kommt die Arbeitslosigkeit und wie ist sie zu beseitigen? Damit haben aber die Gewerkschaften nichts zu thun. Für sie handelt es sich nur um die Thatsache der Arbeitslosigkeit selbst, um die Gefahren, die daraus der Organisation und dem gewerkschaftlichen Kampfe erwachsen, und um die

Mittel, diesen Gefahren, den demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit, zu begegnen. Das ist alles! Deshalb braucht man noch keineswegs dem kindischen Traum nachzugehen, die Arbeitslosigkeit, d. h. die kapitalistische Reservearmee von Arbeitern, ohne die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen.

Was soll man denn von der staatlichen Arbeitslosen-Versicherung sagen? Es ist ein schnurriger Gedanke, wie er nur dem kleinbürgerlichen Unverstand der kapitalistischen Verhältnisse entspringen kann. Hat doch das deutsche Reich bereits mit der schäbigen Alters- und Invaliditäts-Unterstützung ein klägliches Fiasko erlitten. Es werden jährlich ca. 50 Millionen Mark von den Arbeitern erhoben, ebenso viel von den Unternehmern, mehrere Millionen zahlt das Reich jährlich hinzu — und was ist das Resultat? Eine Durchschnittsrente von 120 Mark, 10 Mark im Monat. Für die Arbeitslosen müßte man eine mindestens viermal so große Unterstützung gewähren, und nun vergleiche man erst die Zahl der Arbeitslosen mit der Zahl der Invaliden und der über 70 Jahre alten Greise! Das ist nur ein kleiner praktischer Ausblick auf die Kosten. Theoretisch läßt sich hier ein abgrundtiefes Chaos von Widersprüchen aufweisen. Wir verspüren aber keine Lust, nach Seifenblasen aus Kanonen zu schießen.

Wie mit der Arbeitslosen-Unterstützung, so steht es auch mit den Arbeits-Nachweisen, den Einigungsämtern usw. Sie haben nur einen Sinn und eine Bedeutung, wenn sie von Arbeiterorganisationen im gewerkschaftlichen Kampf ausgenützt werden. Speziell bei den Einigungsämtern kommt es vor allem darauf an, daß die Gewerkschaften darin als eine Macht auftreten, die ihre Forderungen, wenn nötig, durch einen Streik wirksam unterstützen können. Als selbständige „sozialreformerische" Einrichtungen friedliebender Bourgeois sind sie der widerwärtigste heuchlerische Humbug.

So reduziert sich denn alles auf die Arbeitseinstellung, die allein jede einzelne gewerkschaftliche Handlung beseelt, ihr einen Sinn und eine Kraft verleiht. Ohne Streiks keine Gewerkschaftsbewegung! Nun sagt man aber, die Entwickelung der Großindustrie und die kapitalistischen Kartelle bereiten den Streiks fast unüberwindbare Hindernisse. Und das ist der wichtigste Einwand, der gegen die Gewerkschaftsbewegung gemacht wird. Er muß deshalb besonders untersucht werden.

8. Kartelle und Riesenbetriebe.

Kautsky in der „Neuen Zeit" 1893/94 und Schippel auf dem Frankfurter Parteitag haben mit Recht vor Uebertreibungen in Bezug auf die Kartelle gewarnt. „Die Kartelle bedeuten nicht das

Aufhören der wirtschaftlichen Kämpfe, sondern nur das Zusammenfassen der Kämpfenden in großen Massen. Der Konkurrenzkampf der Industriellen desselben Zweiges wird durch sie freilich aufgehoben — in der Regel auch nur innerhalb eines Landes und für eine gewisse Zeit; die internationalen, dauernden Kartelle sind noch dünn gesät. Aber die Kämpfe zwischen Produzenten und Konsumenten, die zwischen Unternehmern und Arbeitern, sowie endlich die zwischen verwandten Produktionszweigen, von denen einer den anderen zu verdrängen sucht, werden durch Kartelle nicht aufgehoben, sondern verschärft, und die beständige Revolutionierung der Technik wird durch sie auch nicht zum Stillstand gebracht, im Gegenteil, sie dürfte eher durch sie beschleunigt werden . . . Nun darf man aber nicht glauben, daß die gesamte Produktion binnen kurzem in den Händen von Kartellen sein wird. Bisher ist die Kartellierung in der Regel nur in Industrien geglückt, die eine Monopolstellung entweder von vornherein besessen, wie z. B. viele Bergwerke, oder sie durch die ökonomische Entwickelung und staatliche Maßregeln — Schutzzölle, Steuergesetzgebung und dergleichen — erhalten haben." (Kautsky.) Wir erinnern in zuletzt erwähnter Beziehung an die neuerdings so sehr beliebten staatlichen Kontingentierungen. „Länger dauernd werden Monopole nur dann sein können, wenn — wie etwa im Falle der Privateisenbahnen — das fixe Kapital derart überwiegt und derart langsam sich amortisiert, daß Konkurrenzanlagen ungemein erschwert sind oder sich ganz von selber verbieten." (Schippel.)

Wir schließen uns diesen allgemeinen Ausführungen an. Hinzuzufügen haben wir folgendes:

Die Zeit der wirtschaftlichen Depression war für die Bildung industrieller Kartelle besonders günstig. Die Produktion entwickelte sich langsam. Neue Unternehmungen wurden relativ wenig gegründet. Die Fabriken schränkten ihre Produktion ein. Da man nun an eine Erweiterung der Produktion nicht dachte, jeder vielmehr besorgt war, sie nicht noch mehr verringern zu müssen, eine Konkurrenz neuer Anlagen nicht zu befürchten war, und man allgemein über ungenügenden Absatz und geringe Preise klagte, so lag es nahe, sich zu kartellieren, um wenigstens jedem das zu sichern, was er bereits hatte. Gelang es dabei noch, die Preise hochzuschrauben, dann desto besser. Wenn nicht, so war doch wenigstens eine Garantie vorhanden, daß man nicht einander durch gegenseitiges Unterbieten ruinierte. Und wagte sich irgend ein Spekulant mit einer neuen Gründung heran, so konnte man ihn bei der herrschenden Flaue leicht totmachen. Allein es ist klar, daß all diese Herrlichkeit — soweit nicht das Monopol durch die oben erwähnten besonderen Verhältnisse gesichert ist — vom Windhauch des industriellen Aufschwunges hinweggefegt werden muß.

Denn mit der Eröffnung eines größeren Absatzes erwacht im Kapitalisten auch das Bestreben, seine Produktion möglichst zu erweitern. Jetzt steigt aber überhaupt die Unternehmungslust, und Gründungen folgen auf Gründungen. Entweder werden die neuen Fabriken in das Kartell aufgenommen, und da dies ohne Ende ist, so muß das Kartell gesprengt werden, und zwar geschieht dies desto schneller, je wohnlicher sich vorher die Kartellierten eingerichtet haben. Oder aber die neuen Unternehmungen bleiben außerhalb des Kartells, und dann muß sich dieses binnen kurzem auflösen, um die freie Konkurrenz mit den neuen Gründungen aufzunehmen.

Noch mehr gilt das für jene kapitalistischen Kartellierungen, die speziell zum Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen gestiftet wurden.

Diese Ausführungen sollen jedoch nur dazu dienen, die Gefahr, welche den Arbeitern seitens der großen kapitalistischen Produktionsbildungen entsteht, auf ihr vernünftiges Maß zu reduzieren, nicht aber sie zu leugnen. Wir dürfen uns vor diesen Dingen die Augen nicht verschließen. Es handelt sich nicht bloß um die Kartelle, sondern auch um die großen Aktiengesellschaften, überhaupt um die kapitalistischen Riesenbetriebe, die nicht mehr nach Hunderten, sondern nach vielen Tausenden von Arbeitern zählen und die, obwohl sie sich scheinbar nur quantitativ von den anderen unterscheiden, eben infolge dieser ungeheueren Kapital- und Produktionskonzentration einen qualitativen Unterschied, eine ganz neue Ordnung der Dinge schaffen, mit der man rechnen muß.

Schippel meinte, die Riesenbetriebe bieten ihrerseits wenigstens den Vorteil, daß sie das Solidaritätsgefühl der Arbeiter entwickeln. Das ist ein schwacher Trost. Denn worauf es ankommt, ist, wie man dieses Solidaritätsgefühl bethätigen soll, wenn die ungeheuere Uebermacht dieser kolossalen Kapitale die Arbeiter förmlich erdrückt?

Kautsky seinerseits glaubt einen schwachen Punkt dieser Konzentrationen im Verwertungsbedürfnis des Kapitals entdeckt zu haben. „Je mehr die Konzentration des Kapitals fortschreitet, desto größer wird, im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Masse des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals (Baulichkeiten, Maschinen, Rohstoffe ꝛc.). Jede Einstellung des Betriebs entwertet dieses Kapital, und zwar um so mehr, je länger die Arbeitseinstellung dauert. In einem Unternehmen, in dem relativ viel konstantes Kapital angelegt ist, bedeutet jede Betriebsunterbrechung nicht nur einen Gewinnverlust, sondern einen erheblichen positiven Schaden für die Kapitalisten. Dazu kommt ein anderer Umstand: die Abgaben, die der Unternehmer von seinem Mehrwert abzugeben hat — Steuern, Grundrenten, Zinsen für geborgtes Kapital usw. — müssen von ihm gezahlt werden, mag sein Betrieb in Gang sein und Mehrwert schlucken

oder nicht. Auch das drängt ihn, von jeder Betriebseinstellung möglichst abzusehen." Das ist alles ganz verfehlt.

Man darf die Geschäftstaktik dieser Monstre-Unternehmungen nicht mit dem kleinbürgerlichen Sparsamkeitsmaß messen. Ein Habenichts von einem sozialdemokratischen Redakteur erschrickt vor den Hunderttausenden, die da an Steuern usw. zu bezahlen sind, rechnet womöglich nach, wieviel das per Tag ausmacht, und denkt sich dann: „Teufel auch, das wird doch der Mann nicht verloren gehen lassen!" Aber für die Magnaten des Kapitals sind das Lappalien. Einem Krupp oder Freiherrn von Stumm kommt es aber auch gar nicht in den Sinn, deshalb es auf einen Streik nicht ankommen zu lassen, weil sie ihre „Steuern" nicht nutzlos zahlen wollen. Und nicht einmal ein Baare denkt daran, obwohl dieser doch nicht gerade mit Begeisterung Steuern zahlt. Die Hauptsache aber ist, daß gerade das unverhältnismäßig große stehende Kapital diesen Unternehmungen ihren stärksten Halt giebt. Man denke sich doch einen kleinen Kapitalisten, der den größten Teil seines Kapitals im Umlauf halten muß — wie der sich windet und wendet, um das Kapital möglichst schnell umschlagen zu lassen, um damit möglichst viel Umsätze zu machen, um möglichst viel Rohstoff zu verarbeiten, möglichst viel Ware zu verkaufen, weil das alles seinen Profit steigert. Und wenn dann die Arbeitseinstellung kommt, die Produktion stockt, die Kundschaft sich anderweitig wendet, die Ware halbfertig, die Rohstoffe unbearbeitet liegen, die Geldeingänge immer spärlicher werden, Termine auf Termine sich drängen — dann ist er ja ruiniert, wenn nicht alles schnell wieder ins Geleise kommt. Dagegen wenn Kautsky sich einmal die Abrechnungen der großen Bergwerke, Eisenhütten usw. ansieht, so wird er staunen, wie winzig hier die Kasse ist im Vergleich zu den Ausständen, zu dem angesammelten Rohstoff, zu den Lagerbeständen. Wer giebt denn die längstfristigen Kredite? Die Riesenbetriebe rechnen gar nicht mit „Wochen oder Tagen", sondern mit Monaten und Jahren. Sie sind, schon abgesehen von den technischen Bedingungen, von vornherein so groß angelegt, daß sie eines ganz anderen Umschlagszyklus bedürfen. Wenn sie ihre Ware abliefern, so geschieht es in ganzen Eisenbahnzügen und Schiffsladungen. Und darum läßt man es sich eben ansammeln. Wenn sie Bestellungen übernehmen, so sind diese von einem Umfange, daß es auf Monate und selbst Jahre reicht. Das liefert man auch nicht jede Woche ab, sondern in großen Partien und großen Zeiträumen. Sie haben also einen viel größeren Spielraum der Produktion — sie können schon eine Zeit lang aussetzen, um es dann nachholen zu lassen.

Wenn der kleinere Kapitalist eine neue Maschine oder gar einen Motor kauft, so ist das für ihn ein Ereignis, und er darf beileibe keine Maschine unnütz stehen lassen. In den Kolossalbetrieben aber

sieht man ganze Abteilungen, zahlreiche Maschinen, die unnütz stehen. Sie müssen da sein, um den Betrieb in den Stand zu setzen, wenn größere Aufträge kommen, sie ohne Verzögerung zu erfüllen. Da kann man nicht in der letzten Stunde noch mit dem Eilzug eine neue Maschine kommen lassen. Und das alles tragen diese kapitalistischen Ungeheuer, ohne sich etwas daraus zu machen. So sind sie denn auch im Stande, nach einem Streik, wenn es nötig ist, die Produktion so zu steigern, daß man bald gar nicht merkt, ob die Arbeit überhaupt je geruht habe.

Und so giebt es noch zahllose andere Momente. Wer berechnet denn die geringsten Zinsen resp. Profitraten? Man sehe doch, wie diese Ungetüme Millionen über Millionen ausgeben, ihre Waren massenweise unter dem Rohstoffpreis verschleudern, wenn es gilt, einen Konkurrenten zu erdrücken. Und da soll es ihnen vor einem Streik angst und bange werden?

Diese Riesenbetriebe trotzen ja sogar der Krise, die viel verheerender wirkt, als die Streiks.

Man sieht, es ist eine gewaltige Macht. Man braucht vor diesen Dingen nicht scheu zurückschrecken, aber man darf sie auch nicht unterschätzen. Wir werden im nächsten Kapitel die Erörterungen fortsetzen.

9. Die Tendenzen der kapitalistischen Entwickelung und die Taktik der Arbeiterbewegung.

Einen Umstand giebt es, der die kapitalistischen Riesenbetriebe während eines Streiks in Nachteil setzt gegenüber den kleineren kapitalistischen Unternehmungen. Das ist, daß es ihnen schwer fällt, bei einem allgemeinen Streik fast unmöglich ist, genügenden Ersatz an Arbeitern zu finden. Einmal kommt die große Arbeiterzahl in Betracht. Außerdem aber müssen gerade diese Betriebe, bei denen die Individualität des Arbeiters fast verschwindet, über geschulte Arbeiterarmeen verfügen, über wohlorganisierte und disziplinierte einzelne Korps, die regelmäßig ihre gemeinsame Arbeitsfunktion erfüllen, daß alles zusammenpaßt und der allgemeine Gang des kolossalen und komplizierten Betriebs nicht gestört wird. Es läßt sich ein derartiges großes Werk nicht mit einer Masse aus allen Ecken und Enden zusammengebrachter Arbeiter ohne weiteres in Bewegung setzen. Darum suchen auch diese Riesenbetriebe einen stabilen Stand von Arbeitern, einen womöglich durch Generationen gehenden Stamm heranzubilden. Deshalb ihre mancherlei „Wohlthaten", die sämtlich darauf hinausgehen, den Arbeiter an den Ort zu fesseln.

Aber dieser Nachteil wird reichlich dadurch aufgewogen, daß es den Riesenbetrieben thatsächlich gelingt, die Arbeiter auf alle erdenk-

liche Weise wirthschaftlich abhängig zu machen. In ihrer ausgebildeten Gestalt sind es ja Fabriken-Städte. Hier gehört alles dem Fabrikherrn: Straße, Haus resp. Wohnung, Schule, Kirche und Spital, das fließende Wasser und selbst die freie Luft, und nicht nur der Arbeiter, sondern jeder Einwohner, vom Krämer bis auf den Geistlichen, ist von ihm abhängig.* Der Arbeiter hängt nicht nur mit seinem Lohn, sondern, um die Hauptsache herauszugreifen, mit seiner Wohnung vom Fabrikanten ab. Schon Engels wußte in seiner „Lage der arbeitenden Klassen" davon ein Lied zu singen, und auch Marx spricht von der „ungeheueren Macht, die das Grundeigentum giebt, wenn es, mit dem industriellen Kapital in derselben Hand vereinigt, dieses befähigt, die Arbeiter im Kampfe um den Arbeitslohn praktisch von der Erde als ihrem Wohnsitz auszuschließen". England und neuerdings Amerika liefern dafür der Beispiele genug. Die „Grundrente" steht also diesen Kapitalisten durchaus nicht im Wege, im Gegenteil, sie ist das stärkste Zwangsmittel in ihren Händen.

Und doch! Wenn der Druck zu groß wird, dann trotzen die Arbeiter selbst dieser Uebermacht! Wenn es nötig wird, dann zeigen sie auch jetzt denselben Heldenmut, wie 1844 die 40 000 englischen Kohlenarbeiter, die mit Weib und Kind in der brutalsten Weise in den Straßenkot geworfen wurden und es dennoch 8 Wochen lang aushielten — ein ergreifender Kampf, dessen Einzelheiten in Engels' „Lage der arbeitenden Klassen" nachzulesen sind.

Der Widerstand der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung kann nie, durch keine Mittel beseitigt werden. Aber die Konzentration des Kapitals erschwert diesen Kampf, nicht nur auf gewerkschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete, stellt immer größere Forderungen an das Klassenbewußtsein, an die Organisation der Arbeiterklasse und reduziert schließlich den proletarischen Klassenkampf auf seine nackte ökonomische Grundlage: Privatbesitz an den Produktionsmitteln.

Das Wachstum der kapitalistischen Riesenbetriebe zeigt nur, wie illusorisch die Hoffnung der bürgerlichen Sozialreformer, dieser ewigen sozialpolitischen Säuglinge, ist, man könnte mittelst gewerkschaftlicher Organisation und Arbeiterschutz-Gesetzgebung einen Zustand schaffen, bei dem sich Arbeiterklasse und Kapital vertragen. Solange die ökonomische Quelle ihres Reichtums nicht versiegt ist, schwillt die Macht

* Darum wird auch in diesen Gegenden eine Verbitterung der gesammten Bevölkerung gegen den alles unterdrückenden Industriemagnaten (König Stumm in Neunkirchen!) erzeugt, ein Umstand, der, wie Kautsky mit Recht hervorhebt, bei Streiks den Arbeitern zu Gute kommen muß. Das ist aber selbstverständlich nur eine geringe und mehr moralische Kraft gegenüber der ungeheueren ökonomischen Uebermacht der Industrie-Könige.

der Kapitalisten immer mehr an, und die Arbeiterklasse muß in ihrer Organisation damit Schritt halten, wenn sie nicht platt gedrückt werden will — bis endlich, in der Tendenz, ein Zustand erreicht wird, bei dem auf der einen Seite einige wenige im Besitze des gesamten Kapitals sind, auf der anderen die Arbeiter als einzige Klasse organisiert dastehen. In diesem Moment sind aber auch bereits die Würfel gefallen.

Wir müssen mit den Tendenzen der kapitalistischen Entwickelung rechnen, um die Gegenwart in ihrem Werdeprozeß zu begreifen. Thöricht aber wäre es, die Taktik so einzurichten, als ob jetzt schon der Zustand eingetreten wäre, den erst die wechselvolle Zukunft in sich birgt. Die Tendenz der kapitalistischen Entwickelung liegt in der Bildung von Riesenbetrieben, aber vorläufig sind diese noch dünngesäte Ausnahmen. Zumal wenn man einen Blick wirft in die deutschen und österreichischen industriellen Zustände, so erscheint es etwas wundersam, wie man sich hier in diesem Augenblicke über die Frage ereifern kann, ob die Riesenbetriebe der Gewerkschaftsbewegung im Wege stehen! Begegnen doch hier die Gewerkschaften noch dem Hindernis der ungenügenden Entwickelung des industriellen Großbetriebs und dem der verhältnismäßigen lokalen Zersplitterung der Produktion.

Die Tendenzen der kapitalistischen Entwickelung werden aber überhaupt nie ausgelebt werden. Der Zustand der höchsten Konzentration des Kapitals wird auch nicht annähernd erreicht werden, desgleichen die reine Klassenscheidung, also die Verdrängung aller Mittelschichten, und es wird auch nicht gelingen, die gesamte Arbeiterklasse, sei es gewerkschaftlich oder politisch, zu organisieren. Denn die zerstörenden Kräfte der kapitalistischen Entwickelung wirken viel schneller, als die aufbauenden und organisierenden. Wir glauben, gezeigt zu haben, daß die Entwickelung des Weltmarkts auch zu einer Weltkrisis treibt, die wenigstens für Europa ein Weiterführen der kapitalistischen Produktion zur Unmöglichkeit macht. Der Kapitalismus bricht dann zusammen, noch ehe er alle seine sozialen Kräfte entwickelt hat.

Andererseits, solange die Verhältnisse nicht auf ihre äußerste Spitze getrieben sind, wird es auch unter der Arbeiterklasse eine große Anzahl Lässiger und Leichtsinniger geben, die abseits des politischen oder gewerkschaftlichen Kampfes bleiben. Man kann nicht gerade behaupten, daß sie sich deshalb ihrer Klassenlage nicht bewußt sind. Aber sie sind es nicht voll, vor allem aber sind es passive Naturen, die sich um eine Sache solange nicht kümmern, als es eben nur irgendwie geht, bis das Dach über ihren eigenen Häuptern zusammenbricht, bis es sich nicht mehr um eine Frage des morgigen Tages, sondern um das Heute handelt, dem man nun einmal nicht entrinnen kann.

Das ist durchaus nicht entmuthigend. Im Gegenteil, es läßt den Wert der erreichten Organisation desto höher veranschlagen.

Das führt zur Ueberzeugung, daß wir in Wirklichkeit viel näher am Ziele sind, als es die rein mathematische Rechnung zeigt. Aber solange die wirtschaftliche Entscheidung in der Gestalt der Unmöglichkeit der Fortführung der kapitalistischen Produktion noch nicht gefallen ist, solange wird auch jenes schwache und schwankende politische Gleichgewicht anhalten, bei dem alles jeden Augenblick zusammenzubrechen droht und doch fortbestehen bleibt. Ist man aber einmal soweit, dann wird durch die Verhältnisse auch der Trägste aus seiner Ruhe aufgerüttelt, und die kämpfende proletarische Armee schwillt plötzlich wie die Meerflut an.

Die Hoffnung aber, daß es je gelingen wird, allmählich, regelmäßig, in aller Stille die gesamte Arbeiterklasse in die Organisation zusammenzufassen, läßt man lieber beiseite. Ein hübscher Traum, daß man unmerklich in die sozialistische Gesellschaft, wie in ein großes Loch, hineingleitet und einen schönen Tages die Augen aufthut: „Ei, da sind wir ja! Maiblumen, Sonnenschein, Silberglocken, der letzte Schutzmann ist verschwunden, und an der Stelle, wo er gestanden ist, blüht ein zierliches Vergißmeinnicht. Station „Zukunftsstaat"! Alles aussteigen!" Aber nur ein Traum!

Weil man nun mit einem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion rechnen muß, der in einem Moment erfolgt, wo es noch zahlreiche gesellschaftliche Mittelschichten giebt, die wirtschaftliche Scheidung noch durchaus nicht vollzogen ist, neben dem proletarischen Klassenkampf zahlreiche Nebenströmungen den Weg versperren, einander höchst widersprechende wirtschaftliche Interessen zur politischen Geltung zu kommen suchen, und bei alledem die Arbeiterklasse nicht vollzählig organisiert werden kann, so ergiebt sich daraus die Notwendigkeit, die mögliche Organisation desto fester zusammenzufügen, sie in allen ihren Gliederungen auf das tiefgehendste auszubauen, ihre Straffheit, ihren Zusammenhalt bis auf die höchste Potenz zu entwickeln. Und zu diesem Zwecke vor allem braucht man die gewerkschaftliche Organisation.

Mit Recht sagte Legien auf dem Kölner Parteitag: „Die gegenwärtigen Kämpfe auf beiden Gebieten sind ja überaus schwer, aber die zukünftigen werden noch bedeutend schwieriger sein, und in diesen bevorstehenden Kämpfen und eventuell im letzten Entscheidungskampf brauchen wir Leute, welche ihre ganze Person und Existenz für die Gesamtheit einsetzen; die müssen wir uns also erziehen, und dabei leistet die gewerkschaftliche Organisation außerordentliche Hilfe."

Es ist nicht wahr, daß es sich für die gewerkschaftliche Bethätigung nur um unmittelbare kleine Erfolge handle. Unmittelbare Erfolge müssen da sein, wie eben auch bei der politischen Bewegung. Was die Lohnerhöhung, die Verkürzung der Arbeitszeit usw. für die Gewerkschaften, das sind Arbeiterschutzgesetzgebung, die Steuerreform und

ähnliches für die politische Partei. Beides läßt sich übrigens gar nicht von einander trennen.

Wie die Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsnachweise usw. ihren Wert haben nur, soweit sie den Streiks zu nutze kommen, so haben ihrerseits die Streiks, so hat der gewerkschaftliche Kampf seinen Hauptnutzen in der Organisation der Arbeiterklasse, — und in der Organisation der Arbeiterklasse wieder gipfelt auch der politische Kampf mit all' seinen Wahlabstimmungen, seiner parlamentarischen Thätigkeit, seiner mündlichen und schriftlichen Agitation.

Wer nicht sieht, was die Gewerkschaften in organisatorischer Beziehung leisten, der ist blind, dem ist nicht zu helfen. Haben doch bereits die deutschen Gewerkschaften, so verhältnismäßig schwach sie sind, gut doppelt soviel Arbeiter in ihren Organisationen vereinigt, als sämtliche sozialdemokratische Vereine des Landes. Sie verfügen über eine Presse von 1/4 Million Exemplaren. Sie erheben jetzt jährlich an regelmäßigen Beiträgen fast 3 Millionen Mark. Und doch hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch Raum genug, ihre Organisationen zu verdreifachen, selbst zu vervierfachen.

In Deutschland zumal, wo die politische Partei als stramme Zentralisation von Vereinen nicht auftreten kann, ist die Situation wie geschaffen für die doppelte Organisation der Arbeiterklasse: die zentralisierten Gewerkschaften, rein wirtschaftliche Organisationen, die selbst keine Politik treiben, und die politische Partei, die als Gesamtheit der Arbeiterklasse auftritt. Obwohl nun die Gewerkschaften keine Politik treiben, so sind sie doch Organisationen klassenbewußter Arbeiter, und das ist es, was wir brauchen.

Wenn auch die gewerkschaftlichen Organisationen mit den politischen nichts gemein haben, so giebt es doch zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung eine Wechselwirkung. Und die größte Wirkung der steigenden Gewerkschaftsbewegung wird sein die Stärkung der politischen Partei. Dies wollen wir jetzt im einzelnen nachweisen. Dann erst werden die taktischen Aufgaben klar werden, die für die nächste Zeit bevorstehen.

10. Das „naive" Kapital.

Bevor wir zur Betrachtung der politischen Gestaltungen übergehen, müssen wir noch mit einigen Mißverständnissen aufräumen, die weniger der Gewerkschaftsbewegung, aber destomehr einer ersprießlichen Diskussion im Wege stehen. „Die englischen Gewerkschaften sind zu einer Zeit geworden, die für uns für immer vorbei ist. Damals war der Kapitalismus jung, naiv und blind, jetzt ist er alt und erfahren und wehrt sich mit größerer Macht gegen die Arbeiterbewegung." So Dr. Adler auf dem Frankfurter Parteitag.

Nie war der Kapitalismus der Arbeiterbewegung gegenüber naiv und blind, niemals! Sobald die Arbeiterklasse sich nur erst zu regen begann, hat das englische Kapital sofort erkannt, daß es sich um seine Existenz handele, und es hat mit einer Brutalität, mit einem Raffinement, mit einer Wut und Rücksichtslosigkeit alle ihm zur Verfügung stehenden wirthschaftlichen und politischen Machtmittel in Bewegung gesetzt, um die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, daß dessen Vorgehen den Vergleich aushalten kann mit den schlimmsten Verfolgungen, denen die Arbeiterklasse in anderen Ländern ausgesetzt worden war, vielleicht nicht einmal Rußland ausgenommen. Und wenn die englische Arbeiterbewegung, und besonders die Gewerkschaftsbewegung, trotz alledem gewachsen und zu einer Macht geworden ist, vor der das Kapital die politischen Waffen streckt, so hat sie das nur der unwiderstehlichen Macht der ökonomischen Entwickelung zu verdanken, welche die Interessengegensätze innerhalb der herrschenden Klassen selbst erzeugte und der Arbeiterklasse jene eiserne Energie, jenen Kaltmut und jene Klarheit des Blicks verlieh, die ihr über alle Schikanen und Brutalitäten hinüberhalfen. Wenn das Kapital etwas von England gelernt hätte, so müßte es vor allem gelernt haben, daß man die Arbeiterbewegung, die politische wie die gewerkschaftliche, mit Gewaltmaßregeln nicht unterdrücken kann. Aber die ökonomischen Interessen sind eben mächtiger, als die Logik der Vernunft. Destoweniger Veranlassung hat die Arbeiterklasse, über die verlorene Unschuld des Kapitals zu trauern, und destomehr Grund, in der englischen Arbeiterbewegung, die fast für ein halbes Jahrhundert mit der Gewerkschaftsbewegung zusammenfällt, ein aufmunterndes Beispiel zu sehen.

Ohne Wahlrecht, ohne Vereins- und Versammlungsfreiheit, ohne Preßfreiheit, da die Presse vor allem durch eine wahnsinnige Stempelsteuer plattgedrückt wurde, so begann die englische Arbeiterklasse ihren Klassenkampf. Das alles stand keineswegs bloß auf dem Papier, sondern die Bourgeoisie machte aus den bestehenden Verboten blutigen Ernst. Wir wollen, um eine Vorstellung von der Brutalität dieser Gesetze und ihrer Anwendung zu geben, einige Beispiele aus der von uns bereits erwähnten, höchst verdienstvollen Geschichte des britischen Trades Unionismus von Sidney und Beatrice Webb anführen.

„Im Jahre 1819 lesen wir von zahlreichen Verfolgungen von Kunsttischlern, Hutmachern, Eisenschmieden und anderen Arbeitern — nominell, weil sie ihre Arbeit unvollendet verlassen, in Wahrheit aber für das Verbrechen, eine Verbindung geschlossen zu haben. Im Jahre 1798 wurden fünf Buchdrucker (Arbeiter) im Gerichtshof Old Bailay wegen Verschwörung verurteilt. Die Unternehmer hatten die Führer der Gehilfen zu sehen verlangt, um ihre Anträge zu diskutieren, als,

wie es in der Klage hieß, „die fünf Angeklagten als Delegierte gekleidet kamen und sich als Kopf eines Parlaments, wie wir es nennen dürfen, vorstellten". In Wirklichkeit waren die Leute Mitglieder eines Unterstützungsvereins von Buchdruckern. Trotz der Thatsache, daß die Unternehmer selbst den Verein anerkannt und mit ihm unterhandelt hatten, verurteilte der leitende Richter sämtliche Angeklagten zu je zwei Jahren Gefängnis ..... Im Dezember 1817 trafen die Polizeibeamten von Bolton, die zufällig erfahren, daß zehn Delegierte der Kattundrucker aus den verschiedenen Distrikten des Königreichs am Neujahrstage zusammenkommen würden, Vorkehrungen, dieselben alsbald zu verhaften und alle ihre Papiere mit Beschlag zu belegen. Diese zehn Delegierte hatten drei Monate Gefängnis zu erleiden, trotzdem sie in keinem Streit mit ihren Anwendern waren. Aber der Hauptzweck des Gesetzes (über Verschwörungen) für die Unternehmer war, Streikende schachmatt setzen und Forderungen von besseren Arbeitsbedingungen abwehren zu können. Schon im Jahre 1786 war das bestehende Verschwörungsgesetz künstlich gedehnt worden, um fünf Londoner Buchbinder, die einen Streik behufs Reduzierung der Arbeitsstunden von zwölf auf elf geleitet, schuldig zu sprechen und mit zwei Jahren Gefängnis zu bestrafen ..... 1819 protestierten einige Graveure einer Manchester Kattundruck-Firma gegen die ungehörige Erhöhung der Zahl der Lehrlinge von seiten ihres Prinzipals und bekräftigten ihren Protest durch Einstellung der Arbeit. Für diese „Verschwörung" werden sie mit Geldbuße und Gefängnis bestraft .... Im Jahre 1816 wurden sieben Scheerenschleifer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie einem Verein angehörten, der Arbeitslosen-Unterstützung zahlte und die herkömmlichen Lohnsätze aufrecht zu erhalten suchte", und so weiter, ins Unendliche. Die bloße Zusammenkunft von Delegierten, um über Verbesserung der Löhne zu beratschlagen, wurde mit 1 und 2 Jahren Gefängnis bestraft. Die Gründung einer Begräbniskasse war schon eine „Verschwörung", die Monate Gefängnis einbrachte. „Das ganze System der Unterdrückung, das die Staatskunst der Regentschaft charakterisierte, gipfelte in dieser Periode in einer von keinem der Monarchen der „„Heiligen Allianz"" übertroffenen Tyrannei." Als 1825 die Koalitionsgesetze gemildert wurden, bekamen die Gewerkschaften freiere Luft zu atmen. Aber immerhin hatten sie noch einen schmerzhaften Dornenweg zu wandern. So wurden z. B. 1834 sechs Arbeiter von Dorchester für den bloßen Akt der Abnahme eines Eides seitens in die Gewerkschaft eintretender Mitglieder gerichtlich zu sieben Jahren Deportation verurteilt. „Obwohl Verbindungen zu dem alleinigen Zweck der Festsetzung von Arbeitsstunden und Löhnen aufgehört hatten, ungesetzlich zu sein, war es möglich, die Arbeiter auf verschiedene andere Vorwände hin straf-

rechtlich zu verfolgen. Manchmal wurden, wie 1839 in dem Falle einiger Bergarbeiter in Lancashire, Trade Unionisten wegen ungesetzlicher Verbindung angeklagt für die bloße schriftliche Mitteilung an ihre Anwender, daß ein Streik stattfinden werde. Dann wieder wurde die durch das Gesetz von 1825 verbotene „„Belästigung oder Hinderung““ dahin ausgelegt, daß die bloße Benachrichtigung von der Absicht der Arbeiter, gegen die Beschäftigung von Nichtunionisten zu streiken, unter diesen Begriff fiele .... Selbst wenn die (bei Streiks usw.) aufgestellten Wachtposten sich noch so friedlich verhielten, wurden sie oft auf's schwerste bestraft. Für gewöhnlich aber wurden gegen streikende Arbeiter die zivilrechtlichen Gesetze über die Verhältnisse zwischen Beschäftigern und Angestellten — „„masters and servants““ — in Anwendung gebracht; wie beispielsweise im Februar 1834 siebzehn Gerber in Bermondsey (Süd-London) wegen des Vergehens, ihre Arbeit unbeendigt verlassen zu haben, zu Gefängnis verurteilt wurden."

Man denke sich die preußische Gesindeordnung angewendet auf die gesamte industrielle Arbeiterschaft und man wird noch kaum eine ausreichende Vorstellung haben von der Härte des „Master and Servant"-Gesetzes, unter dem die englische Gewerkschaftsbewegung so lange zu dulden hatte. Der Arbeiter, der durch Arbeitseinstellung einen „Kontraktbruch" beging, wurde darnach mit bis zu 3 Monaten Gefängnis bestraft. Während des Strafverfahrens konnte der „Herr" für sich selbst Zeugnis ablegen, während das Wort des beklagten Arbeiters nichts galt und er sich auf andere Zeugen berufen mußte. „Es war in die Macht des einzelnen Friedensrichters gelegt, auf eine eidlich abgegebene Aussage hin eine Verfügung auf sofortige Verhaftung eines Arbeiters zu erlassen, der so im Falle eines Streits plötzlich, und manchmal sogar aus dem Bette heraus, verhaftet und auf persönliches Ermessen eines Friedensrichters, der oftmals selbst ein Arbeitsanwender (Unternehmer) war, ins Gefängnis geschleppt wurde. Der Fall kam vor einen einzelnen Friedensrichter, und die Verhandlung konnte selbst in dessen Privathaus vorgenommen werden. Gegen die Entscheidung des Friedensrichters, so willkürlich diese auch sein mochte, gab es keine Berufung. Endlich muß noch hinzugefügt werden, daß die Verurteilung zu Gefängniß keine Erledigung für eine Schuld war, so daß ein Arbeiter für denselben Kontraktbruch immer und immer wieder ins Gefängnis gebracht werden konnte."

Dieser Zustand dauerte bis zum Jahre 1867, als das alte „Master and Servant Act" gemildert wurde. Die Drangsalierungen der Gewerkschaften hörten aber noch immer nicht auf. Die Verfolgungen wegen Ausstellung von Wachtposten, um Streikbrecher

zurückzuhalten, wegen Streikdrohungen usw. nahmen ihren fortgesetzten Lauf. „Der Richter erklärte, daß „Pickets", wenn sie gemeinsam vorgingen, sich der „Belästigung" selbst dann schuldig machten, wenn sie nur durch drohende Blicke oder selbst nur durch ihre Anwesenheit in großer Zahl, ohne Gewaltakte oder auf solche deutende Geberden, sich unangenehm machten, und daß, wenn zwei oder mehrere Personen sich verbänden, um etwas zu thun, was einer anderen Person Unliebsamkeiten oder Störungen bereitete, sie sich eines Vergehens gegen das gemeine Recht schuldig machten . . . Die bloße Ankündigung eines beabsichtigten Streiks, selbst wenn sie in der höflichsten und friedlichsten Art erfolgt war, war oftmals als ein Einschüchterungsakt erklärt worden, der als Verbrechen zu bestrafen sei."

Nun kam eine abermalige Aenderung der Gesetze im Jahre 1871, die bedeutende Freiheiten schuf. „Die Richter erklärten indes, daß die einzige Wirkung der Gesetze vom Jahre 1871 darin bestand, dem gewerbspolitischen Zweck des Streiks den Stempel der Ungesetzlichkeit zu nehmen. Ein Streik war jetzt vollkommen gesetzlich, aber wenn die angewandten Mittel darauf berechnet waren, auf den Unternehmer einen Zwang auszuüben, so waren diese Mittel ungesetzlich, und eine Verbindung, die dem Zweck diente, eine gesetzliche Handlung mit ungesetzlichen Mitteln auszuführen, war eine strafbare Verschwörung. Mit anderen Worten, der Streik selbst war gesetzlich, aber alles, was behufs Ausführung eines Streiks geschehen mochte, war strafbar. So zerrissen die Richter den zur Abhilfe bestimmten Gesetzesakt, und jede folgende richterliche Entscheidung ging weiter und schuf neue Gefahren. Aber Herrn Gladstones Kabinett weigerte sich bis zum letzten Moment vor seinem im Jahre 1874 erfolgten Sturz beharrlich, selbst nur die Möglichkeit einer Aenderung der Strafgesetzzusätze in Betracht zu ziehen. Umsonst wiesen eine Deputation nach der anderen darauf hin, daß unter diesem Gesetz Arbeiter ins Gefängnis geschickt wurden für Handlungen wie das friedliche Anreden von Arbeitern auf der Straße. Im Jahre 1871 wurden sieben Frauen in Südwales, bloß weil sie zu einem Streikbrecher „Bah" gesagt, zu Gefängnißstrafe verurteilt. Unzählige Verurteilungen wegen Gebrauchs von Schimpfworten wurden verhängt."

Erst seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre datiert die Zeit der vollkommenen gesetzlichen Zulässigkeit der Gewerkschaftsbewegung in England.

So haben die englischen Gewerkschaften dreiviertel Jahrhunderte gekämpft und sind im Feuer stark geworden. Was wir an Thatsachen angeführt haben, giebt nur ein äußerst unvollständiges Bild von dem, was die englischen Arbeiter thatsächlich durchgemacht haben. Und meint man etwa, die englischen Kapitalisten hätten es nicht ver-

standen, sich gegen die Arbeiter wirtschaftlich zu koalieren, so war auch dies in ausgedehntem Maße der Fall. Alles schon dagewesen. Alle Strapazen, alle Leiden, Gefängnisstrafen, Deportation, höchste Unbill und Ungerechtigkeit, alles hat die englische Arbeiterbewegung, haben die englischen Gewerkschaften über sich ergehen lassen müssen und all das hat schließlich nur dazu geführt, die Organisation der Arbeiterklasse zu stählen, die Arbeiter zu einer klassenbewußten Armee zusammenzuschweißen. So sind es auch nicht Polizeischikanen und Drangsalierungen, welche die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu verhindern vermöchten.

11. „Nur Gewerkschaften."

„Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf."
(Kommunistisches Manifest.)

„Die politische sowie die gewerkschaftliche Seite der Arbeiterbewegung sind beide so notwendige Lebensäußerungen des Proletariats und so innig miteinander verbunden, daß eine Verkümmerung der einen auf Kosten der anderen eine Abnormität ist, die nur abnormen Zuständen entspringen kann, und die auf die Dauer nicht anhält. Ueberall drängt die Arbeiterklasse in gleicher Weise nach gewerkschaftlicher wie nach politischer Bethätigung. Nichts irriger, als die von anarchistischer Seite verbreitete Behauptung, die englischen Gewerkschafter, soweit sie nicht Sozialdemokraten seien, wollten von Politik nichts wissen, sie hätten alle ihre Erfolge erzielt, ohne sich um Politik zu kümmern. Die englischen Gewerkschafter haben immer Politik getrieben. Die Frage war für sie nur die, ob sie ihre politischen Ziele am besten erreichten vermittelst einer besonderen unabhängigen Arbeiterpartei oder durch Verkauf ihrer Stimmen gegen gewisse Konzessionen an eine der herrschenden Parteien. Nicht ob sie Politik treiben sollen, war und ist unter ihnen die Frage, sondern ob diese Politik eine selbstständige oder Schwanz- und Pressionspolitik sein solle." (Kautsky.)

Wir legen den Nachdruck auf das Wort „Pressionspolitik", denn das charakterisiert am meisten das politische Vorgehen der englischen Gewerkschaften. Sie suchten durch alle verfügbaren Mittel: Massenversammlungen, Demonstrationen, Petitonen, Abschickung von Deputationen an das Parlament und endlich durch Wahlabstimmungen einen Druck auf das Parlament zu Gunsten der Arbeiterforderungen auszuüben. Sie behandelten auf ihren Kongressen die Frage der Gesetzgebung und der politischen Agitation, sie verfaßten Gesetz-Entwürfe und Anträge und setzten ein parlamentarisches Komitee von Gewerkschaften ein, um die Durchbringung der aufgestellten Arbeiterforderungen zu betreiben. Man kann eigentlich nicht

einmal sagen, daß sie keine „selbständige" Politik getrieben haben. Richtig ist nur, daß die englischen Gewerkschaften keine eigene parlamentarische Arbeiterpartei bildeten, dagegen hatten sie wohl ihr eigenes parlamentarisches resp. praktisches politisches Programm, das sie vor allem und mit eherner Konsequenz durchzuführen suchten.

Wie konnte es denn anders sein? Hatten doch die englischen Gewerkschaften mit den schlimmsten gesetzlichen Beschränkungen und Drangsalierungen zu rechnen und mußten folglich darauf hinarbeiten, diese auf politischem Wege zu beseitigen! Weil die Kapitalistenklasse nicht bloß einen wirtschaftlichen, sondern auch einen politischen Kampf gegen die Arbeiterklasse führt, so waren schon deshalb die englischen Gewerkschaften genötigt, sich auf dem politischen Gebiete zu bethätigen. Daß das Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung ihnen ebenfalls nahe lag, sieht man sofort ein.

Aber auch Fragen allgemeiner Politik fehlten nie auf der Tagesordnung der englischen Gewerkschaftsbewegung. Probleme der Demokratisierung der Verfassung bezw. der Wahlen, der Rechtspflege usw. beschäftigten immer und immerfort die Gewerkschaftskongresse. Neben der Arbeiterschutzgesetzgebung bildet dies ja auch die wesentlichsten Bestandteile des praktischen Programms der deutschen Sozialdemokratie, wenn auch anerkannt werden muß, daß man in Deutschland in jeder Beziehung viel entschiedener vorgeht. Vergleicht man die Tagesordnungen der deutschen Parteitage mit denen der englischen Gewerkschaftskongresse, so findet man, daß, wenn man von den spezifischen Landesfragen absieht, die meisten deutschen Verhandlungsgegenstände auch von den englischen Gewerkschaften erörtert wurden. Ab und zu wurden auch die großen sozialen Probleme aufs Tapet gebracht.

Nicht minder wurde öfters Stellung genommen zu den außerhalb der Gewerkschaften stehenden Arbeiter- und Volksschichten. Wie muß das z. B. die Schöpfer des in Breslau 1895 begrabenen Agrarprogramms, zumal des süddeutschen Entwurfs, anheimeln, wenn sie in der Geschichte des englischen Trade Unionismus lesen, daß sich die englischen Gewerkschaftsvertreter lange Jahre hindurch mit der Schaffung von bäuerlichen Parzelleneigentümern — „Selbstwirtschafter" — herumtrugen, bis endlich 1891 dem ganzen Rummel durch eine Resolution zu Gunsten der Nationalisierung des Bodens ein Ende gelegt wurde.

Es darf nicht vergessen werden, daß die Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung für eine geraume Zeit mit der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung zusammenfällt. Diese machte verschiedene Wandlungen durch, je nach der Entwickelung der ökonomischen und politischen Verhältnisse. Dementsprechend war der Zustand der Gewerkschaften und ihre Auffassung selbst der rein gewerkschaftlichen

Aufgaben verschieden. Bald trieben sie eine Angriffspolitik und sahen das Wesentliche in den Streiks, bald aber, als die reinen Streikorganisationen durch die Handelskrise zerstört wurden und nur die auf der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung fest gegründeten Vereine bestehen blieben, nahm auch die Gewerkschaftspolitik nach der Lage der Dinge mehr den Charakter der Abwehr und der Unterstützung an, um zu Zeiten des industriellen Aufschwungs wieder sich in den Harnisch zu werfen; bald wenden sie sich mehr der allgemeinen Politik, bald dem reinen Gewerkschaftskampf zu.

Es muß jedoch unterschieden werden zwischen den englischen Gewerkschaftsführern und der englischen in Gewerkschaften organisierten Arbeiterklasse. Die Arbeitermasse zeigt eine bald mehr, bald wenigere revolutionäre Stimmung. Sie kann nicht stets in der gleichen Spannung gehalten werden. Je nach den Umständen tritt sie aktiv hervor, oder sie wird passiv und läßt im allgemeinen die Dinge den Gang gehen, den sie gerade nehmen. Was aber bei den Massen Stimmung ist, wird bei den Führern zur Formel. Sie bauen sich darauf Theorien, Prinzipien der Taktik, Weltanschauungen und wer weiß was noch — kurz, sie betten sich bequem, bevor sie schlafen gehen. So geschah es auch in England, zumal während der letzten und schärfsten gewerkschaftlichen Reaktionsperiode 1875/85. Was da von den Gewerkschaftsführern als leitende Gesichtspunkte der Gewerkschaftsbewegung produziert wurde und was sich überhaupt auf der Oberfläche der Gewerkschaftsbewegung als sozialpolitische Weisheit geltend machte, war die geistige Verknöcherung der augenblicklichen Taktik zu einem allgemein giltigen Zustand, verkleistert mit dem philosophischen Abklatsch der bürgerlichen Oekonomie, und zeigte vor allem, wie das Webbsche Buch eklatant nachweist, eine Unkenntnis der eigenen Gewerkschaftsgeschichte. So kam es denn auch zu engherzigen und bornierten Beschlüssen. Es war das aber nur der Schlamm, den jede Stagnation bildet. Bourgeois-Oekonomen leckten diesen Schlamm ab und reproduzierten ihn dann in dickleibigen Büchern. Aber wie nun die demoralisierende Wirkung der 70er Krise vorbei war, da begann es sich schon wieder in den Tiefen der Arbeiterklasse zu regen, und im Zeitraum der wirtschaftlichen Depression kam immer mehr eine sozialistische Strömung zum Vorschein, die schließlich das Oberwasser gewann, zur größten Bestürzung der „alten" Gewerkschaftsführer und ihrer bürgerlichen Lobpreiser.

„Rein gewerkschaftlich" war also die englische Gewerkschaftsbewegung niemals. Sie war und ist der Klassenkampf der englischen Arbeiterklasse, und „jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf". Um sich aber zu erklären, warum die englische Arbeiterklasse, trotz ihrer großartigen Organisation in den Gewerkschaften, bis auf die letzte Zeit keine eigene parlamentarische Partei bildete, muß man sich vergegen-

wärtigen, daß sie bis zum Jahre 1867 gar nicht das Wahlrecht besaß; aber auch 1867 bekamen es nur die besser situierten Arbeiter. Erst seit 1885 kann von einem allgemeinen Wahlrecht der Arbeiter nur irgendwie die Rede sein. Die englische Arbeiterklasse hat also so viel politisches Verständnis erwiesen, daß sie einen Druck auf das Parlament ausübte, noch bevor sie selbst in das Parlament eintreten konnte. (Vergl. Kautskys ausgezeichnete Schrift „Der Parlamentarismus und die Sozialdemokratie".) Kaum hat sie aber das Wahlrecht, selbst in seiner höchst unzulänglichen Form von 1867, erhalten, so kam auch bereits auf dem Gewerkschaftskongreß von 1869 die Frage der selbständigen Arbeitervertretung zur Verhandlung, die nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet. Aber es ist selbstverständlich, daß es sehr schwer fiel, die bereits ausgebildete Pressionspolitik, die so schöne Erfolge zeitigte, durch eine neue Taktik zu ersetzen, zumal solange sich gute Gelegenheiten boten, in bekannter Weise die Konservativen und Liberalen, den Grundbesitz und das industrielle Kapital, gegen einander zu balanzieren.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in Deutschland. Hier gelang es der Arbeiterklasse, vor allem dank dem allgemeinen Wahlrecht, von vornherein eine große parlamentarische Partei zu bilden. Nichts alberner, als wenn man die deutsche Sozialdemokratie mit der englischen Chartistenbewegung vergleicht. Die Chartistenbewegung war eine Bewegung zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts, die Sozialdemokratie aber ist eine Bewegung auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts, durch dieses erst ins Leben gesetzt. Die Existenz der deutschen Sozialdemokratie verhindert nun keineswegs, daß man auch in Deutschland die Konflikte der bürgerlichen Parteien parlamentarisch zu Gunsten der Arbeiterklasse ausnutzen kann, wohl aber weist sie dafür andere taktische Wege an und vor allem macht sie es zur Unmöglichkeit, daß die Arbeiterinteressen im Parlament anders als durch die Sozialdemokratie vertreten werden. Machen auch die bürgerlichen Parteien Anläufe dazu, sich als Verfechter von Arbeiterinteressen aufzuspielen, so geraten sie sofort ins Hintertreffen, weil die Sozialdemokratie als klassenbewußte Arbeiterpartei stets in der Lage ist, entschiedener vorzugehen. Sie besorgen also dadurch stets nur die Geschäfte der Sozialdemokratie. Andererseits ergiebt sich daraus die Scheidung der deutschen Arbeiterbewegung in zwei Teile: die Gewerkschaftsbewegung, der der wirtschaftliche Kampf zufällt, und die Sozialdemokratie, die den politischen Kampf in all' seinen Formen, auch dort, wo es sich hauptsächlich um die Interessen der Gewerkschaften handelt, führt.

Es ist also durchaus ausgeschlossen, daß die Entwickelung der deutschen Gewerkschaften der deutschen Sozialdemokratie irgendwelchen

Abbruch thun könnte. Im Gegenteil, gerade die Entwickelung der Gewerkschaften wird, wie in England, die politische Bethätigung der Arbeiterklasse zur immer größeren Notwendigkeit machen, und die politische Aktion der Arbeiterklasse fällt in Deutschland nur der Sozialdemokratie zu.

Jetzt fürchtet die deutsche Kapitalistenklasse die Gewerkschaften weniger als die Sozialdemokratie. Das Verhältnis wird sich in dem Maße umkehren, wie die Macht der Gewerkschaften wächst. Da wird es heißen: „Der Sozialismus sei eine Gefahr der Zukunft — noch haben wir unser Militär usw. —, aber die Gewerkschaften mit ihren Streiks, ihren unverschämten Forderungen schädigen die Industrie, machen Deutschland konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt, vertreiben das Kapital aus dem Lande", und was dieser Redensarten noch mehr sind. Und dann wird das Kapital seine wirtschaftliche und politische Macht hauptsächlich gegen die Gewerkschaften wenden, wie jetzt gegen die Sozialdemokratie. Wir haben ja jetzt schon Anzeichen dieses kapitalistischen Vorgehens.

Je mehr aber die deutsche Kapitalistenklasse die Gewerkschaftsbewegung mit politischen Mitteln, oder sei es auch auf wirtschaftlichem Wege durch Beeinträchtigung des Koalitionsrechts, bekämpfen wird, desto mehr wird sie dadurch die Sozialdemokratie stärken.

Es ist gesagt worden, die deutschen Gewerkschaften bedürfen der politischen Freiheiten, des Koalitionsrechts usw., um sich entwickeln zu können. Das ist richtig. Aber vor allem bedürfen sie dazu des Schutzwalls der großen politischen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie. Währenddem der gewerkschaftliche Kampf das Kapital in immer größere Erbitterung versetzen wird, muß die Sozialdemokratie durch Wahlbeteiligung, parlamentarische Abstimmungen, allgemeine Agitation die Bourgeoisie vor politischen Ausschreitungen mit Gewalt zurückhalten und auf Erweiterung der politischen Freiheit hinarbeiten. Aber noch andere Aufgaben und anderer Nutzen erwachsen.

Teil II.

Die Sozialdemokratie seit 1890.

12. Ein Rückblick.

Wir haben versucht, die bereits zu Tage getretenen Thatsachen der Entwickelung des Weltmarkts in ein zusammenhängendes Bild zu fassen, und da zeigte es sich, daß nach anderthalb Dezennien wirtschaftlicher Depression nunmehr wieder eine Periode der aufsteigenden Entwickelung der kapitalistischen Produktion anbricht. Es wird eine Sturm- und Drangperiode sein, gekennzeichnet durch die Erschließung solch' gewaltiger Absatzgebiete, eine solche Steigerung der Produktivkräfte und einen solchen scharfen Kampf der Interessen, wie sie das Kapital bis jetzt noch nicht erlebt hat. Sie muß, abgesehen von den regelmäßigen Schwankungen zwischen Aufschwung und Krise, zu einem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion wenigstens in Westeuropa führen. Und bei dieser Entwickelung wird Deutschland, dessen Industrie es während der letzten 10 bis 15 Jahre verstanden hat, sich ausgedehnte und vortreffliche überseeische Handelsverbindungen und einen rasch steigenden überseeischen Handelsverkehr zu verschaffen, eine hervorragende Rolle spielen.

Wir haben dann darauf verwiesen, daß für die deutsche Arbeiterklasse das beste Mittel, aus dieser kommenden Entwickelung sich unmittelbaren Nutzen zu verschaffen, darin besteht, die Gewerkschaften zu stärken, um in den Stand gesetzt zu werden, den Kapitalisten im wirtschaftlichen Kampf Zugeständnisse in der Gestalt der Erhöhung der Arbeitslöhne und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen abzutrotzen. Aber die Entwickelung der Gewerkschaften bietet noch den weiteren, eminenten Vorteil der Erweiterung, Verfeinerung, Stärkung der Organisation des klassenbewußten Proletariats, die deshalb noch von besonderer Wichtigkeit ist, weil der Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion in einem Moment erfolgt, wo die Klassengegensätze noch nicht rein geschieden sind, und der Arbeiterklasse so die Aufgabe zufällt, inmitten eines Wirrwarrs einander durchkreuzender Interessen eine neue gesellschaftliche Ordnung der Dinge zu schaffen.

Unsere Auseinandersetzungen führten uns schließlich zur Hervorhebung der Wechselwirkung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung und zur Feststellung, daß ein Fortschreiten des gewerk-

schaftlichen Kampfes in Deutschland nur möglich sei unter dem Schutze der mächtigen politischen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie.

Unsere jetzige Aufgabe ist, im besonderen zu untersuchen, wie die gewerkschaftliche Entwickelung auf die politische Bethätigung der Partei, auf den allgemeinen Charakter der Sozialdemokratie einwirken wird. Zu diesem Zweck müssen wir uns vor allem über die augenblickliche Lage der Partei klar werden.

Seit dem Falle des Sozialistengesetzes befindet sich die Partei in fortgesetzter Gährung, die, wie alles in der Politik, von Zeit zu Zeit durch Meinungsstreitigkeiten zum Ausdruck kommt. Wir hatten die Auseinandersetzung mit den späteren „Unabhängigen", die Vollmar-Debatte über den „neuen Kurs" mit dem Nachtrag des „Staatssozialismus", die Kölner Gewerkschaftsdebatte, nach Frankfurt die Attacke Bebels auf das „Kleinbürgertum in der Partei", endlich die Agrarprogramm-Entwürfe. Diese Streitigkeiten, so unerquicklich sie an sich sein mögen, waren nun aber doch ein gesunder Lebensprozeß, der die Situation nach verschiedenen Richtungen hin geklärt hat. Nunmehr lassen sie sich selbst auf ihre gemeinsamen Ursachen reduzieren, aus den Verhältnissen erklären.

Zunächst einiges zur Orientierung über die deutsche Sozialdemokratie überhaupt. Die Ansicht ist durchaus falsch, wonach die Entwickelung einer sozialistischen parlamentarischen Arbeiterpartei in Deutschland hauptsächlich der besseren Einsicht in das kapitalistische Getriebe, welche die deutsche Arbeiterklasse bekundet habe, zu verdanken sei, bezw. der Erkenntnis, welche der deutschen Arbeiterklasse beigebracht wurde, daß es sich im proletarischen Klassenkampf um den Besitz der Produktionsmittel handle, folglich darum, die politische Gewalt zu ergreifen. Die Erfahrungen, welche in England und Frankreich während einem Dreivierteljahrhundert gemacht wurden, die wissenschaftlich sozialistische Kritik der kapitalistischen Gesellschaft, die Organisationsthätigkeit der Internationale, das persönliche Einwirken von Marx und Engels die Propaganda ihrer Freunde und Schüler, allen voran Ferdinand Lassalle, das alles übte einen nicht zu unterschätzenden Einfluß, aber der Hauptgrund lag in den Eigenheiten der geschichtlichen Entwickelung Deutschlands.

Wollte man die deutsche Sozialdemokratie erklären, so müßte man die Geschichte Deutschlands während des letzten Jahrhunderts schreiben. Die politische Zerrissenheit Deutschlands, die in der Bourgeoisie das Sehnen nach Einigkeit erzeugte, worin aber eben die durch die politische bedingte wirtschaftliche Uneinigkeit der Bourgeoisie zum Ausdruck kam, der wirtschaftliche und politische Gegensatz zwischen dem kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Süddeutschland, dem junkerlichen Ostpreußen, dem hochbourgeoisen Rheinland usw., die 48er Bewegung,

bei der die deutsche Bourgeoisie sich überall als feige Verräterin des Proletariats erwies, dann die Usurpationen und Annektionen Preußens, die zahlreiche „Muß-Preußen" erzeugten, das neue deutsche Reich unter preußischer Fuchtel, Bismärckischer Observanz, ohne geschichtliche Tradition, in die Oeffentlichkeit gesetzt wie eine neue Aktiengründung auf den Kurszettel der Börse, das waren Momente, welche ein einheitliches politisches Vorgehen des Bürgertums verhinderten und es unfähig machten, die Arbeiterklasse politisch ins Schlepptau zu nehmen. Die Gewährung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts hat diesen Zustand dokumentiert. Dadurch wurde erwiesen, daß nur die deutsche Arbeiterklasse im Stande sei, auf die Dauer eine einheitliche, ganz Deutschland umfassende politische Partei zu bilden.

Mit der Verwirklichung der deutschen Einigkeit war die große politische Aufgabe der deutschen Bourgeoisie erfüllt. Gleichzeitig begann die 70er Schwindelperiode, und die Bourgeoisie schwelgte in den Freuden der kapitalistischen Akkumulation. Und die Krise führte zu einem Pakt zwischen Industriellen und Agrariern behufs Ausbeutung des inneren Marktes. So verstand es denn die deutsche Bourgeoisie nicht, während dieses Zeitraumes auch nur eine einzige Frage von allgemeiner Tragweite in den politischen Vordergrund zu bringen. Woraufhin sollte sie denn aber die Arbeiterklasse einlocken? Nur dem Zentrum kam der Kulturkampf zu gute, und das Zentrum verfügt auch noch immer über sehr bedeutende Arbeitermassen. Der Arbeiterklasse wurde das Wahlrecht gewährt, gleichzeitig aber ist sie von vornherein durch die ganze politische Situation darauf gedrängt worden, sich selbständige politische Aufgaben zu stellen.

Von besonderer Wichtigkeit sind für uns jene Umstände, welche der gewerkschaftlichen Bewegung im Wege standen, wohl aber eine politische Aktion der Arbeiterklasse zuließen und schon deshalb ein Mißverhältnis der Entwickelung zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften erzeugen mußten.

Zunächst der industrielle Charakter Deutschlands. Deutschland war schon in den 60er Jahren ein bedeutendes industrielles Land. Aber auf dem Weltmarkt war Deutschland hauptsächlich durch die geringeren Industriebranchen vertreten: die chemische Industrie, Papier- und Lederindustrie, Glasindustrie, Holz- und Schnitzstoffe usw. Das sind Industriezweige, die zum Teil infolge ihrer Technik bei entwickeltem Großbetrieb relativ geringe Arbeiterzahl erfordern und viel ungelernte Arbeiter anwenden, zum Teil aber, wo qualifizierte Arbeit erforderlich, den kleinen Betrieb zulassen. Die Maschinenbauindustrie, die in England so vortreffliche Organisationen lieferte, stand noch ziemlich zurück, und die Textilindustrie, die durch die Annexion Elsaß-Lothringens plötzlich an Umfang gewann, war mit einer Masse Hausindustrieller

überladen. Die deutsche Arbeiterklasse der 70er Jahre war noch zu einem großen Teil sehr wenig kapitalistisch konzentriert und industriell geschult, Umstände, die für den gewerkschaftlichen Kampf gar sehr in die Wagschale fallen.

Noch wichtiger, als die ökonomische Zersplitterung der deutschen Industrie war ihre lokale Zersplitterung, ein Umstand, mit dem man jetzt noch in hohem Grade zu rechnen hat. Es giebt in Deutschland wohl Gebiete, die als große industrielle Sammelbecken zu betrachten sind, aber in keinem Land sind die einzelnen Industriezweige, sofern sie nicht wie der Bergbau durch die Produktionstechnik selbst an bestimmte Gegenden gebunden sind, über so große Landesstrecken zerstreut, so in einzelnen Fetzen über das Land zerworfen, wie in Deutschland. Es ist klar, von welch' großer Bedeutung das für den gewerkschaftlichen Kampf, der ja innerhalb des einzelnen Berufs sich abspielt, sein muß. Die Organisation, überhaupt das gemeinschaftliche Auftreten der Arbeiter, ist ja desto leichter, in je kompakteren Massen sie beisammen sind. In Deutschland aber waren Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen, die Ortschaften miteinander vereinigten, welche viele hunderte Kilometer von einander entfernt waren. Ein kennzeichnendes Beispiel in dieser Beziehung ist der deutsche Holzarbeiterverband, der mit seinen 28000 Mitgliedern auf genau 449 Ortschaften verteilt ist. Für die politische Aktion der Arbeiterklasse liegen aber hier die Verhältnisse anders, weil sie nicht mit beruflichen, sondern nur mit den allgemeinen Konzentrationen der Arbeitermassen an bestimmten Punkten zu rechnen hat.

Schließlich ist noch der 70er Krise zu gedenken, da die Zeit der Handelskrise am wenigsten geeignet ist für die Gründung von Gewerkschaften.

Nichtsdestoweniger gab es in den 70er Jahren schon ziemliche Ansätze einer Gewerkschaftsbewegung. Die Buchdrucker, Tabakarbeiter, Tischler, Metallarbeiter hatten bereits 1877 eine ziemliche Mitgliederzahl. Im ganzen zählt die Generalkommission eine Mitgliederzahl von 45000 für die deutschen Gewerkschaften von 1877 auf. Nach der Mitteilung Bebels in Halle verfügte die Gewerkschaftspresse um diese Zeit über 14 Zeitungen.

Da kam das Sozialistengesetz, das neben der politischen die gewerkschaftlichen Organisationen zertrümmerte. Daß es den Gewerkschaften viel schwieriger war, sich von diesen Schlägen zu erholen, liegt auf der Hand. Darum erscheint auch während der ersten Zeit unter dem Sozialistengesetz die politische Partei als so gut wie die einzige Form der Arbeiterbewegung. Die Zeit des Sozialistengesetzes ist durchaus wichtig, um den jetzigen Zustand der Partei zu begreifen. Deshalb soll ihr ein besonderes Kapitel gewidmet werden.

Bibliothek der Arbeiterkammer für Wien

13. Das Sozialistengesetz.

Wir haben im vorigen Kapitel gesagt, daß mit der Gewährung des allgemeinen Wahlrechts an die deutsche Arbeiterklasse auch die geschichtliche Forderung herantrat, sich selbständige politische Aufgaben zu stellen. Eine solche Aufgabe war ja schon die Ergreifung der politischen Macht, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln und dadurch die ausbeuterische Produktionsweise zu beseitigen. Das blieb bis auf diesen Augenblick dasjenige, was die allgemeine politische Richtung der Sozialdemokratie angiebt, und wird es bleiben, bis das Ziel erreicht ist.

Jedoch das allein genügt für eine anhaltende politische resp. parlamentarische Thätigkeit nicht. Ignoriert man die politischen Interessen, welche das gesellschaftliche Leben von Tag zu Tag erzeugt, und reduziert man die gesamte politische Aktion der Arbeiterklasse nur auf das einzige, die Kapitalistenklasse zu expropriieren, so gelangt man rasch vor die Entscheidung: entweder dieses Ziel im Sturm zu erkämpfen, oder politisch abzudanken. Denn die Massen begnügen sich auf die Dauer, wenn sie keine näher gesteckten politischen Ziele haben, mit den bloßen theoretischen Aussichten nicht, sondern sie wollen sie eben möglichst rasch *verwirklicht* sehen. Versteht man deshalb nicht, die Aufmerksamkeit der Massen auf die *politischen Tagesfragen* zu lenken, so drängen sie zum sofortigen *Entscheidungskampf*. Die Aufgabe ist aber eben, die Massen vor übereilten Schritten zurückzuhalten, um die Organisation, in der allein die Macht der Arbeiterklasse liegt, so weit wie nur irgend möglich zu erweitern und zu vertiefen. Dazu kommt, daß die kapitalistische Ausbeutung es ja zur unumgänglichen kulturellen Nothwendigkeit macht, ihr jetzt schon entgegenzuwirken, um die Arbeiterklasse vor gänzlicher Verelendung zu schützen. So gelangte denn die deutsche Sozialdemokratie sehr schnell zur Erkenntnis der Notwendigkeit, *praktische Tagespolitik* zu treiben.

In den ersten Jahren genügte ein relativ einfacher parlamentarischer Agitationsstoff, um die verfügbaren Massen in Bewegung zu setzen. Es war ja alles noch so neu, die Kräfte regten sich erst, überall herum gab es noch lauter neuen Boden aufzubrechen, und das kleine tapfere Häuflein im Reichstag hatte die gesamte überwältigende Majorität des Parlaments gegen sich. Dieser ungleiche Kampf allein schon konzentrierte die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die Sozialdemokratie und sicherte ihr die Sympathien der Arbeiterklasse. Daß man sich dabei an den eigenen Erfolgen berauschte und sich die kommende Entwickelung in einem viel stürmischeren Tempo vorstellte, als sie thatsächlich stattfand, ist leicht erklärlich.

Der Uebermut des jugendlichen Kampfes hatte sich noch gar nicht ausgetobt, da kam das Sozialistengesetz. Das Sozialistengesetz war eine große Feigheit seitens der Kapitalistenklasse. Denn die Gefahr war trotz des bedeutenden Lärms, noch gar nicht so groß und die Arbeiterklasse noch sehr weit davon entfernt, die politische Macht ergreifen zu können. Und diese Feigheit der Bourgeoisie wurde noch weiter dokumentiert durch das gleichzeitige Vorschieben der „Sozialreform". Das paßte ausgezeichnet zu einander. Einerseits schob man durch die Versicherungsgesetze die Arbeiterforderungen in den Vordergrund, lenkte dadurch die Aufmerksamkeit auf die parlamentarische Arbeitervertretung, die Sozialdemokratie, und gab ihr fortwährend Agitationsstoff in Hülle und Fülle, — andererseits erbitterte man durch politische Drangsalierungen die Arbeiterklassen, störte sie aus ihrer Gleichgültigkeit auf, trieb sie zur Opposition, erweckte ihr Klassenbewußtsein, gewöhnte sie an Disziplin und Organisation.

So brauchte die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz nicht erst lange zu suchen, worauf sie die politische Aufmerksamkeit der Massen zu lenken habe. Im Vordergrund standen die zwei großen Aufgaben: Erringung einer zweckmäßigen Arbeiterschutzgesetzgebung im weitesten Sinne und Beseitigung des Sozialistengesetzes. Dies gab Material zu einer ausgedehnten und unablässigen Agitation und sicherte das Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen. Es waren das aber auch lauter Sachen, die nur die Arbeiterklasse angingen, und so war der rein proletarische klassenbewußte Charakter der Agitation gesichert. In zweiter Linie erst kamen in Betracht die Militär- und Steuervorlagen der Regierung als angenehme Abwechslung. Aber diese letztere Agitation war nie Selbstzweck, sondern sie wurde dem allgemeinen Sturm gegen das Sozialistengesetz angepaßt, erschien nur als Teil des allgemeinen Kampfes gegen die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse. Das verlieh ihr selbstverständlich eine besondere Schärfe.

Die Gewerkschaften, die zur Zeit einer wirtschaftlichen Krise von dem Sozialistengesetz getroffen wurden, dabei aber, weil sie festere Organisationen darstellen, der Koalitionsfreiheit noch mehr bedürfen, als die politische Bewegung, litten selbstverständlich großen Schaden. Als zentralisierte Vereine hatten sie dabei noch außer dem Ausnahmegesetz die bekannte Handhabung der Vereinsgesetzgebungen der einzelnen Länder zu ertragen. Nicht zu bestreiten ist auch, daß sich in der ersten Zeit des Sozialistengesetzes mancherorts eine Abneigung der politischen Agitatoren gegen die Gewerkschaften zeigte. Das ist aus den durch das Sozialistengesetz verschärften Klassengegensätzen zu erklären. Es lag eine gewisse Verzweiflung in diesem Verhalten. Man sagte sich: „Es ist doch nichts zu erreichen, bevor wir nicht die politische Macht er-

griffen haben, um dem ganzen Rummel ein Ende zu machen." Sehr kennzeichnend in dieser Beziehung ist das Beispiel Stuttgarts, welches Kloß in Halle anführte. „Dort bestand 1883 eine lokale Organisation von ca. 500 Mitgliedern; sie erhielt sich trotz der Aussperrung von 1883 auf ziemlich hohem Stand, bis 1885/86 einige Parteigenossen von lokalem Einfluß einfach erklärten, diese Bewegung sei für sie ein überwundener Standpunkt. Die Arbeiter in den großen Werkstätten Stuttgarts, die auf die Sozialdemokraten unter den Vereinskollegen ihr Hauptaugenmerk zu richten gewohnt waren, wollten nun auch nichts mehr davon wissen, und so schmolz der Bestand auf 120 bis 130 zusammen. Erst seit die Genossen eingesehen haben, daß sie im Unrecht waren, ist die Organisation wieder erstarkt und rechnet jetzt nicht mehr mit 120, sondern mit 900 bis 1000."

Der Umschwung in der Parteistimmung zeigte sich, als mit dem geringen industriellen Aufschwung im Ausgang der 70er Jahre sich bessere Aussichten für den gewerkschaftlichen Kampf eröffneten. Hauptsächlich um diese Zeit haben sich die Organisationen gefüllt und ist der jetzige Bestand der Gewerkschaften gebildet worden.

Das Sozialistengesetz wirkte in einer Beziehung eminent zerstörend: es hat den Nationalliberalismus, diese eigentliche Vertretung der Kapitalistenklasse, mit der Wurzel aus dem Boden gerissen. Unter großem Aufwand von mordspatriotischem Mist gelang es freilich noch 1887 von dieser politischen Pflanze stark duftende Blüten zu erzeugen, aber dies waren auch die letzten. Seitdem welkt der Nationalliberalismus rapid, schrumpft zusammen und wird wohl bei den nächsten Wahlen zum Mist geworfen.

Das Sozialistengesetz hat aber überhaupt der Bourgeoisie den politischen Zutritt zur Arbeiterklasse endgiltig abgeschnitten. Es hat dadurch das Bürgertum parlamentarisch geschwächt.

Das Sozialistengesetz hat in den bürgerlichen Kreisen selbst zahlreiche Unzufriedene geschaffen. 1890 beim Fall des Sozialistengesetzes haben wir deshalb folgende Situation:

Die Sozialdemokratie erscheint als große politische Organisation der Arbeiterklasse, zugleich die „größte Partei Deutschlands". Ihr Wirkungskreis hat sich ungemein erweitert. Sie kommt zur Geltung nicht nur im Reichstage, sondern in den Landtagen, Gemeinde-Vertretungen usw. Sie wirkt nicht mehr bloß durch ihre Agitation in der Oeffentlichkeit, sondern sie verfügt über eine ansehnliche parlamentarische Stimmenzahl, die unter Umständen sehr gewichtig in die Wagschale fällt.

Die bürgerlichen Parteien sind zersplittert, stehen machtlos und ratlos zwischen den konservativen Agrariern einerseits, den Sozialdemokraten andererseits. Einzig das Zentrum bildet eine zusammenhängende Masse.

In weiten Kreisen der Bevölkerung ist die Scheu vor den Sozialdemokraten verschwunden, und auch unter dem Bürgertum schreckt man nicht mehr vor ihr zurück. Desto mehr hat sie den Haß der Regierung und der bürgerlichen Parlamentarier, die deshalb, je erbitterter sie die Sozialdemokratie bekämpfen, desto mehr ihre eigene Anhängerschaft verlieren.

Je schwächer die bürgerliche Opposition selbst ist, desto mehr gewöhnt man sich, in der Sozialdemokratie die Vertreterin auch der bürgerlichen oppositionellen Interessen zu erblicken und desto mehr fallen ihr thatsächlich die Aufgaben der bürgerlichen Opposition zu.

So tritt uns von nun an die Sozialdemokratie in doppelter Eigenschaft entgegen: als parlamentarische Organisation des klassenbewußten Proletariats und als große, allgemeine Oppositionspartei. Unter diesem Doppelzeichen führt sie ihre Kämpfe, und darin liegt der Schlüssel für manches Rätsel der letzten Jahre.

14. Das Kleinbürgertum in der Partei.

Es ist Mode geworden, wenn man sich über dieses oder jenes in der Partei ärgert, sofort über das „Kleinbürgertum" herzuziehen. Wir wollen durchaus nicht bestreiten, daß man kleinbürgerlichen Regungen in der Partei begegnet und sie auf das entschiedenste zu bekämpfen hat, aber wir glauben, daß dies nur Begleiterscheinungen sind der allgemeinen Situation und daß man nicht bei den einzelnen Erscheinungen und Personen sich aufhalten darf, sondern viel tiefer greifen muß, um Wandel zu schaffen. Vor allem muß entschieden werden, was Ursache ist und was Wirkung. Eine kleinbürgerliche Politik braucht nicht gerade durch das Kleinbürgertum innerhalb der Partei bedingt worden zu sein, vielmehr kann sie sich aus den allgemeinen Verhältnissen ergeben, und nun wird sie selbstverständlich selbst ein Vordringen der kleinbürgerlichen Elemente bedingen, was freilich auch seinerseits nicht ohne Rückwirkung bleiben wird. Widerspruch muß dagegen erhoben werden, daß das „Kleinbürgertum" zum Schlagwort gemacht wird. Statt die Dinge zu erklären, schneidet man sich vielmehr gerade dadurch den Weg zur Erklärung ab.

Die Idee des „Kleinbürgertums innerhalb der Partei" ist bekanntlich nach dem Sozialistengesetz von den sogenannten „Jungen" aufs Tapet gebracht worden. Sie haben diesen Gedanken nicht erfunden, sondern sie wiederholten nur in ihrer Weise, was schon früher auch in der Partei diskutiert wurde. Herr Hans Müller, der Tambour-Major der Unabhängigen, der nur, weil er längere Beine hat, über die anderen emporragt, posaunte es dann in die Welt als sein Privateigentum aus.

Die Opposition der „Jungen" war in der Hauptsache Krakehl. Damit soll gesagt werden, daß persönliche Reibereien und Mißhelligkeiten den breiten Hintergrund des Ganzen bildeten. Die „Jungen" waren ein Mischmasch von mißvergnügten, sich persönlich zurückgesetzt dünkenden Agitatoren und einigen Akademikern, in deren Köpfen, bei gänzlicher Abwesenheit eines politischen Scharfblicks, die wenigen Brocken richtiger Erkenntnis und die paar Tropfen ideologischer Begeisterung in einer Jauche von Selbstgefälligkeit zerflossen. Das brach dieser Bewegung das Genick. Gegen eine sachliche Diskussion wollte sich die Partei in Halle wie in Erfurt in keiner Weise verschließen, aber der Krakehl mußte aus dem Haus geschafft werden, wollte man die Organisation und die Disziplin wahren.

Nach dem Frankfurter Parteitag griff Bebel in einer Weise, die die ganze Welt überrascht hat, die Idee des „Kleinbürgertums" wieder auf. Inwiefern es taktisch zweckmäßig war, lassen wir dahingestellt. Viel wichtiger ist, das Richtige an der Sache zur Erkenntnis zu bringen. Nun vermengt man aber wiederum zwei Dinge: die kleinbürgerlichen Existenzen, die durch die Parteibewegung selbst erst geschaffen wurden, und das Hinzudrängen kleinbürgerlicher Volkselemente an die Partei. Beides muß gesondert behandelt werden.

Frägt man: „Wo sind denn diese kleinbürgerlichen Philisterexistenzen, die durch die Parteibewegung erzeugt worden sein sollen", so trifft es sich leicht, daß man gegenseitig aufeinder mit den Fingern zeigt. Keiner wills sein, und alle sollen es sein. Selbstverständlich handelt es sich dabei nur um jene, welche unter den Wolken sind, und nicht die oben sind, erhaben über alles Irdische, und von denen, wie man weiß, alles Gute kommt.

Wie ist der wirkliche Sachverhalt? Als die Partei noch klein war, da brauchte sie selbstverständlich einen viel geringeren Agitationsapparat. Und dennoch, so über alle Maßen groß die Opferfreudigkeit der Pioniere der Bewegung war, so bedurfte man auch damals schon der materiellen Mittel, um den Organisateuren und Propagandisten, den Zeitungsschreibern und sonstigen Agitatoren ihre bürgerliche Existenz zu sichern. Aber was damals ein wildstürzender Bach war, jetzt ist es ein mächtiger Strom, der ruhiger, aber mit unvergleichbar mehr Gewalt seinen Lauf nimmt. Es ist klar, daß eine politische Partei von fast 2 Millionen Wählern, die über das ganze Land verbreitet ist, über fast ein halbes hundert Abgeordnete im Reichstage allein, über Dutzende von Zeitungen verfügt und tausende von Versammlungen jährlich abzuhalten hat, viel mehr Agitationskräfte, einen viel zahlreicheren und komplizierteren, organisatorischen und propagandistischen Mechanismus bedarf. Eine solche Bewegung bloß auf die Opferfreudigkeit der einzelnen Agitatoren aufbauen zu wollen, die beim besten

Willen nicht mehr als ihre Mußezeit der Partei zur Verfügung stellen könnten, das wäre verbrecherischer Wahnwitz. So besteht dann thatsächlich eine in die Hunderte gehende politische Mittelschicht von Agitatoren, ohne welche die Partei in ihrer jetzigen Größe gar nicht mehr existieren könnte.

Geben wir uns doch selbst Rechenschaft, wie sich das zusammensetzt. Das konzentriert sich in dem weitaus überwiegenden Teile um die Parteipresse. Da sind die Redakteure, Parteiliteraten, Expedienten usw. — die Angehörigen des Druckpersonals, der Parteigeschäfte, weil sie ja in ihrem Berufe bleiben, nicht gerechnet. Eine bedeutende Anzahl von Existenzen wird auch durch die Gewerkschaften geliefert. Es ist ein proletarisches Beamtentum, zum Teil als Abgeordnete durch Diätenzahlung noch besonders als solches qualifiziert, ein Beamtentum, so kärglich belohnt, wie kein anderes in der Welt, und mit Arbeit der verschiedensten, buntscheckigsten Art bis zum Menschenmöglichen und darüber hinaus überladen. Kleinbürger von Beruf, wie Kleinhändler, Gastwirte usw. sind, wie bekannt, unter den Parteiagitatoren hauptsächlich durch das Sozialistengesetz geschaffen worden. Ihre Zahl ist aber im Verhältnis zu der soeben erwähnten Gruppe gering. Und hinter alledem stehen jene weit zahlreicheren Agitatoren, die in ihren Berufsstellungen als Arbeiter verbleiben und die z. B. bei den Landeskonferenzen die weitaus überwiegende Majorität bilden. Das steht im regsten Verkehr mit einander, hängt aufs innigste zusammen und muß als Gemeinsames ins Auge gefaßt werden, wenn man seine politische Wirkung beurteilen will.

Wo sind nun die satten und sicheren Existenzen? Es ist zum Hohnlachen! Um die Sicherheit dieser Existenzen ist es in einer recht eigenen Weise bestellt! Schon abgesehen davon, daß jede politische Drangsalierung sie zuerst und am meisten trifft, so hängt ihr ganzes materielles Schicksal auf das innigste mit der Partei zusammen. Jeden Rückgang in der Parteibewegung würden sie sofort und am empfindlichsten verspüren. Darum geht ihr ganzes Bestreben darauf hinaus, die proletarischen Massen beisammen zu halten, und niemand geht den Stimmungen aus den Arbeitermassen so sehr nach, als gerade sie. Selbständige materielle Interessen haben sie gar nicht. Ihr materielles Interesse liegt darin, die materiellen Interessen der Arbeiterklasse bestmöglichst zu vertreten. Das ist alles.

Aber eben weil diese politische Mittelschicht so unselbständig ist, wiederspiegelt sie am getreuesten den allgemeinen politischen Zustand. Sie reagiert sofort, wenn auf sie ein Druck geübt wird von oben oder von unten. Geschieht aber keins von beiden, so stellt sich bald ein Schlendrian ein. Es wäre ungerecht, sie deshalb verantwortlich zu machen, da sie doch stets zu allem Guten bereit ist, nur muß sich

eben das Gute von irgendwelcher Seite zeigen und sich nicht verschämt im dunklen Winkel verstecken.

Dies die „kleinbürgerlichen Existenzen". Es ist jedoch sehr erklärlich: Wenn in einer Partei nicht alles nach Wunsch geht, so schimpfen die Oberen nach unten zu, und die Unteren — die schimpfen auch.

Nun die kleinbürgerlichen Volkselemente, an denen die Partei in der letzten Zeit so überreich geworden sein soll. Dies erscheint ja recht plausibel, ist aber im Grunde noch weniger stichhaltig, als die Geschichte mit den kleinbürgerlichen Parteiexistenzen. Kleine Kaufleute und Handwerker gab es stets in der Partei. Und der Zahl nach mußten sie desto mehr hervortreten, je geringer die Gesamtstärke der Partei war. Gerade die kolossalen Dimensionen des Wachstums der Sozialdemokratie zeigen, daß ihr Proletariermassen zufließen. Die Entwickelung der Großindustrie, die in den 80er Jahren besonders stark war, muß ihrerseits eine stärkere Besetzung der Reihen der Sozialdemokratie durch industrielle Proletarier bewirkt haben. Es genügt, einen Blick auf die Wahlenkarte Deutschlands zu werfen, um zu erkennen, daß die Macht der Sozialdemokratie sich fast ausschließlich in den Großstädten und den Industriegegenden konzentriert. Man bedenke überdies, daß gerade in der letzten Zeit der Zufluß großer Massen des Mittelstandes durch den Antisemitismus abgefangen wurde. Es unterliegt deshalb für uns keinem Zweifel, daß das proletarische Element in der Sozialdemokratie jetzt nicht nur absolut, sondern auch relativ viel stärker vertreten ist, als früher.

15. Am Scheidewege.

Nach dem großen Wahlerfolg von 1890, dem der Sturz Bismarcks und dann der Fall des Sozialistengesetzes folgte, war es ein allgemeines Gefühl in der Partei, daß man in eine neue politische Situation geraten sei, die, so günstig und ehrenvoll sie ist, manche ungeahnte Schwierigkeiten bereiten werde, und daß man von nun an mit weit größeren Ansprüchen rechnen müsse, die an die Partei gestellt werden. Im Londoner „Sozialdemokrat" und in der Parteipresse überhaupt diskutierte man eifrig über die Notwendigkeit, sich nicht mehr auf ein rein „negatives" Verhalten zu beschränken, sondern „positive" parlamentarische Arbeit zu leisten.

Nicht also erst Vollmar brachte die Gedanken des „positiven" Wirkens in Fluß. Der Streit mit Vollmar bewegte sich aber auch hauptsächlich nicht um dieses, sodern um die Beurteilung des „neuen Kurses", bezw. des Verhaltens der Regierung und der staatserhaltenden Parteien der Arbeiterbewegung gegenüber. Diese Dinge sind nun abgethan. Wie muß doch Vollmar lachen, wenn er jetzt nachliest, mit

welcher Gutgläubigkeit eines frommen Gemüts er damals die politische Situation betrachtete. Meinte er doch, mit der „Blutpolitik" der Sozialdemokratie gegenüber sei es nun zu Ende, die gefahrdrohende Lage, die durch den Wunsch Bismarcks bedingt war, „den Kampf mit der Sozialdemokratie baldmöglichst militärisch zu lösen", bestehe heute nicht mehr, „der grundsätzliche Widerstand gegen jede Art von Veränderung und Reform sei gebrochen"; er hoffte auf Erfolg, wenn man „den Weg der Verhandlung betrete", sich „Selbstbeschränkung" auferlege usw. Freilich sah er sich schon von vornherein durch die mancherlei Zuckungen des „neuen Kurses" zu einigen Einschränkungen veranlaßt, aber, wenn auch „dem schlechten Willen die Faust", so doch immerhin „dem guten Willen die offene Hand". Nun, man hat seitdem verschiedenerlei Gelegenheit gehabt, die Aeußerungen dieses „guten Willens" der Herrschenden kennen und schätzen zu lernen. Die Praxis der Gerichte und der Polizei, die Umsturzvorlage und sonstige Köllerei, die sächsische Wahlrechtsbeschneidung usw., das beweist alles den sehr „guten Willen", mit der Sozialdemokratie auf jede Weise aufzuräumen! Und in welcher Weise „der grundsätzliche Widerstand gegen jede Art von Veränderung und Reform gebrochen sei", das bewiesen soeben erst wieder die Verhandlungen über den Arbeiterschutz in den Bäckereien. Kurz, das sind jetzt gerichtete Sachen, und es ist wohl anzunehmen, daß Vollmar am Ende selbst müde geworden ist, mit der ausgestreckten „offenen Hand" dazustehen, und diese längst in die Tasche gesteckt habe.

So sehr gegen die Vollmarsche Beurteilung der politischen Situation Protest erhoben werden mußte, so wenig hatte man im allgemeinen gegen die von ihm aufgestellten Forderungen der praktischen Politik einzuwenden. Es war auch im wesentlichen nur eine Zusammenfassung von Forderungen, die längst auf der politischen Tagesordnung der Partei standen: Erweiterung des Arbeiterschutzes, Koalitionsfreiheit, Beseitigung der Getreidezölle, und dann noch „Gesetzgebung über industrielle Ringe", eine Forderung, die man sich allerdings erst genau ansehen muß, bevor man sie unterschreibt. Fragt man nun, was denn in all dieser Beziehung seit Erfurt geschehen sei, so lautet die Antwort: sehr wenig, und erreicht wurde nichts. Am kennzeichnendsten ist, daß Vollmar selbst am allerwenigsten sich mit dem von ihm damals aufgestellten Agitationsprogramm, Programm der nächsten Forderungen usw., befaßte. Statt eine große Agitation im Reiche gegen die Getreidezölle zu entwickeln, setzte er sich im bayerischen Landtag nieder und jammerte mit den Bauern über die schlechten Zeiten. Wir glauben fast, vom Standpunkte der bayerischen Bauernagitation wäre es jetzt gar nicht einmal so sehr erwünscht, eine große sozialdemokratische Agitation gegen die Getreidezölle zu eröffnen. Und dann, statt mit der

Arbeiterschutzgebung im Reiche, beschäftigte sich Vollmar mit der staatlichen bayerischen Viehversicherung und ähnlichen Dingen.

Woher kommt es nun, daß keine der erwähnten Forderungen unseres praktischen Programms in den Vordergrund der Agitation gestellt wurde? In Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung sagte man sich, das Verhalten der parlamentarischen Parteien sei für die nächste Zeit nicht dazu angethan, hier etwas zu erreichen, und die wirtschaftliche Depression mache die Zeit ungünstig für eine allgemeine Agitation. Die Frage der weiteren Herabsetzung bezw. Beseitigung der Getreidezölle verlor an Schärfe, seitdem die Getreidepreise wieder sinken; dagegen mußte man voraussehen, daß die Eröffnung einer derartigen Agitation in diesem Moment den Agrariern Wasser auf die Mühle liefern würde. Und was die Koalitionsfreiheit angeht — die Sache wurde ja übrigens parlamentarisch diskutiert — so hat vor allem die Umsturzvorlage die Aufmerksamkeit auf sich konzentriert. Trotz der Gewichtigkeit dieser Gründe, sind wir allerdings der Meinung, daß mehr geschehen konnte. Allein an dem Vergangenen zu mäkeln ist unsere Aufgabe nicht, — wir wollen es nur erklären, um die Gegenwart zu begreifen.

Etwas sollte nun aber doch zum Mittelpunkt der nächsten Agitation gemacht werden? Es mußte etwas sein, was in der kapitalistischen Gesellschaft verwirklicht werden könnte, dessen sozialpolitische Tragweite zu gleicher Zeit groß genug wäre, um die proletarischen Massen auf die Dauer in Bewegung zu setzen. Aber nachdem die soeben besprochenen Forderungen in den Schatten traten, fand sich dafür kein Ersatz! In der ersten Zeit hat man sich ja mit den „Notstandsdebatten" ausgeholfen. Das war insofern gut, als es der Partei, besonders bei dem provozierenden Verhalten der Bourgeoisie, Gelegenheit gab, ihren proletarischen Klassenstandpunkt hervorzukehren. Aber das war nur gelegentlich und interimistisch.

Vom Pariser internationalen Kongreß bekam die Partei ein allgemeines Agitationsmittel: die Maidemonstration. Allein wo man nicht, wie in Oesterreich, in der Lage ist, der Maifeier einen besonderen Inhalt beizulegen, da hängt sie innig zusammen mit dem Kampf um den Achtstundentag. Da nun in Deutschland die Frage des Arbeiterschutzes überhaupt zurücktrat und auch der gewerkschaftliche Kampf unter der Geschäftsflaue litt, so mußte selbstverständlich auch die Maifeier an Aktualität verlieren. Wenn Massendemonstrationen, die regelmäßig wiederkehren, nur aus allgemeinen Rücksichten geschehen, so verlieren sie an Interesse. Die Aufmerksamkeit der Massen muß auf ein bestimmtes, nahes Ziel konzentriert werden, sei es der Normalarbeitstag, oder das Wahlrecht, oder etwas anderes, sie müssen das Gefühl haben, daß sie durch die Demonstration etwas

leisten, daß sie kämpfen, daß dies sie immer näher führt zu einem klaren, greifbaren Resultat. Die Arbeitsruhe war schwer durchzuführen, nicht nur wegen der wirtschaftlichen Not, sondern weil viele sich sagten, um eine Mairesolution zu fassen, die nur einen Augenblick dauert und für die sonst das ganze Jahr hindurch keine Agitation entfaltet wird, verlohne es sich nicht, einen Arbeitstag zu verlieren und eine Aussperrung zu riskieren. Die internationale Solidarität ist ein wichtiges Moment, aber sie wird nur dann ihre volle Wirkung ausüben, wenn sie unmittelbare Interessen, die eine internationale Aktion erheischen, auf die Tagesordnung bringt. Jemehr nun die Maifeier an politischer Aktualität verlor, destomehr wurde sie zu einem Vergnügungsfest. „Erwachen der Natur", Maiglöckchen, tanzende Kinder, Gnomen, Assyrer und die heilige Schrift.

Währenddem also die Partei, ermuntert durch die Februarwahlen, sich anschickte, mit Volldampf in das Fahrwasser der parlamentarischen Aktion, der „positiven" Politik einzutreten, zeigte es sich bald, daß die allgemeine politische Situation für eine selbständige proletarische Parlamentspolitik im großen Stile sich sogar weniger eignete, als früher.

Es fehlte jedoch schon in Halle nicht an Leuten, welche die Situation von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachteten. Die Gewerkschaftsdiskussion in Halle wurde seither wenig beachtet. Und doch zeigte sie, unseres Erachtens, ein richtigeres Verständnis der Situation, als die hochpolitischen Reden, die in Halle und noch mehr in Erfurt gehalten wurden.

16. Im politischen Zwielicht.

Wollte man mit wenigen Worten die parlamentarische Thätigkeit der Partei charakterisieren, so könnte man sie in die Formel fassen: Bekämpfung von Regierungsvorlagen. Nicht als ob die Fraktion keine selbständigen Anträge stellte. Sie that es ja wiederholt. Aber was in dieser Beziehung geschehen, trat gänzlich zurück gegenüber der allgemeinen oppositionellen Thätigkeit der Partei. Die parlamentarische Taktik war also nicht „positiv", sondern eher „negativ", wie unter dem Sozialistengesetz.

Die Wirkungen dieser „negativen" Taktik können freilich recht „positiv" sein. So z. B. wenn es gilt, politischen Verfolgungen entgegenzuwirken. Die Umsturzvorlage wirkte erfrischend. Das war ein Gegenstand des reinen Klassenkampfes und gab für eine Zeit lang den Brennpunkt ab, nach dem alle Linien der Parteipolitik zusammenliefen.

Nun gab es ja auch noch die großen Militär- und Steuervorlagen. Aber hier zeigte sich eben bereits der Unterschied der poli-

tischen Situation. Das Sozialistengesetz gab, wie bereits hervorgehoben, diesen Dingen seine Würze. Der Kampf gegen die Steuern usw. war zugleich ein Kampf gegen das Sozialistengesetz. Dies ist nun in Wegfall gekommen. Bleibt das Interesse, welches die Partei an den Steuern und dem Militarismus überhaupt, als solche, als bestimmte Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft nimmt, und dieses Interesse ist allerdings sehr groß. Aber man wende die Sache wie man will, in der Praxis ist das Verhalten der Arbeiterklasse diesen parlamentarischen Fragen gegenüber kein anderes, als das des Kleinbürgertums und Kleinbauerntums. Der wissenschaftliche Sozialismus weiß freilich theoretisch ganz anderes darüber zu sagen als die Kleinbürger, indem der Sozialismus den allgemeinen Zusammenhang dieser Erscheinungen mit der kapitalistischen Gesellschaftsform aufdeckt. Das ist wichtig für die allgemeine politische Aufklärung des Proletariats, aber als parlamentarisches Unterscheidungsmittel kann die Theorie nicht dienen. Parlamentarisch erscheint die theoretische Begründung immer nur als Aufputz. Worauf es ankommt, ist die praktische und unmittelbare Wirkung der gegebenen Maßregeln. Darum ist es auch in diesen Fällen sehr leicht, bei der großen Agitation unter den Massen vom prinzipiellen Standpunkt abzukommen. Die nächstliegenden Gründe sind ja die theoretischen nicht, und man sucht eben in der Massenagitation danach, was am greifbarsten ist, was in die Augen fällt. Das Prinzipielle muß in den aufgestellten politischen Forderungen selbst liegen, dann drängt sich auch ihre prinzipiengerechte Begründung von selbst auf. Das fehlt vom proletarischen Standpunkte aus den Steuern wie dem Militarismus, und darum bildete das stets jenes politische Gebiet, auf dem Arbeiterklasse und Kleinbürgertum zusammengehen.

Mußte aus den angeführten Gründen die Agitation gegen die Steuer- und Militärvorlagen an prinzipiellem Wert verlieren, so gewann sie an praktischer Bedeutung, seitdem die Sozialdemokratie eine mächtige Partei geworden ist. Früher konnte die Sozialdemokratie selbstverständlich nicht daran denken, durch ihre Agitation irgendwelchen Einfluß auf das Schicksal der Gesetzesvorlagen auszuüben, ausgenommen das Sozialistengesetz. Nunmehr ist sie in jeder Beziehung zu einem mächtigen parlamentarischen Faktor geworden: durch ihre eigene Abstimmung und durch den Druck, den sie auf die anderen Parteien ausübt. Ohne sich zunächst etwas zu vergeben, wird sie einfach durch den Gang der Entwickelung, durch die eingetretene Verschiebung der politischen Verhältnisse zur großen Oppositionspartei. Allein, noblesse oblige! Ihr parlamentarischer Einfluß ist ein Moment, den sie als politische Partei in Rechnung ziehen muß. Im Augenblicke einer parlamentarischen Entscheidung ist es ratsam, die Gegensätze zu den in der resp.

Frage gleich stimmenden Parteien nicht besonders schroff hervortreten zu lassen, um die gemeinsame Aktion nicht zu vereiteln. Wer sich auf einer so exponierten Stellung befindet, muß mit der Oeffentlichkeit rechnen. Die Oeffentlichkeit ist eine Macht — weshalb soll man es denn mit ihr mutwillig verderben, wo man es vermeiden kann? Ja, es bildet sich eine gewisse parlamentarische Konkurrenz mit den links stehenden Parteien heraus. Man erwartet in der Oeffentlichkeit, daß die Sozialdemokratie die Leitung der Opposition übernimmt. Man darf sich das nicht entreißen lassen. Man hat sich gewöhnt, daß die Sozialdemokraten die längsten Reden halten, daß sie unter den ersten am Platze sind — früher kamen sie kaum zum Wort. „Man" frägt sich bei jeder Frage: wo bleibt denn die Sozialdemokratie? Und die Sozialdemokratie stellt eiligst ihren Mann. Daß diese Konkurrenz mit den bürgerlichen Parteien die Trennungslinie zwischen Sozialdemokratie und den anderen Parteien verwischen muß, liegt auf der Hand.

Nun sind aber Steuer- und Militärvorlagen wenigstens parlamentarische Zentralsonnen. Giebt es derartiges auch nicht selten, so doch nicht jeden Tag. Für gewöhnlich muß man sich mit dem parlamentarischen Kleinzeug begnügen. Die Thätigkeit wird zersplittert, und die Quantität muß die Qualität ersetzen. Kein parlamentarischer Tag ohne Sozialdemokratie. Jahrzehntelange Erfahrung bildete eine Anzahl geschickter und kenntnisreicher Parlamentarier heraus. Es giebt keine besseren Kenner der parlamentarischen Geschichte Deutschlands, als die sozialdemokratischen Abgeordneten. So versteht denn die Sozialdemokratie überall da zu sein und zu jeder Frage Stellung zu nehmen.

Das findet Beifall. Allein der Beifall trügt. Manchmal war der Beifall sehr stark, wo es sich um Gegenstände handelte, an welchen die Arbeitermassen nur ein sehr flüchtiges Interesse haben. Woher kommen denn die Beifallsrufe? Es giebt eine politische Halbwelt, wie es eine diplomatische und eine öffentliche Halbwelt giebt. Diese politische Halbwelt besteht nicht gerade aus Lumpenproletariern, wenn auch mancher einfache Lump darunter ist. Sie rekrutiert sich aus den Kreisen der Literaten, Aerzte, Advokaten, Beamten, überhaupt aus Angehörigen der liberalen Berufsarten mit einem Beimisch von kleineren Kaufleuten und dem sonstigen Kleinbürgertum. Diese Leute gehören keiner Partei an, aber sie sind nichtsdestoweniger enragierte Politiker. Sie sind die schlimmsten Nörgler, Protestler, mit allem und jedem unzufrieden, unzuverlässig, verräterisch und sensationslüstern. So gering ihre Zahl ist, so produzieren sie doch unter Umständen viel Lärm, weil sie einen großen Einfluß haben auf die bürgerliche Presse, deren schriftstellerisches Personal sich aus ihren Kreisen rekrutiert. Wenn es jemand giebt, der die bürgerliche öffentliche Meinung „macht", so sind sie es,

freilich meistens als Werkzeuge des Kapitals. Aber in den kleinen Sachen produzieren sie manchmal aus eigenem Antrieb großen Radau. So nimmt man leicht als öffentliche Aufregung an, was nur das Gequietsche und Gequake und Gepolter der politischen Halbwelt ist.

Aus diesen Kreisen stammen meistens auch diejenigen Bürgerlichen, welche mit den sozialdemokratischen Führern in persönliche Berührung zu kommen suchen — und sei es auch nur, um von ihnen einen Fußtritt zu erhalten. Ein sozialdemokratischer Parteiführer ist aber jetzt überhaupt ein großes Tier. Er wird umschwärmt und hofiert. Gelehrte, Künstler, Literaten, Bummler und sozialpolitische Projektenmacher, die schriftstellernde Frau in allen Nüancen, Mädchen, die nicht wissen, was sie anfangen sollen, Frauen, die ein schlechtes Familienleben haben, das alles verfolgt ihn auf Schritt und Tritt, ins Parlament und ins Haus, mündlich und schriftlich, drängt sich an ihn heran, schmeichelt ihm, sieht ihm in die Augen, hängt an seinen Lippen, notiert sich sein Räuspern und klatscht zu allem Bravo! Manche kommen auch aus bloßer Neugier, etwa wie man sich die Dame mit der hohen Büste, oder den Mann mit dem Steinkopf ansieht. Es hieße die menschliche Natur ideologisch verkennen, wollte man annehmen, daß dieser Mückenschwarm, der einem unausgesetzt vor den Augen schwirrt und unablässig in den Ohren summt, nicht doch gelegentlich das Urteil trübt und manche Geringfügigkeit als große That erscheinen läßt.

Aber selbst, wo der Beifall aus den Volksmassen kommt, ist das noch keineswegs ein sicheres Zeichen, daß man sich taktisch auf dem richtigen Wege befindet. Die Sensation spielt in der Oeffentlichkeit überhaupt eine große Rolle. Diese hat z. B. sicher ihren sehr bedeutenden Anteil bei den Kolonialdebatten, der Duellfrage usw. Aber man hat überhaupt als allgemeine Oppositionspartei die größten Augenblickserfolge. Das ist es ja, was immer weiter lockt, während ein Mißerfolg zur Umkehr zwingt. Man sagt sich: „Es geht auch so!“ Immer weiter gelangt man allmählich und unmerklich dazu, vor allem den momentanen Stimmungen, Hoffnungen und Erwartungen der verschiedenen Volksschichten die Taktik anzupassen. Diesem Bestreben entsprangen z. B. die Agrarprogrammentwürfe, zumal der süddeutsche.

Bei alledem vergesse man nicht, daß in der Partei noch die Tradition des Sozialistengesetzes lebt und wirkt. Dies und der ewige Kleinkrieg mit der Polizei haben schon über manche Klippe hinausgeholfen. Außerdem liegt die Leitung in den Händen von Männern, die die politische Bewegung von ihren geringen Anfängen an mitgemacht, ja im gewissen Sinne geschaffen haben. Der wissenschaftliche Sozialismus legt sonst das geringste Gewicht auf die Persönlichkeiten, aber es giebt politische Momente, wo es auf diese gar sehr ankommt. Muß man etwa sagen: „Wenn die Leute nicht an der Spitze wären,

dann ginge die Sache schief", so ist das ein Zeichen der herrschenden politischen Verwirrung.

Es wäre jedoch selbstverständlich durchaus verfehlt, wegen all der gekennzeichneten Dinge über den Parlamentarismus überhaupt dreimal ein Kreuz zu schlagen: Satanas hebe dich! Auch das Sehnen nach dem Zustand von dazumal, wo die Partei klein, aber rein war, nützt nichts, da ja die Partei, wenn nicht heute, dann morgen in die gleiche Situation geraten würde. Es sind Schwierigkeiten der großen politischen Arbeiterpartei, die überwunden werden müssen. Und groß muß die Partei sein, wenn etwas erreicht werden soll. Auch geht es nicht an, sich etwa den kleineren parlamentarischen Aufgaben gänzlich zu verschließen. Mag sein, daß man manchmal weniger breitspurig bei diesen Dingen auftreten könnte, aber worauf es ankommt, ist gar nicht, daß man sich damit abgiebt, sondern daß nichts anderes in den Vordergrund tritt, daß das gesamte politische Interesse von diesen Kleinigkeiten absorbiert wird. Was not thut, sind prinzipielle parlamentarische Aufgaben, denen gegenüber die anderen in den Hintergrund treten würden. Was not thut, ist, daß die Arbeiterklasse in die Lage kommt, einen rein proletarischen Klassenkampf zu führen. So lange sie aber keinen anderen Kampfesboden kennt, als den, auf dem auch das Kleinbürgertum steht, werden die Grenzen der proletarischen Parlamentstaktik von der kleinbürgerlichen Opposition nicht scharf geschieden werden können.

Einzelne Persönlichkeiten sind nicht imstande, der allgemeinen politischen Situation entgegen, die ihnen gerade erwünschten politischen Aufgaben in den Vordergrund zu setzen. Das muß die wirtschaftliche und politische Entwickelung besorgen. Was man aber kann, ist, diese kommende Entwickelung vorauszusehen und sich bereit zu halten, die eingetretene Gunst der Verhältnisse in vollem Maße auszunützen.

17. Die Partei-Presse.

Das Gebiet, auf dem man am ehesten die Entfaltung einer zielbewußten sozialistischen Agitation erwarten dürfte, ist die Presse. Der Zustand des Weltmarkts, die Kombination der politischen Parteien, die parlamentarische Situation lassen sich nicht nach Wunsch ändern. Obwohl nun auch die Presse die Wirkung all dieser allgemeinen Verhältnisse zu ertragen hat, so bietet sie doch genügend Raum für die freie, wohldurchdachte persönliche Thätigkeit. Die Sklavin des Augenblicks braucht die Parteipresse nicht zu sein. Gerade in den Zeiten des politischen Halbdunkels fällt ihr am meisten die ehrenvolle Aufgabe zu, das Prinzip zu wahren, sozialistische Aufklärung zu schaffen, den Geist des Klassenkampfes aufrecht zu erhalten, mit Hilfe theoretischer Gründe, geschichtlicher Erfahrung, Parteitradition die klein-

bürgerlichen Regungen zu bekämpfen und die Partei so über die Klippen des Augenblicks hinaus zu bugsieren. Wenn auch nicht immer sozialistische Aufgaben die praktische Politik beherrschen, so ist doch immer Gelegenheit und Möglichkeit vorhanden, die Ideen des Sozialismus zu verbreiten. Dies zu thun, ist vor allem Pflicht der Parteipresse.

Es unterliegt für uns, soweit wir die Parteilitteratur kennen, keinem Zweifel, daß die Parteizeitungen jetzt nicht nur nach der Anzahl und Verbreitung, nach den Kenntnissen und der Geschicklichkeit, mit denen sie gemacht werden, sondern auch nach der Tiefe der Erfassung im allgemeinen denen vor dem Sozialistengesetz überlegen sind. Das mag vielleicht bei manchem alten Parteigenossen verstoßen, aber man darf nicht nach den aus jener Zeit übernommenen Eindrücken urteilen. Damals, in der ersten Zeit der Bewegung, wo noch alles so neu und gewagt war, machte jedes Wort einen ganz anderen Eindruck. Man brachte die Spannung und Begeisterung bereits mit, noch bevor man das Blatt öffnete. Man las es ganz anders als heute. Nimmt man heute eine alte Parteizeitung zur Hand, so findet man ganz anderes.

Aber noch mehr sind die Aufgaben der Parteipresse gewachsen, die Anforderungen, denen sie zu genügen hat. Und das ist der einzig richtige Maßstab, an dem wir sie zu messen haben. Vergleicht man relativ, was die Parteipresse im Verhältnis zu ihren Kräften und Mitteln dazumal geleistet hat und jetzt leistet, so erhält man allerdings ein ganz anderes Ergebnis. Vor allem aber ist zu untersuchen, inwiefern die Parteipresse den Erfordernissen, welche die Zeit an sie stellt, gerecht wird.

Unter der Parteipresse sind vor allem die Parteizeitungen zu nennen, weil sie die größte agitatorische Bedeutung haben. Und bei den Zeitungen kommt es wesentlich auf unser Zentralorgan, den „Vorwärts", und sein Verhältnis zu der Lokalpresse an. Eine Zentralisation des Zeitungswesens wäre verfehlt. Die Lokalorgane treten in eine viel nähere Verbindung mit der Arbeiterschaft, die das lokale Parteiblatt nicht nur als ihr besonderes Eigenthum, sondern auch als Interessenvertretung der Ortschaft betrachtet. Nur auf diese Weise vermag man auch mit den großen „parteilosen" Lokal- resp. Annoncenblättern zu konkurrieren. Was aber not thut, ist ein Zusammenwirken beider: des Zentralorgans und der Lokalpresse. Das Zentralorgan muß so gemacht werden, daß die Lokalpresse darin reichlich allgemein politischen und grundsätzlich sozialistischen Agitationsstoff finde. Die kleinen Zeitungen müssen in der Lage sein, diesen Teil in der Hauptsache aus dem Zentralorgan übernehmen zu können, um sich selbst mehr den lokalen politischen und gewerkschaftlichen Aufgaben zu widmen.

Der „Vorwärts" wird ja auch viel nachgedruckt. Er würde es noch mehr, wenn er anders wäre.

Eine Kritik unseres Zentralorgans, des „Vorwärts", im allgemeinen zu geben, liegt außerhalb unserer Aufgabe. Wir müßten dann vor allem seine parlamentarische und allgemein politische Haltung kritisieren. Uns aber kommt es hier hauptsächlich auf seine Wirkung im Sinne der Vertretung und Propaganda der sozialistischen Grundsätze an.

Ungefähr seit dem Berliner Parteitag ist in der Haltung des „Vorwärts" in Bezug auf Parteifragen eine merkbare Wendung eingetreten. Während er früher blitzschnell am Platze war, wenn es galt. das Prinzip zu wahren, und ihm deshalb sogar Vorwürfe der Uebereilung gemacht wurden, scheint er von nun an den Grundsatz zu befolgen, die Sache sich ruhig ablaufen zu lassen. So war es nach Frankfurt und so auch während der Agrardebatte. Der „Vorwärts" reproduzierte die vielerlei Meinungen, die sich in der Partei geltend machten, that aber selbst das wenigste dazu, die Situation zu klären. Das Zentralorgan darf aber nicht einfach das Sammelbecken sein, nach dem alles zusammenfließt und aus dem sich jeder nimmt, was ihm behagt. Nicht nur, daß das Zentralorgan eine entschiedene und prinzipielle Stellung einzunehmen hat, sondern vor allem ist es seine Pflicht, im Falle eines Meinungsstreites in der Partei die Sache ruhig, aber selbständig und am meisten eingehend zu behandeln. Der „Vorwärts" befindet sich auf der einflußreichsten und zugleich exponiertesten Stelle in der Partei. Worauf man bei den anderen vielleicht zwischen den Fingern sieht, bei ihm kann man es nicht unbemerkt lassen. Das Zentralblatt muß das leitende Blatt in der Partei sein.

Was wir am meisten von dem erwähnten Gesichtspunkte aus am „Vorwärts" auszusetzen haben, ist, daß er allmählich zu einer rein parlamentarischen Zeitung wird. Die große geschichtliche Bewegung des Sozialismus besteht nicht ausschließlich aus politischer Bethätigung und politische Thätigkeit nicht ausschließlich aus dem Parlamentarismus. Die Presse vor allem hat sich davon freizuhalten, was Marx den „parlamentarischen Kretinismus" nennt, „ein Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erhabenen Ueberzeugung erfüllt, daß die ganze Welt, ihre Geschichte und ihre Zukunft durch eine Majorität von Stimmen in dem besonderen Vertretungskörper gelenkt und bestimmt werde, der die Ehre hat, sie zu seinen Mitgliedern zu zählen, und daß alles und jedes, was außerhalb der Mauern des Hauses vor sich geht — Kriege, Revolutionen, Eisenbahnbauten, die Kolonisierung ganzer neuer Kontinente, kalifornische Goldfunde, zentralamerikanische Kanäle, russische Heere und was sonst noch einigen Anspruch erheben kann, die Geschicke der Menschheit zu

beeinflussen — daß alles das nichts ist im Vergleich zu den unermeßlichen Ereignissen, die im Schoße der wichtigen Frage ruhen, der, was immer sie sein mag, gerade in dem Moment die Aufmerksamkeit des hohen Hauses gehört". Der „Vorwärts" aber gelangt immer mehr dazu, seinen gesamten Inhalt nur auf den deutschen Reichstag zuzuschneiden. Diesem resp. den einzelnen Gesetzen und Vorlagen, den parlamentarischen Parteien und dem Vielerlei, das sich auf diese bezieht, ist der weitaus größte Teil seiner Leitartikel und seiner politischen Uebersicht gewidmet. Statt dem Flugsand des parlamentarischen Kleinkrams, an dem diese Jahre so reich waren, durch Hervorhebung der großen Gesichtspunkte, durch Erörterung der außerparlamentarischen Erscheinungen der Weltpolitik entgegenzuwirken, spaltet der „Vorwärts" jedes parlamentarische Haar womöglich wieder einmal und kommt aus dieser zeitraubenden Beschäftigung fast gar nicht heraus. Er wird dabei schon deshalb langweilig, weil er stets ins Hintertreffen gelangt, da unsere Parlamentarier an Ort und Stelle die Arbeit sofort und gründlich besorgen. Würde man aus Versehen eine sozialdemokratische Rede aus den Reichstagsverhandlungen als Leitartikel drucken, man würde meistens den Fehler gar nicht merken. Das bewirkt unter anderem auch, daß die Artikel dem Inhalt wie der Form nach auf eine Auseinandersetzung mit bürgerlichen Parlamentariern und Zeitungen weit mehr berechnet sind, als darauf, die Grundsätze des Sozialismus unter den Arbeitermassen zu verbreiten. Die rein sozialistische Propaganda wird vom „Vorwärts" am wenigsten betrieben, darum auch die Klagen, daß er so wenig „aufklärende Artikel" bringe. Und aus dem gleichen Grund können die gewerkschaftlichen Zeitungen aus ihm sehr selten etwas entnehmen.

Das Organ, das neben dem „Vorwärts" am meisten dazu berufen war, das Prinzip zu vertreten, ja, formell diese Bestimmung hat, das ist die „Neue Zeit", die wissenschaftliche Revue der Partei. Die „Neue Zeit" hat große Verdienste um die Verbreitung der wissenschaftlich-sozialistischen Kritik in der Partei und in der Litteratur überhaupt. Und jedenfalls kann man ihr nicht den Vorwurf machen, sie hätte sich ausschließlich dem Parlament ergeben. Aber nach anderer und zum Teil entgegengesetzter Richtung hin kann man gegen die „Neue Zeit" mancherlei einzuwenden haben.

Als die politische Partei noch nicht so groß war, da machte es schon einen bedeutenden Eindruck und stärkte die Zuversicht der Genossen, daß von einer bestimmten Stelle aus den bürgerlichen „wissenschaftlichen" Angriffen auf die Sozialdemokratie litterarisch entgegengewirkt wurde. Auch die bürgerliche Begriffsverwirrung über die Ziele der Sozialdemokratie war zu zerstreuen. Und anderseits war man während jener Jugendzeit selbst für die Verbreitung der allgemeinsten und ab-

strakten theoretischen Grundsätze sehr dankbar. Beides pflegte die „Neue Zeit" als Spezialität. Aber die Zeiten haben sich geändert. Die bürgerlichen Gelehrten sind der Partei keine auch nur irgendwie ernst zu nehmende Gefahr mehr. Welchen Wert legt man denn jetzt darauf, wenn irgend eine bürgerliche sozialpolitische Schmeißfliege — manchmal sind es auch Libellen — unter Anwendung eines ungeheueren wissenschaftlichen Apparats seziert und zerlegt wird? Fernerhin, für die Massen ist ja die „Neue Zeit" nicht berechnet, und die leitenden Agitatoren sind über die abstrakten Grundsätze längst aufgeklärt, wenigstens sind sie ihnen nicht mehr neu.

Auch für die „Neue Zeit" entstanden nach 1890 neue und schwierige Aufgaben. Sie hatte die theoretischen Waffen zu liefern für den mächtig flutenden großen Kampf des Tages. Sie hatte mehr noch als das Zentralorgan die jedesmalige politische Situation vom prinzipiellen sozialistischen Standpunkte aus zu beleuchten, die einzelnen Erscheinungen grundsätzlich zusammenzufassen und zu deuten. Sie hatte die geschichtliche Entwickelung der Gegenwart zu verfolgen und darüber Aufklärung zu schaffen. Sie hatte nicht nur deutsche, sie hatte Weltpolitik zu betreiben. Sie mußte uns kritische Rechenschaft geben von der ökonomischen und politischen Entwickelung in den anderen Ländern. Sie mußte eine Rundschau sein auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens: dem ökonomischen, dem politischen, dem litterarischen. Kurz, sie mußte von den Wolken der Abstraktion herunter in das Kampfgewühl der Zeit.

Dem Gefühl dieser neuen Aufgaben entsprechend hat man ja auch die Erscheinungsart der „Neuen Zeit" geändert. Aber noch hat sich die „Neue Zeit" den geänderten Zuständen nicht anzupassen vermocht. Sie verlor eher an Aktualität, statt zu gewinnen. Und gäbe es nicht von Zeit zu Zeit einen Parteistreit, an dem sie sich beteiligt, so würde man ihre Existenz ganz vergessen. In dieser Beziehung aber hat sie Nützliches geleistet.

Wir müssen es uns versagen, die Broschüren- und Bücherlitteratur der Partei kritisch auf ihren agitatorischen Wert zu betrachten. Unsere Auseinandersetzungen haben sich auch sonst zu sehr in die Länge gezogen. Allein die mannigfaltigen Erscheinungen des Parteilebens stehen in inniger Beziehung zu einander, und es ist gut, daß sie einmal in ihrem Zusammenhang erörtert werden. Im allgemeinen bietet dieser Teil der Parteilitteratur ein erfreulicheres Bild.

Wir kommen zum Schluß, daß die Parteipresse, der vor allem die Aufgabe zufiel, während der Zeit des politischen Halblichts für grundsätzliche Aufklärung und Leitung zu sorgen, dieser Aufgabe keineswegs in vollem Maße genügte.

Schluß.

Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie.

18. Die Gewerkschaftsfrage auf dem Parteitag zu Halle und der Achtstundentag.

Wir haben nun auch einige Streiflichter auf den Zustand der politischen Arbeiterpartei geworfen, und unser allgemeiner Eindruck ist der, daß die Zeit seit 1890 eine Uebergangsperiode darstellt. Die Sozialdemokratie hatte sich neuen Verhältnissen anzupassen, nicht nur, weil das Sozialistengesetz gefallen war, sondern auch deshalb, weil der Fall des Sozialistengesetzes selbst das Zeichen war einer Aenderung der gegenseitigen Verhältnisse der Parteien, der allgemeinen politischen Situation. Im allgemeinen war es eine Zeit der geringeren Konzentration des politischen Kampfes, der parlamentarischen Kleinarbeit, des Mangels an grundsätzlichem und gleichzeitig aktuellem Agitationsstoff, der, freilich kläglich mißlungenen Versuche, die verschiedenen Augenblicksinteressen der durch die kapitalistische Entwickelung zersetzten Gesellschaft politisch zusammenfassen.

Wir hatten mancherlei zu tadeln. Von unserem Standpunkte, vom Standpunkte der Kampfesinteressen der Gegenwart aus, üben wir Kritik. Der zukünftige Geschichtsschreiber dagegen, der die ganze große Entwickelung des proletarischen Klassenkampfes hinter sich haben wird, dem auch die mannigfaltigen Verwickelungen der Gegenwart, die wir kaum in ihren äußeren Umrissen merken, klar sein werden, wird vielleicht den klaren Blick und den grundsätzlichen Zusammenhang bewundern, welche die Partei über die mancherlei Klippen so schnell hinübergeholfen haben. Allein diese in der Zukunft anzustellenden zurückblickenden Betrachtungen haben für die Praxis keine Bedeutung. Wir müssen vor allem sehen, wie wir am besten vorwärts kommen.

Wir haben bereits erwähnt, daß man schon in Halle die Aufgaben der Partei auch von einem anderen Gesichtspunkte ins Auge faßte und nicht nur von dem der parlamentarischen Thätigkeit. Kloß als Referent in der Gewerkschaftsfrage verwies darauf, wie lächerlich es ist, die Gewerkschaftsbewegung über die Schulter hinweg zu betrachten. „Mögen die Genossen zurückblicken; viele von ihnen sind erst durch diese fachgewerbliche Bewegung zu politischen Anschauungen gekommen. (Sehr wahr!)“ Er meinte, schon 1887 hätten wir eine größere

Stimmenzahl gehabt, wenn für die gewerkschaftliche Entwickelung mehr gesorgt worden wäre. Er führte dann unter dem Beifall der Versammlung aus, daß auch an dem großen Wahlerfolge von 1890 die gewerkschaftliche Agitation ihren guten Teil hatte. Im gleichen Sinne äußerten sich Bock-Gotha und sämtliche anderen Redner. Grillenberger, der Korreferent war, meinte im Schlußwort: „Die Gewerkschaften müssen großartige Dimensionen annehmen, wenn dem Vorgehen des Unternehmertums mit einigem Erfolg entgegengetreten werden soll. ... Im großen und ganzen wird nach dem Fall des Sozialistengesetzes das Unternehmertum sich hauptsächlich auf das Gebiet des Lohnkampfes werfen, und deshalb haben die Arbeiter alle Ursache, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen. ... Jetzt, wo wir in eine Periode des wirtschaftlichen Niederganges eingetreten sind, wo also überhaupt an Angriffsstreiks nicht gedacht werden kann, sondern wo hauptsächlich daran gedacht werden muß, zur Abwehr sich zu vereinigen, müssen wir Organisationen schaffen, um für die Zukunft widerstandsfähig zu sein."

Die vorgeschlagenen Resolutionen wurden von dem Parteitag einstimmig angenommen, und zwar lautete die für unseren Zweck am meisten kennzeichnende Resolution Glocke folgendermaßen:

„In Erwägung, daß durch die fortschreitende wirtschaftliche Entwickelung der ökonomische Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfere Formen annimmt, und angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterschutzgesetze ist es eine Notwendigkeit, diesen Kampf seitens der Arbeiter zu organisieren. Die geeignete Form dieser Organisation ist die gewerkschaftliche. Der Parteitag ersucht deshalb die Parteigenossen allerorts, den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen und wo solche nicht vorhanden sind, sie ins Leben zu rufen."

Hier ist es also klar ausgesprochen, daß man, um auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung fortzuschreiten, sich eine Stütze in den Gewerkschaften schaffen müsse. An Stelle des Weges der Verhandlung wird hier das Zusammenwirken beider Teile des proletarischen Klassenkampfes, des gewerkschaftlichen und des politischen, gesetzt.

Thatsächlich, wenn es eine organisatorische Pflicht gab nach dem Falle des Sozialistengesetzes, so war es die, die Gewerkschaften zu organisieren. Wäre es gelungen, eine große Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln, so würde das der Partei jenen proletarischen Zusammenhang geben, dessen sie nach unseren Schilderungen so sehr bedurfte. Aber für eine derartige Entwickelung war, wie bereits erwähnt, der

Zustand der wirtschaftlichen Depression ungünstig. Auch hier müssen wir hervorheben, daß nach unserer Auffassung dennoch mehr geschehen könnte, als geschehen war.

Wir sagen nunmehr keineswegs bloß, es sei unsere Pflicht, die Gewerkschaften zu fördern. Wir sagen vielmehr folgendes: Die Gewerkschaften entwickeln sich, sie haben in der letzten Zeit größere Erfolge aufzuweisen, als die politische Partei, und die Gewerkschaften werden sich entwickeln. Den Gewerkschaften gehört in Deutschland die nächste Zukunft. Ob man in den leitenden Kreisen der politischen Partei mehr oder weniger wohlwollend der Gewewerkschaftsbewegung gegenübersteht, das hat nicht viel zu bedeuten. Für die Gewerkschaften spricht die wirtschaftliche Entwickelung, und so werden sie mit aller Macht vordringen, ob man es haben will oder nicht. Nicht bloß aber bedürfen die Gewerkschaften der Unterstützung der politischen Partei, sondern die politische Partei muß darauf bedacht sein, daß sie sich die steigende Gewerkschaftsbewegung zu nutzen kommen lasse, sie muß acht geben daß sie nicht ins Hintertreffen gerate, daß sie auch fürderhin die Führung der Arbeiterbewegung behalte. Es wäre eine thörichte Politik, diese hereinbrechende Entwickelung ignorieren zu wollen.

Wie soll aber die Wechselwirkung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung für die nächste Zeit am besten ausgebildet werden? Den Weg dazu zeigt ja schon der angeführte Beschluß des Hallenser Parteitages, indem er auf den Zusammenhang zwischen gewerkschaftlichem und politischem Kampf bei der Frage des Arbeiterschutzes verweist.

Im Vordergrund der Arbeiterschutzgesetzgebung steht für die nächste Zeit zweifellos der Achtstundentag. Geben wir uns nun Rechenschaft, wie könnte man gerade in Deutschland dieses Ziel des gesetzlichen Normalarbeitstages erreichen?

Da denkt man zunächst an den politischen Einfluß der Sozialdemokratie. Aber wenn das Bürgertum irgendwelche politischen Zugeständnisse macht an der Arbeiterklasse, so nur, solange es glaubt, die Sozialdemokratie dadurch zu schwächen, nicht zu stärken. Daß aber, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, den gesetzlichen Achtstundentag durchzusetzen, dieser Erfolg ihr eine gewaltige Steigerung der Organisation und politischen Macht verschafft, wer sieht das nicht ein? Darum stemmen sich auch die bürgerlichen Parteien mit aller Gewalt dagegen aus politischen, viel weniger aus ökonomischen Gründen. Als Rückwirkung davon entsteht in unsern eigenen Reihen die Auffassung, daß es uns eher gelingen wird, die politische Macht überhaupt zu ergreifen, als, so lange die Bourgeoisie herrscht, eine so wichtige gesetzgeberische Maßregel wie den Achtstundentag durchzusetzen. Man wirft dabei aber zwei verschiedene Dinge zusammen. Die Frage der Ergreifung der politischen Macht ist die Frage der sozialen Revolution, folglich

des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft. Wann dieser Moment eintritt, hängt nicht nur von der Organisation der Arbeiterklasse, sondern von der Entwickelung des Weltmarktes ab. Wir sind der Meinung und versuchten, den Nachweis zu führen, daß die kapitalistische Produktion in Europa jetzt rapid diesem Ende zustreben wird. Ob aber dieser Prozeß in einem Dezennium, oder zwei, oder mehr, oder auch weniger, abgethan wird, für eine derartige Zeitberechnung fehlt jeder Anhaltspunkt. Das ist der Spielraum der politischen, ökonomischen und sonstigen Zufälligkeiten und deshalb auch der freien Bethätigung des bewußten revolutionären Willens. Die Frage des Achtstundentages dagegen hängt ausschließlich davon ab, inwiefern man auf die Kapitalistenklasse den gehörigen Druck auszuüben in der Lage ist. Daß man glaubt, dies nicht zustande bringen zu können, ist dadurch bedingt, daß man den Kampf um den Achtstundentag rein parlamentarisch auffaßt.

Die Geschichte der Achtstundenbewegung zeigt uns aber klar, daß es dabei nicht bloß auf parlamentarische Aktion, sondern auf einen gewerkschaftlichen Feldzug gegen die Unternehmer ankommt. Man muß durch gewerkschaftliche Kämpfe den Arbeitstag so weit und in so vielen Betrieben als nur möglich reduzieren. Dadurch erleichtert man nicht nur die praktische Durchführung des Normalarbeitstages, sondern man erzeugt Zwiespalt unter dem Unternehmertum. Diejenigen, welche durch den gewerkschaftlichen Kampf gezwungen waren, die Arbeitszeit zu kürzen, haben nun selbstverständlich ein Konkurrenzinteresse daran, daß auch die anderen Unternehmer durch Gesetz verpflichtet werden, diesen gekürzten Arbeitstag einzuführen. Je stärker also der gewerkschaftliche Druck, desto uneiniger muß die Kapitalistenklasse werden in ihrem parlamentarischen Verhalten dem gesetzlichen Normalarbeitstag gegenüber, desto weniger entschlossen ihr Widerstand, mit desto mehr Macht wird die Sozialdemokratie vordringen können, und desto wahrscheinlicher ist der Erfolg.

Dies ist der einzige Weg, wie man in Deutschland den gesetzlich geregelten Arbeitstag erlangen kann. Könnte man sich aber auf die Gewerkschaften bei diesem Kampf nicht stützen, dann läßt man lieber diese Forderung ganz beseite, denn dann wird sie utopisch. Ohne mächtige Gewerkschaftsbewegung kein Achtstundentag, kein gesetzlicher Normalarbeitstag überhaupt.

Nun aber umgekehrt, infolge des bestehenden Zusammenhanges, dient es als mächtiger Vorschub den Gewerkschaften, wenn die Frage des Normalarbeitstages auf die parlamentarische Tagesordnung gebracht in den politischen Vordergrund gesetzt wird. Die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit wird dadurch auf diese Frage konzentriert, das Interesse der Arbeitermassen wachgerufen und in ihnen das Be-

streben erweckt, den Kampf um die Arbeitszeit in allen Formen, also vor allem in der gewerkschaftlichen, zu führen.

19. Agitationsvorschläge zum Gothaer Parteitag.

Es kam vor allem darauf an, daß sich ein Parteitag mit der Frage der Agitation zu Gunsten der Verkürzung resp. gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit eingehend beschäftige. Diese Agitation war kein einziges Mal, seit dem Fall des Sozialistengesetzes sicher nicht, Gegenstand einer selbständigen Beratung auf einem Parteitage. Mit der Maifeier hat man sich mehrmals befaßt, aber den Achtstundentag hat man als eine Art Anhängsel der Maifeier betrachtet, während doch in Wirklichkeit die Maifeier nur eine Episode inmitten der großen Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit bilden sollte. Der Kampf um den Achtstundentag ist viel weiter, viel umfassender, als die Maifeier, und sollte deshalb am ehesten einer besonderen Behandlung unterworfen werden.

Außerdem macht die günstige Handelsentwickelung diese Frage aktuell. Nicht um die prinzipielle Frage des Achtstundentages handelt es sich — diese ist längst entschieden —, sondern um die Mittel und Wege, den Achtstundentag in Deutschland zu verwirklichen.

Selbstverständlich kann dies nicht mit einem Schlag erreicht werden, und insofern wäre es vielleicht richtiger, von der Verkürzung und gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit zu reden, statt vom Achtstundentag. Allein seit Paris ist nun einmal der Achtstundentag als Ziel und Losung der Verkürzung der Arbeitszeit gesetzt worden und kann, braucht auch nicht umgangen zu werden. Wir sind uns darüber klar, daß es sich dabei nicht um eine einmalige parlamentarische Aktion, sondern um einen großen Feldzug der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum handelt. Es handelt sich um einen hartnäckigen und anhaltenden Kampf, bei dem man sich nur schrittweise dem Ziele nähert. Wie man für die Abschaffung des Sozialistengesetzes gekämpft hat, so muß man jetzt für den Achtstundentag kämpfen. Der Achtstundentag muß zum Schlagwort werden, bei keiner Gelegenheit fehlen, den Kernpunkt der praktischen Agitation abgeben.

Wir sind jedoch weiterhin der Meinung, daß man in der deutschen Großindustrie auch mit einem Schlag und sofort den Achtstundentag einführen könnte. Die effektive neunstündige Arbeitszeit aber könnte jetzt schon allgemein in den gewerblichen Betrieben Deutschlands eingeführt werden, ohne deshalb Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt auch nur einen Monat lang zu beeinträchtigen.

Man findet auch jetzt den neunstündigeg Arbeitstag nicht besonders selten in Deutschland. Schon deshalb muß der Achtstundentag als Losung gesetzt werden, denn das Ziel muß soweit gesteckt werden,

daß es allgemein, möglichst allen als erstrebenswert erscheint, folglich auch denjenigen, welche unter den relativ besseren Bedingungen sich befinden, noch immerhin einen Vorteil bietet. Wir müssen den kürzesten realisierbaren Arbeitstag auf unsere Fahne schreiben, wenn wir alle hinter ihr vereinigen wollen.

Nicht darauf allein kommt es an, daß bezügliche Anträge im Reichstag gestellt werden, sondern daß im ganzen Lande und mit allen Mitteln eine Agitation entwickelt wird. Die Presse und die mündliche Agitation müssen mit voller Kraft ins Werk gesetzt werden. Nicht bloß, daß Vorträge über die Arbeitszeit gehalten werden — rein akademisch dürfen wir die Sache nicht nehmen — sondern erstens muß darauf hingearbeitet werden, daß die Arbeiter sich gewerkschaftlich zusammenschließen behufs Erringung des Achtstundentags, behufs Unterstützung der politischen Aktion. Die gewerkschaftlichen Kämpfe müssen thatkräftig unterstützt und in aller Weise gefördert werden. Es hat sich die schlechte, geradezu demoralisierende Gewohnheit herausgebildet, jeden einzelnen mißlungenen Streik durch die wirtschaftliche Depression zu erklären. Das ist ein Unfug, einen allgemeinen ökonomischen Zustand, der sich nur im großen und ganzen geltend machen kann, so für jede einzelne Erscheinung als Erklärung hinzustellen. Die Mehrzahl der Streiks in Deutschland gingen stets nur deshalb verloren, weil die Gewerkschaften noch nicht stark genug waren. Und das ist es, worauf wir stets den Nachdruck zu legen haben. Immer zur Organisation ermahnen und nicht resigniert Kopf und Hände hängen lassen vor einer ökonomischen Thatsache, die man sich gespenstig aufbauscht. Vor allem aber den Leuten klar machen, daß in der Frage des Achtstundentages die politische Aktion allein keinen Wert hat, ohne eine mächtige Gewerkschaftsbewegung. Und zweitens muß nicht nur eine große allgemeine Agitation für den Achtstundentag inszeniert werden, sondern, wie schon erörtert, die gesamte politische resp. parlamentarische Thätigkeit der Partei muß von dieser Forderung durchdrungen werden. Bei der Agitation gegen Steuern, Militärvorlagen usw. muß stets als Gegensatz der Achtstundentag aufgeführt werden, desgleichen bei den Etatsberatungen. Man muß es den Agrariern entgegenschleudern, der Regierung vorhalten, das Zentrum, die Volkspartei und die bürgerlichen Parteien überhaupt zur Stellungnahme zwingen. Und man muß die Frage des Achtstundentages für die Staats- und Gemeindebetriebe und die mit Staat und Gemeinde in geschäftlicher Verbindung stehenden Unternehmungen aufs Tapet bringen.

Für den Reichstag handelt es sich in der zuletzt erwähnten Beziehung vor allem um die Reichspost. Den Achtstundentag den Postunterbeamten! Wenn die Sozialdemokratie auch nur einen Ver-

treter hätte im preußischen Landtag, das käme ihr jetzt ganz besonders zu gute. Sie hat jedoch die Möglichkeit, die Sache energisch in Sachsen zu betreiben. Noch 4 Jahre verbleiben die sozialdemokratischen Abgeordneten im sächsischen Landtage — das ist Zeit genug, um der Regierung gehörig mit dem Achtstundentag auf den Leib zu rücken. Ebenso kann man in Bayern, Hessen, Baden, Württemberg usw. energisch vorrücken. In Württemberg besonders bietet das eine prachtvolle Gelegenheit, die Volksparteiler auf eine proletarische Forderung hin in die Klemme zu setzen.

Es ist dementsprechend beantragt worden, als besonderen Verhandlungspunkt auf die Tagesordnung des Gothaer Parteitags zu setzen: Die Erringung des Achtstundentags. Weitere Vorschläge zur Tagesordnung im Sinne unserer Ausführungen waren: Die Koalitionsfreiheit — Der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung — Die Parteipresse und die sozialistische Propaganda.

Außerdem lagen dem Parteitag noch verschiedene Resolutionen über den Achtstundentag vor, von denen die weitgehendste die des 5. und 6. sächsischen Reichstagswahlkreises war.

Daß nun, wenn man in all diesen Punkten zu einem gemeinsamen und energischen Handeln gelangt wäre, die deutsche Gewerkschaftsbewegung dadurch mächtig gefördert würde, unterliegt wohl keinem Zweifel. Wird doch die Aufmerksamkeit der ganzen Oeffentlichkeit auf sie konzentriert und die Kraft nicht etwa einzelner Persönlichkeiten, sondern der gesamten großen politischen Partei mit ihren zahlreichen Agitations- und Publikationsmitteln und sonstigen Einflüssen für sie eingesetzt. Nur eins wollen wir noch hervorheben: Wird die Frage des Achtstundentages in den Vordergrund der Oeffentlichkeit gesetzt, so konzentrieren sich dann von selbst die einzelnen, zerstreuten, jetzt nach der Art der Forderungen soweit auseinandergehenden, gewerkschaftlichen Kämpfe um die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit. Jetzt wissen die Leute bei einem Streik öfters nicht einmal, welchen von den vielen Mißständen sie am ehesten zu beseitigen, welche Forderung sie am besten in den Vordergrund zu setzen haben. Aber nunmehr wird die Frage des Achtstundentages, die das allgemeine Interesse erfaßt, sich selbstverständlich am ehesten in den einzelnen Kämpfen an den einzelnen Orten geltend machen. So bildet sich eine gewisse Regelung der Streikbewegung aus, ohne daß man diese unter eine künstliche Schablone zwängt.

Die günstige Wirkung auf die politische Bewegung braucht auch nicht mehr des weiteren begründet zu werden. Die politische und parlamentarische Thätigkeit der Partei leidet keine Einbuße. Es braucht auch nicht auf das Geringste verzichtet zu werden. Aber alles

bekommt eine ganz andere Tragweite, eine Schärfe, eine Bedeutung. Die Partei bekommt einen proletarischen Zusammenhalt, die Massen haben vor den Augen ein praktisches, greifbares proletarisches Ziel. Der Sinn der Maidemonstration tritt plastisch hervor. Kein Zweifel mehr an ihrer Bedeutung und ihrem Wert. Sie wird zu einer großartigen Kundgebung der begeisterten Massen. Und obendrein bekommt die Partei im Achtstundentag das Losungswort für die nächste Reichstagswahl. Dies thut sehr not, weil man doch nicht immer eine Militärvorlage zu bekämpfen hat. Die Partei wird in ihrem parlamentarischen Auftreten „positiv" und bleibt dabei durchweg sozialrevolutionär.

Und wenn es ein Mittel giebt, die indifferente Arbeitermasse für die Partei zu gewinnen, so ist es vor allem die Gewerkschaftsbewegung, so ist es der Kampf um den Achtstundentag. Auf diese Weise am leichtesten macht man die Fabrikarbeiter Rheinlands dem Zentrum abspenstig, denn parlamentarisch tritt auch das Zentrum als kleinbürgerliche Oppositionspartei auf, verwirft die Verbrauchssteuern, ist nicht so leicht für Militärvorlagen zu haben usw.

Auch die Landagitation bekommt dadurch einen anderen Charakter. Der Kleinbauer im Süden wird als Hausindustrieller gefaßt, der preußische Tagelöhner und Knecht als Proletarier. Den englischen Gewerkschaften gelang es schon mehrmals, das Landproletariat in größerem Umfange zu organisieren. Und das ist das Charakteristische: die gewerkschaftliche Bewegung unter den Landarbeitern schlägt rasch in eine politische um, weil sie nicht im stande sind, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß auf die Dauer aufrecht zu erhalten.

Und erfolgt der kapitalistische Zusammenbruch früher noch, als der Achtstundentag erreicht worden ist, so hat man gerade durch diese Thätigkeit das Klassenbewußtsein der Arbeiter und die Organisation der Arbeiterklasse am meisten gestärkt.

Dies ist, was wir über die Gewerkschaften und die deutsche Arbeiterbewegung zu sagen hatten. Damit sind die sich aus der Entwickelung des Weltmarktes ergebenden Aufgaben der Sozialdemokratie noch bei weitem nicht erschöpft. Einiges wird von uns in einem anderen Zusammenhange nächstens erörtert werden, anderes, wenn die Zeit zum Handeln gekommen sein wird.

Wir nähern uns einer stürmischen Zeit. Was wir verspüren, das ist der erste, leise Lufthauch nur. Sehen wir uns vor, daß wir einen Halt haben, wenn der wütende Orkan hereinbricht!

Erster Anhang.

Der Londoner sozialistische Arbeiterkongreß und der Achtstundentag.

Der Londoner Kongreß, der vom 27. Juli bis August 1896 tagte, fand in der Frage des Achtstundentages den Boden schon durch die früheren internationalen Kongresse vorbereitet. War es doch der Pariser Kongreß 1889, von dem die internationale Lösung des Achtstundentages ausging und der uns die Maifeier gab. Praktisch konnte man in London blos die Pariser Beschlüsse wiederholen. Dagegen nahm der Londoner Kongreß beim Verhandlungspunkt: „Die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse" Gelegenheit, seine Stellung besonders dem gewerkschaftlichen Kampfe gegenüber zu kennzeichnen.

Der Referent Molkenbuhr meinte: „Es sei eine der ersten Aufgaben der Arbeiter, sich in festen Gewerkschaften zu organisieren, um die zum Erlaß und zur Durchführung von Arbeiterschutzgesetzen nötige Macht zu erobern und durch eigene Kraft auch die Ueberwachung der Durchführung zu kontrolieren. — Seien heute auch die Pariser Beschlüsse nach wie vor das nächst zu erstrebende Ziel, in erster Linie der Achtstundentag, so müsse doch auch Stellung genommen werden gegen die Versuche der Bourgeoisie, durch die Hinterthür der Hausindustrie und des Schwitzsystems die Arbeiterschutzgesetze illusorisch zu machen. Ferner müsse die Arbeiterklasse überall dahin streben, alle die Gesetze und Schranken zu beseitigen, welche dem freien Koalitionsrecht der Arbeiter im Wege stehen."

Aus der in London zu diesem Punkt der Tagesordnung gefaßten Resolution teilen wir Folgendes mit, das sich speziell auf unseren Gegenstand bezieht:

„Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter ist unerläßlich um der wirtschaftlichen Uebermacht des Kapitals zu trotzen und so die Lage der Arbeiter in der Gegenwart zu verbessern. Ohne Gewerk-

schaften keine auskömmlichen Löhne und keine verkürzte Arbeitszeit. Durch diesen Kampf wird aber die Ausbeutung nur gelindert, nicht beseitigt. Die Ausbeutung der Arbeiter kann nur ein Ende nehmen, wenn die Gesellschaft selbst Besitz ergriffen hat von den Produktionsmitteln, einschließlich des Grund und Bodens und der Verkehrsmittel. Das hat zur unerläßlichen Voraussetzung ein System gesetzgeberischer Maßnahmen. Um diese vollkommen durchzuführen, muß die Arbeiterklasse die ausschlaggebende politische Macht sein. Sie wird aber zur politischen Macht nur in dem Maße, wie sie organisiert ist. Die Gewerkschaften machen die Arbeiterklasse schon deshalb zur politischen Macht, weil sie die Arbeiter organisieren. Die Organisation der Arbeiterklasse ist unvollständig und unzureichend, wenn sie nur politisch ist.

Aber der gewerkschaftliche Kampf erfordert auch die politische Bethätigung der Arbeiterklasse. Was die Arbeiter im freien Kampf gegen die Ausbeuter erringen, müssen sie oft erst als politische Macht gesetzgeberisch festlegen, um es zu sichern. In anderen Fällen macht die gesetzgeberische Errungenschaft den gewerkschaftlichen Konflikt überflüssig.

Ein internationales Zusammenwirken der Arbeiterklasse in bezug auf den gewerkschaftlichen Kampf, wie besonders auch in bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung, wird desto mehr zur Notwendigkeit, je mehr der wirtschaftliche Zusammenhang des kapitalistischen Weltmarktes und damit zugleich die Konflikte der nationalen Industrien sich entwickeln.

Für die nächste Zeit ist ein internationales Vorgehen des Proletariats nach folgenden Richtungen notwendig:

1. Abschaffung der Zölle, Verbrauchssteuern und Ausfuhrprämien:
2. Durchführung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung.

Indem der Kongreß in letzter Beziehung die Beschlüsse des Pariser Kongresses*) wiederholt, empfiehlt er, die nächste Agitation hauptsächlich zu konzentrieren auf:

a) den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstag zu erringen;
b) das Schwitzsystem zu beseitigen und für die Arbeiter der Hausindustrie einen wirksamen Arbeiterschutz zu schaffen;
c) ein vollständiges freies Vereins- und Versammlungsrecht für beide Geschlechter herbeizuführen.

*) Die Pariser Beschlüsse fordern eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung, in welcher folgende Forderungen zum Gesetz erhoben werden sollen:

1. Der achtstündige Normalarbeitstag;
2. Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen, von 14 bis 18 Jahren, auf 6 Stunden täglich;
3. Verbot der Nachtarbeit, mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;

Um dieses durchzuführen, ist ein Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und politischen Bethätigung notwendig.

Deshalb erklärt der Kongreß, anschließend an die gleichen Beschlüsse des Brüsseler und Züricher Kongresses, die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften für ein dringendes Erfordernis am Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse und betrachtet es als Pflicht aller Arbeiter, welche die Befreiung der Arbeit von dem Joch des Kapitalismus anstreben, der für ihren Beruf bestehenden Gewerkschaft anzugehören.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sollen, um eine wirksame Aktion zu ermöglichen, sich in Verbänden, die sich auf das ganze Land erstrecken, zusammenthun und ist jede Zersplitterung der Kräfte in Sonderorganisationen zu verwerfen. Die politische Anschauung darf keinen trennenden Grund im wirtschaftlichen Kampfe bilden, es ist aber eine aus dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes sich ergebende Pflicht der Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder zu Sozialdemokraten heranzubilden. Es muß als eine Pflicht der Gewerkschaften angesehen werden, die im Beruf beschäftigten Frauen als Mitglieder aufzunehmen und gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung für Männer und Frauen anzustreben.

Neben dem Kampf für besseren Lohn und Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften die Ausführung der Arbeiterschutzgesetze zu überwachen, die Beseitigung gesundheitsschädlicher Betriebsformen, des Schwitz- und Trucksystems zu erstreben.

Der Kongreß hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben.

Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung des Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt.

---

4. Ausschluß der Frauenarbeit in allen den weiblichen Organismus besonders schädigenden Betrieben;
5. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren;
6. Eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit pro Woche;
7. Verbot solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädigend sind;
8. Aufhebung des Trucksystems;
9. Eine alle Betriebe, einschließlich der Hausindustrie umfassende Inspektion durch staatlich besoldete Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

Um eine einheitliche internationale gewerkschaftliche Aktion zu ermöglichen, ist in jedem Lande ein gewerkschaftliches Zentralkomitee einzusetzen. Diese Komitees sollen nach Möglichkeit Statistiken über den Arbeitsmarkt führen und diese sowie die regelmäßigen Berichte gegenseitig austauschen und alle im Lande vorkommenden wichtigen Vorgänge gegenseitig melden.

Besonders wird den Gewerkschaften aller Länder zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß vom Auslande kommende Arbeiter Mitglieder der Landesorganisation werden und daß diese Arbeiter nicht zu geringeren Löhnen arbeiten als die einheimischen.

Bei Streiks, Lockouts und Boykotts sind die Gewerkschaften aller Länder verpflichtet, sich gegenseitig nach Kräften zu unterstützen.

1. Was brachte uns der Gothaer Parteitag?

Werfen wir zunächst einen Blick auf den allgemeinen Verlauf des Parteitages.

Es läßt sich nicht bestreiten, der Parteitag hat in seinen Beschlüssen nicht viel zu Tage gefördert, was praktisch verwertbar wäre. Das lag zum Teil an den Verhandlungsgegenständen selbst, aber nur zum Teil, denn der Parteitag hat auch reichlich Gelegenheit gehabt, weitgreifende praktische Maßnahmen zu bestimmen.

Daß hinsichtlich der Parteipresse sich viel sagen, aber sehr wenig von oben herab, von einem Zentralpunkt aus, machen läßt, ist eine längst gemachte Erfahrung. Aber damit eine Besserung stattfinde, ist eine kritische Beleuchtung der bestehenden Zustände notwendig. Von diesem Gesichtspunkt aus war die ja äußerlich sehr unerquickliche Debatte über die Parteipresse, resp. den „Vorwärts" zu begrüßen. Wir haben über unser Zentral-Organ unsere Meinung klar und entschieden geäußert. Wir sagten im Kapitel über die Parteipresse: „Das Zentralorgan darf nicht einfach das Sammelbecken sein, nach dem alles zusammenfließt und aus dem sich jeder nimmt, was ihm behagt. Nicht nur, daß das Zentralorgan eine entschiedene und prinzipielle Stellung einzunehmen hat, sondern vor allem ist es seine Pflicht, im Falle eines Meinungsstreites in der Partei die Sache ruhig, aber selbstständig und am meisten eingehend zu behandeln. Das Zentralblatt muß das leitende Blatt in der Partei sein". Es gereicht uns zur Genugthuung, das auf dem Parteitag das Gleiche, unter Zustimmung des Parteitages, von Berufeneren in einer noch viel schärferen Form gesagt worden war. Auch die Forderung, der „Vorwärts" möge sich, außer dem Parlamentarischen und Politischen, mehr um die wirtschaftlichen Vorgänge resp. die wirtschaftliche Entwickelung kümmern, fand Anerkennung in dem Beschluß,

Bibliothek der Arbeiterkammer für Wien

eine wissenschaftliche, volkswirtschaftliche Wochenbeilage des „Vorwärts" zu schaffen. Obwohl die Presse nicht, wie wir es vorschlugen, als selbständiger Punkt auf die Tagesordnung kam, ist aber doch der Sache nach unseren Wünschen in einem bedeutenden Teil entsprochen worden.

Bei der Frage der parlamentarischen Thätigkeit sind viele Anregungen gemacht worden. Dieses Gebiet ist so unermeßlich, daß es sich nie gänzlich abweiden läßt. Angenommen als Parteitagsbeschluß wurde einzig der zuerst von der „Sächs. Arbeiter-Zeitung" aufgestellte Antrag, eine amtliche Reichsenquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn zu veranlassen.

Bei der Maifeier wurde betont, daß man, der besseren Geschäftslage entsprechend, zu einem mehr entschiedenen Vorgehen entschlossen sei.

Die Berichterstattung über den Londoner Kongreß wurde zu einer Demonstration für das internationale Zusammengehen des Proletariats und erfüllte insofern ihren Zweck.

Die Behandlung der Organisationsfrage war — wir sagen es rund heraus — ziemlich matt. Zu beschließen gab es hier nichts, es war nur die einfache Thatsache zu konstatieren. So kam es, daß es bei der Frage der Organisation keine Debatte über die Organisation geben konnte. Freilich war noch die Köllerei da. Aber der abgedankte Köller allein konnte doch unmöglich einen besonderen Verhandlungsgegenstand bilden. Der Protest gegen die Auflösung verschwindet auch in der langen Resolution und hinter dem Beschluß, alles beim alten zu lassen.

Anders wäre es, wenn man die Koalitionsfreiheit auf die Tagesordnung gesetzt hätte. Da käme neben der Auflösung des Parteivorstandes noch sehr vieles andere zur Sprache — die höchst kennzeichnenden Maßnahmen z. B. gegenüber dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß, die besonders durch die Streiks des Frühjahrs gezeitigt wurden, sind auf dem Parteitage mit keinem Wort erwähnt worden — neben der politischen wäre die gewerkschaftliche Bedeutung der Koalitionsfreiheit hervorgehoben, und das Ganze würde sich zu einer imposanten Demonstration für das freie Vereinigungs- und Versammlungsrecht herausgebildet haben. Man sage nur nicht, so was hatten wir ja schon. Denn es kommt in der Politik nicht darauf an, etwas „Neues" auszuklügeln, sondern darauf, den richtigen Moment zu erfassen, die Situation auszunützen. Man muß sich wiederholen, sintemalen man nichts auf einmal erreichen kann. Die Sozialdemokratie wiederholt sich jeden Tag, seitdem sie besteht. Man vergesse nicht, daß alles, was auf dem Forum des Parteitages gesagt wird, vor allem agitatorisch wirkt und auf die breiteste Oeffentlichkeit einen Eindruck macht.

Wir wollten zwei Kardinalfragen der Arbeiterschutzgesetzgebung: den Achtstundentag und die Hausindustrie auf die Tagesordnung setzen. Der Parteitag faßte die Sache allgemeiner und beschäftigte sich mit dem Arbeiterschutz überhaupt. Um so bedauerlicher ist es, daß er in dieser Beziehung einen Beschluß gefaßt hat, der soviel besagt, als: „Es bleibt alles beim alten. Wir haben nichts mehr zu sagen!"

Nicht um unsere allgemeine Stellung zum Arbeiterschutz handelte es sich, sondern darum, welche Maßregeln zu ergreifen sind, um in der nächsten Zeit den Arbeiterschutz noch intensiver als bisher zu fördern. Es war zu erwarten, daß der Parteitag bestimmte praktische Forderungen aufstellen und bestimmte Agitationsmaßnahmen beschließen werde. Stoff dazu gab es genug.

Da haben z. B. die Schneider sich dieses Jahr (1896) besonders viel mit dem Schutz der Hausindustrie beschäftigt. Sie haben auf ihrem Kongreß in Berlin, dann auf dem internationalen Kongreß die Sache eingehend behandelt. Sie haben ein spezifiziertes gesetzgeberisches Programm aufgestellt. Der Schutz der Hausindustrie greift aber weit über die Interessen eines einzelnen Berufes hinaus. Warum ist nun dieses von den Schneidern ausgearbeitete eingehende Arbeiterschutzprogramm nicht auf dem Parteitag zur Verhandlung gekommen? Es hätte zweifellos viel mehr agitatorisch gewirkt, als die pathetische allgemeine Erklärung: Wir werden den Arbeiterschutz erstreben, „solange wir leben"!

Bei dieser Gelegenheit würde man auch mehr die diesjährige sehr bemerkenswerte Bewegung der Konfektionsarbeiter berücksichtigt haben. So aber wurde sie kaum erwähnt und auch das — als abschreckendes Beispiel! Gewiß, auch diese Bewegung hatte bereits ihren Katzenjammer, und die erreichten praktischen Erfolge sehen sehr windig aus, — aber wie groß war doch der agitatorische Wert dieser Bewegung! Wenn es in diesem Jahre eine gewerkschaftliche Bewegung gab, die in ihrer sozialen Bedeutung weit über die Grenzen des einzelnen Berufes hinausgegriffen und in einer scharfen Weise die Klassengegensätze der bürgerlichen Gesellschaft zum öffentlichen Ausdruck gebracht hat, so war es die Bewegung der Konfektionsarbeiter. Von diesem Gesichtspunkt war die Sache darzustellen und nicht wie jetzt: „Da seht ihr's! Nehmt euch eine Lehre dran. Seid nicht vorwitzig!"

Auch wäre es gut, wenn die vom Genossen Bömelburg gemachten Anregungen bezüglich Unfallverhütung nicht bloß „mit Beifall" aufgenommen worden wären, sondern zu praktischen Beschlüssen geführt hätten.

Die Hauptsache aber war und bleibt die Agitation für den Achtstundentag.

Was in dieser Beziehung der Parteitag nicht gethan hat, obwohl er es thun konnte, bildet ein großes Kapitel für sich. Wir werden deshalb diesem Gegenstand eine besondere Erörterung widmen. Für diesmal aber wollen wir umgekehrt hervorheben, was der Parteitag inbezug auf die Agitation für den Achtstundentag gethan hat.

Zunächst wollen wir konstatieren:

1. Eine derartige lebhafte und allgemeine Diskussion der Erringung des Achtstundentages, wie in den letzten Wochen vor dem Gothaer Parteitag, hatte die Parteipresse bis jetzt nicht aufzuweisen.

2. Noch nie hat sich ein Parteitag in Deutschland so speziell und eingehend mit dem Achtstundentag beschäftigt, wie dieser.

Diese Thatsachen allein wiederlegen die Behauptung, es sei bis jetzt schon „alles" zur Agitation für den Achtstundentag geschehen, sie zeigen vielmehr, wie wenig noch bis jetzt in dieser Beziehung gethan wurde.

Und nun der Parteitag! Man weiß, daß man mit einem ziemlichen Unwillen der Idee begegnet war, die Frage des industriellen Aufschwungs und in Verbindung damit die Agitation für den Achtstundentag auf die Tagesordnung zu bringen. Daß die Tagesordnung dennoch in diesem Sinne geändert wurde, war die erste für unseren Zweck agitatorisch wertvolle Leistung des Parteitages.

Wie wenig „künstliche Mache" hinter dieser Agitation steckt, zeigte der Umstand, daß der Referent sich erst aus der Versammlung melden mußte. Und siehe: nachher hatte dieser Gegenstand sogar mehr als einen Referenten, denn fast sämtliche Referenten zu den verschiedensten Gegenständen des Parteitages sahen sich veranlaßt, auf die Fragen des industriellen Aufschwungs resp. des Achtstundentages Bezug zu nehmen. Thätsächlich zieht sich die Rücksichtnahme auf die sog. „Parvusschen Vorschläge" wie ein roter Faden durch die Verhandlungen des Parteitags.

Den Anfang machte schon der Bericht der Parteileitung, von dem ein sehr beträchtlicher Teil der Erörterung dieses Gegenstandes gewidmet war. Beim parlamentarischen Bericht war, wie schon erwähnt, der Antrag bezüglich der Enquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn angenommen, wodurch die statistische Grundlage zur Einführung des Normalarbeitstages geschaffen werden soll. Daß bei der Maifeier die „günstige Konjunktur" und die Verkürzung der Arbeitszeit berücksichtigt wurden, ist selbstverständlich. Aber auch bei dem „Bericht über den Londoner Kongreß" nahm Bebel in interessanter Weise auf die jetzige Entwickelung des Weltmarktes Bezug. Eine Stelle aus seiner Rede, die sich auf die gewerkschaftliche Bewegung bezieht, wollen wir hier noch besonders hervorheben. „Noch einmal will ich es hier aussprechen: Die gewerkschaftliche Organisation ist eine absolute Not-

wendigkeit für die Arbeiterbewegung! Ueber das Maß der Aufgaben, die der Gewerkschaftsbewegung zufallen, mag man streiten, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir die Gewerkschaften mit allen Mitteln auszubauen haben, daß jeder Arbeiter die bestimmte Verpflichtung hat, einer Organisation beizutreten." Diese Stellung hat zwar Bebel im Prinzip stets eingenommen, aber da er es für notwendig hielt, das in diesem Augenblick „noch einmal" zu konstatieren, so wollen wir es uns noch einmal notieren. Daß die Debatte über den Arbeiterschutz selbst, trotz des abweichenden Verhaltens der Majorität zu den gestellten Anträgen, eine agitatorische Wirkung haben wird, ist zweifellos.

Zusammenfassend können wir sagen: Der Parteitag hat den an ihn gestellten Forderungen nicht in erwünschtem Maße entsprochen, aber wir haben unser Ziel erreicht! Denn gerade durch die Verhandlungen des Parteitags ist die Frage der Ausnützung des industriellen Aufschwungs zur Erringung des Achtstundentages in die breiteste Oeffentlichkeit gebracht worden. Und was die Zeitungsberichte noch nicht gethan, das wird die Verbreitung der Parteitagsprotokolle besorgen.

Solange der Parteitag noch vor uns war, bildete er den naturgemäßen Gipfelpunkt, auf dem sich die Agitation zu konzentrieren hatte. Nun wir ihn hinter uns haben, müssen wir uns andere Ziele stecken. Da sind die bald beginnenden Reichstagsverhandlungen, besonders die Etatsberatung, da ist ferner die für den Frühling zu erwartende Streikbewegung.

Nun wollen wir aber sehen, welche Gründe der Parteitag hatte, um unsere Agitationsvorschläge abzulehnen.

2. Der Ausschuß für Arbeiterschutzgesetzgebung.*)

Die Einwände, welche gegen unsere Vorschläge gemacht werden, bestehen schon in ihrer Grundlage aus zwei einander widersprechenden Teilen, die sich gegenseitig aufheben.

Einmal wird so argumentiert: „Ein industrieller Aufschwung ist allerdings vorhanden. Aber wie lange er anhalten wird, wissen wir nicht. Schon machen sich die Anzeigen eines Niederganges bemerkbar. Die Textilindustrie liege bereits darnieder. Sollen wir uns nun unter solchen Umständen für diese weitgreifenden Pläne engagieren? Können wir dieses Risiko und diese Verantwortung auf uns nehmen? Wir sollen einen großen Anlauf zur Erringung des Achtstundentages machen — und da ist auch schon die Krise vor der Thür! Wir

*) Ein solcher ist vom 5. und 6. sächsischen Wahlkreis, in Anschluß an die Achtstundenagitation, dem Parteitag vorgeschlagen worden.

dürfen uns nicht überstürzen! Bleiben wir bei unserer ruhigen, überlegenden und bewährten alten Taktik und verwerfen wir diese von einigen Heißspornen ausgeheckten Neuerungen!"

Sofort aber kehrt man dieser Beweisführung, die in der Frage des industriellen Aufschwungs gipfelt, den Rücken zu und erklärt: „Was ist denn „Neues" an diesen Vorschlägen? Das alles haben wir doch schon längst gethan. Die Agitation für den Achtstundentag ist ja im besten Flusse. Bleibt nichts mehr zu thun übrig. Was kommt man uns da mit der Besserwisserei? Wir kennen das alles schon längst aus dem ff. Verwerfen wir die Vorschläge, weil ja, was gefordert, auch so gethan wird."

Unsere Vorschläge sollen gefährliche Neuerungen sein und sie sollen gar keine Neuerungen sein, sondern altbekannte, triviale Sachen! Glaubt ihr, unsere Vorschläge bringen nicht Neues, dann wozu der Lärm? Und schlagt ihr Lärm, warum erklärt ihr dann andererseits, daß es sich um nichts und wieder nichts handle?

Wenn es bloß die Unsicherheit der wirtschaftlichen Situation ist, welche von einer Erweiterung und Intensifizierung der Achtstunden-Agitation zurückhält, dann ist es die Hauptsache, sich von der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwickelung möglichst genaue Rechenschaft zu geben. Wenn man aber glaubt, daß auch jetzt schon alles geschehe, was nur geschehen könnte, daß eine Erweiterung der Agitation gar nicht mehr denkbar sei dann hat ja auch die wirtschaftliche Situation nichts mehr damit zu thun. Denn was nützt es, ob Aufschwung oder Depression, wenn die Agitationsmittel bereits sämtlich erschöpft sind? Dann ist die Geschichte ein für allemal abgethan!

Deshalb wollen wir vor allem untersuchen, inwiefern die dem Parteitag gemachten Vorschläge thatsächlich eine Erweiterung und Verschärfung der Agitation gegenüber dem bisherigen Zustand darstellen, und wir wollen sehen, was gegen sie im einzelnen vorgebracht wurde.

Es ist vorgeschlagen worden, einen ständigen Ausschuß für Arbeiterschutzgesetzgebung zu wählen. Warum wurde dieser Vorschlag vom Parteitag verworfen? Genosse Wurm meinte:

„Der verlangte ständige Ausschuß der Fraktion für Arbeiterschutzgesetzgebung ist in der allein möglichen Form bereits vorhanden. Bereits jetzt tritt in der Fraktion eine Teilung der Arbeit ein. Sobald wir unsere Thätigkeit beginnen, verteilen wir den Arbeitsstoff unter uns und wählen, wenn es nötig wird, Unterabteilungen. Haben wir juristische Angelegenheiten vor uns, so wenden wir uns an unsere Juristen; beschäftigen wir uns mit Arbeiterschutzfragen, so wählen wir eine Unterkommission, die das Material sammelt und die Arbeit vorbereitet. Das wird auch in Zukunft geschehen."

Das beweist aber nur, daß das Bedürfnis nach einer derartigen Einrichtung vorhanden ist, daß sie kein phanthastischer Plan ist, sondern sich aus den Erfordernissen der praktischen Thätigkeit ergiebt, ja, nur das ausdrückt, wozu die Entwickelung von selbst treibt. Aber mit der Art, wie die Sache jetzt gemacht wird, können wir uns doch nicht zufrieden geben. Denn daß von Fall zu Fall „Unterabteilungen" gebildet werden, genügt nicht. „Beschäftigen wir uns mit Arbeiterschutzfragen, so wählen wir eine Unterkommission". Kann es denn aber eine Reichstagssession geben, in der sich die Sozialdemokratie mit Arbeiterschutzfragen nicht beschäftigt? Das darf nicht der Fall sein, und schon deshalb muß dem Ausschuß sein zufälliger Charakter genommen werden.

Dann aber ist es erforderlich, daß dieser „Ausschluß" nicht als interne Sache der Fraktion aufgefaßt werde. Er hat vor die Oeffentlichkeit zu treten — es muß allgemein bekannt sein, daß es eine bestimmte Körperschaft giebt, welche die Vertretung der Arbeiterschutzgesetzgebung sich zur speziellen Aufgabe gemacht hat, an die man sich also zu wenden hat und die man an bestimmter Stelle zu treffen weiß. Damit zugleich muß die „Unterabteilung" aus ihrer passiven Rolle heraustreten. Sie braucht nicht zu warten, bis ihr die Fraktion Material zuweist, sie hat selbst für die Beschaffung des Materials zu sorgen. Der Ausschuß muß eine weitgehende Initative entwickeln

Wie wird denn aber jetzt überhaupt das Material für die Behandlung der Arbeiterschutzgesetzgebung im Reichstage verschafft? Es sind einzelne Personen und einzelne Organisationen, die sich damit abgeben, rein zufällig, planlos, ohne Zusammenhang miteinander. Es sind die Nachrichten, die in die Presse gelangen, meistens spontan ohne Einwirkung eines zielbewußten Willens. Offenbar ist das nur der geringste Teil von dem, was, wenn man in die Sache mehr Organisation hineinbringt, geleistet werden könnte.

Die Grundlage für die Beschaffung des parlamentarisch verwertbaren Stoffes — wir sprechen noch immer von der Arbeiterschutzgesetzgebung überhaupt — haben die Gewerkschaften zu bilden. Sie haben die Kenntnisse, die Mittel, den nötigen inneren Zusammenhang mit den Vorgängen des einzelnen Berufes. Aber die parlamentarische Verwertung selbst des auf diese Weise angesammelten Materials sollte eben Sache des erwähnten Ausschusses sein.

Die Resolution des 5. und 6. sächsischen Wahlkreises hat die Aufgaben des Ausschusses, sieht man noch vorläufig von dem Achtstundentag ab, so zusammengefaßt:

„Der Ausschuß für Arbeiterschutzgesetzgebung hat für die Ausarbeitung und Einbringung der einschlägigen gesetzgeberischen Anträge im Reichstag, sowie, im Einverständnis mit den respektiven Spezialvertretungen, in den

Landtagen und in den Stadtverwaltungen, zu sorgen. — Der Ausschuß veröffentlicht Broschüren, Flugblätter und bedient sich des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, um durch Artikel und Notizen die Erörterung der einschlägigen Fragen zu fördern und der Parteipresse Agitationsmaterial zu verschaffen. Besonders ist auf die Verarbeitung des bereits vorhandenen Materials über Arbeitszeit, Lohn, Hausindustrie und die sonstigen Arbeiterverhältnisse in Deutschland zu achten und die periodische amtliche Statistik zu verfolgen. Auch sind die Ergebnisse der ausländischen Veröffentlichungen über Arbeitsverhältnisse, gewerkschaftlichen Kampf und sozialpolitische Maßnahmen der Parteipresse zugänglich zu machen. — Der Ausschuß hat sich durch Vermittelung der Gewerkschaften und der Parteipresse Material über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze und die Fabrikinspektion resp. die Zustände in den Fabriken und Werkstätten zu verschaffen, dieses Material zu sichten, zu revidieren und parlamentarisch zu verwerten.“

Nun meint aber Genosse Wurm: „Ja, das — das sei schon wiederum zu viel. Das könne die jetzige „Unterabteilung“ der Fraktion nicht mehr bewältigen.“ Also! Das beweist aber doch nur, daß es mit der „Unterabteilung“ noch nicht gethan ist, das also der projektierte Ausschuß gerade am Platze wäre! „Nein,“ sagt wiederum Genosse Wurm, „geht nicht — das wäre das reinste „Arbeitersekretariat“ in der Art des schweizerischen, und so weit sind wir noch nicht.“ Der Vergleich stimmt nicht ganz. So nimmt z. B. das schweizerische Arbeitersekretariat selbständige Statistiken auf — was das bedeutet, weiß man, — während in der erwähnten Resolution bloß die Verarbeitung des vorhandenen Materials vorgesehen ist. Viel besser würde, was den Thätigkeitsbereich anbetrifft, ein Vergleich stimmen mit dem, wenn wir nicht irren, aus fünf Personen bestenden parlamentarischen Komitee der englischen Trade Unions. Dieses Komitee besteht zwar nicht aus Abgeordneten, hat aber die ausgesprochene Aufgabe, die Interessen des Arbeiterschutzes im Parlament zur Geltung zu bringen. Desto mehr kann sich die deutsche Sozialdemokratie, die ja ihre 48 Mann zum Reichstag stellt, ähnliches leisten.

Das ist überhaupt eine sonderbare Argumentation: den Ausschuß deshalb als unnötig zu verwerfen, weil er mit Arbeit geradezu überlastet sein würde! Das ist doch ein Beweis für, nicht gegen den Ausschuß! Wenn es Arbeit giebt, so muß sie geleistet werden! Wenn es Aufgaben giebt, so müssen sie erfüllt werden!

Wenn je etwas durch sich selbst widerlegt war, so gilt das für die Einwände, welche auf dem Parteitag gegen den Vorschlag eines Ausschusses für Arbeiterschutzgesetzgebung gemacht wurden. Sie haben es erst recht bewiesen, daß dieser Ausschuß geradezu unentbehrlich ist. Und dabei haben wir die spezielle Frage der Achtstundenagitation noch gar nicht einmal berücksichtigt.

3. Die Agitation für den Achtstundentag im Einzelnen.

Die einzelnen Vorschläge zur Agitation für den Achtstundentag hatten zu ihrem Angelpunkt den Ausschuß für Arbeiterschutzgesetzgebung. Dieser hatte zunächst die Bedeutung eines Zentralisationspunktes, weniger in dem Sinne, daß alles von ihm ausgehen sollte, als vielmehr daß alles nach ihm zusammenlaufen, in ihm sich zu vereinigen hatte, um so zu einem konzentrierten und allgemeinen Ausdruck zu gelangen.

Es wird zweifellos auch jetzt für die Verkürzung der Arbeitszeit resp. für den Achtstundentag agitiert. Aber einen allgemeinen Ausdruck findet diese Agitation nur in der Maifeier. Und daß die Maifeier in Deutschland bis jetzt keineswegs den gehegten Erwartungen entsprochen hat, das gerade ist das beste Anzeichen dafür, daß die Agitation für den Achtstundentag sich bis jetzt nicht in gewünschtem Grade hat entfalten können. Die Maifeier selbst büßte deshalb mit der Zeit ihren Charakter als Demonstration für den Achtstundentag immer mehr ein, um zu einem allgemeinen Verbrüderungsfest zu werden.

Außerhalb der Maifeier aber wird für den Achtstundentag nur vereinzelt, gelegentlich und sporadisch agitiert. Die erste Aufgabe ist also, diese zersplitterten und lokalen Kämpfe in Eins zu vereinigen, um ihren allgemeinen Inhalt zum Ausdruck zu bringen. Die Rede, die in einer Versammlung gehalten wird, die Zeitungsnotiz, der gelegentliche Artikel thun ihre Wirkung auf einen Augenblick, und dann verläuft sich wieder alles. Vor allem aber bleibt die Wirkung örtlich und politisch beschränkt. Bestände nun ein Ausschuß, wie er geplant wurde, der als parlamentarisches und allgemein politisches Organ der Achtstundenbewegung zu betrachten wäre, so würden dadurch von selbst die einzelnen Agitationen nur als untergeordnete Glieder eines gemeinsamen Ganzen erscheinen, jede einzelne Wirkung würde sich an die anderen anreihen, und was jetzt im allgemeinen Strudel verloren geht, würde dann organisch zusammenhängen. Es kommt eben darauf an, das zerstreute Licht der Agitation in einem Brennpunkt zu sammeln, um so eine konzentrierte Wirkung zu erreichen.

Der Ausschuß sollte sich freilich damit nicht begnügen, sondern er sollte auch selbst Initiative entwickeln. Und läßt sich denn leugnen, daß die Agitation erweitert und verschärft wird, wenn eine Stelle vorhanden ist, von der aus dafür gesorgt wird, Organisation in die Sache hineinzubringen, von der aus sie aufmerksam verfolgt und kontrolliert wird, und die agitatorische Kräfte sowie Agitationsstoff zu verschaffen sucht?! Genosse Wurm meinte nun: „Woher soll denn der Ausschuß **mehr** rednerische Kräfte nehmen, als schon jetzt in der Agi-

tation thätig sind?" Es fiel uns aber auch gar nicht ein, dem Ausschuß die Last aufzubürden, neue rednerische Kräfte zu zeugen. Auf die Disposition, die Verteilung, die Anordnung kommt es an. Es kommt darauf an, daß die vorhandenen Kräfte, die jetzt über alles mögliche reden, sich mehr der eigentlichen Achtstundenbewegung zuwenden. Der Ausschuß hätte nicht dafür zu sorgen, daß Referenten überhaupt nach allen Richtungen der Windrose hinausfahren — dazu ist ja die Parteileitung da —, sondern seine Aufgabe wäre, Referenten über die in das Gebiet der Achtstundenbewegung hineingehörenden Themata zu stellen, und seine Aufgabe wäre, in die ganze Agitation System, Ordnung hineinzubringen. Und so würde er sich auch bei der schriftlichen Agitation nicht darauf verlegen, neue Talente zu entdecken, sondern darauf, die für die Achtstundenagitation geeigneten Stoffe in Bearbeitung zu nehmen! Sorgt jetzt jemand dafür? Wo ist unsere Agitationslitteratur für den Achtstundentag? Ueber einen kurzen, aber kostspieligen Anlauf, eine derartige Litteratur auf internationalem Wege zu schaffen, ist man nicht hinausgekommen.

Der Ausschuß sollte das Herz der Achtstundenagitation abgeben, von dem aus der Pulsschlag kommt und nach dem wieder alles Blut zusammenfließt.

Nun zu den anderen Vorschlägen.

Es ist vom Parteitag prinzipiell die Erklärung gefordert worden, er halte „den Zeitpunkt für geeignet, um eine allgemeine Agitation für den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstag zu eröffnen." Der Zweck sollte wiederum sein, die Agitation zu verallgemeinern, ihr einen grundsätzlichen Charakter zu geben. Zweifellos würde diese Erklärung so aufgefaßt werden, daß der Parteitag dadurch die Parole ausgiebt, es würde wie ein Trompetenstoß wirken, der die Schlacht eröffnet, — und ist das erreicht, so wird alles, was nachher geschieht, von der Oeffentlichkeit sofort damit in Zusammenhang gebracht, und wenn es auch die gewöhnlichsten Dinge sein sollten, die man aber sonst nicht bemerkt hätte. Und dann würde dieser Zuruf selbstverständlich auch auf die Arbeitermassen nicht ohne Wirkung bleiben. In diesem Sinne ist auch der Hinweis auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu verstehen. Es ist beantragt worden, im einzelnen zu beschließen:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Gesetzentwurf bezüglich Einführung des Achtstundentages möglichst schon zu Beginn der Wintersession im Reichstage einzubringen. Zugleich sollen besondere Anträge gestellt werden um Einführung des Achtstundentages in der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung, bei den Reichs-Eisenbahnen, auf den Marinewerften, in der Reichsdruckerei, in sämtlichen Militärwerkstätten. Ferner soll beantragt werden, daß die Militär-Verwaltung und alle anderen unter Kontrolle des Reiches stehenden Betriebsverwal-

tungen nur mit solchen Unternehmern Geschäftsverträge abzuschließen haben, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewähren.

Desgleichen sollen in allen Landtagen, in denen es eine sozialdemokratische Vertretung giebt, Anträge gestellt werden auf Einführung des Achtstundentages in den Staatsbetrieben und in den mit dem Staat in geschäftlicher Verbindung stehenden Privatunternehmungen. Besonders sollen dabei die Eisenbahnarbeiter berücksichtigt werden. Aehnliche Anträge sollen in den Staatsverwaltungs-Körperschaften resp. Gemeinderäten eingebracht werden.

Es soll mit aller Energie die gewerkschaftliche Organisation der Gemeinde- und Staatsbetriebe erstrebt werden.

Im Falle der Auflösung des Reichstags soll der gesetzliche achtstündige Normalarbeitstag zur Losung für die kommenden Reichstagswahlen gemacht werden.

Der Parteitag empfiehlt, bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern die Reduktion der Arbeitszeit besonders zu berücksichtigen und sie bei allen Streiks unter die Arbeiterforderungen mit aufzunehmen."

Man könnte fast glauben, daß man mit all diesen Vorschlägen offene Thüren einrennt — allein es genügt, das Referat über Arbeiterschutz durchzulesen, um sich vom Gegenteil zu überzeugen.

Bezüglich des Gesetzentwurfs verwies Genosse Wurm auf den 1895 gestellten Antrag und meinte: „Darauf wird man sich wohl nicht steifen wollen, daß gerade wir den Gesetzentwurf einbringen. Für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs ist die Regierung da." Dem stimmen wir aber keineswegs zu, wir „versteifen" uns ganz gehörig darauf, daß „gerade wir" den Gesetzentwurf ausarbeiten, denn wir trauen es der Regierung nicht zu, daß sie einen Gesetzentwurf im sozialdemokratischen Sinne ausarbeiten wird, und wir sind auch nicht der Meinung, daß die „Regierung" dazu da ist, Gesetzentwürfe auszuarbeiten, sondern wir glauben: je weniger sie das thut, desto besser!

Gerade weil es solange dauert, bis Anträge zur Verhandlung kommen, dürfen wir dem Reichstag nichts schenken, sondern, wenn schon, dann gleich mit einem Gesetzentwurf kommen, bei dem eine dreimalige Lesung unumgänglich ist. Blinde Anträge, wie der Antrag der Fraktion vom November 1895, haben höchstens den Wert einer Interpellation. Das kann man aber auch auf anderem Wege machen.

Betreffs der spezifizierten Achtstundentags-Anträge meinte Wurm: „Wir brauchen auch nicht für die Staatswerkstätten den Achstundentag besonders zu verlangen, wenn wir seine allgemeine Einführung fordern." Das ist eine eigenartige Argumentation! Wollen wir uns vielleicht an den Debatten über die einzelnen Steuern, Steuererhöhungen ꝛc. nicht beteiligen, weil wir ein für allemal die Beseitigung der Verbrauchssteuern fordern, ja für die Beseitigung des ganzen

kapitalistischen Steuersystems im allgemeinen eintreten?!! Wir dürfen uns keine Agitationsgelegenheit entgehen lassen, wir müssen ihrer so viele schaffen, als nur irgendwie möglich! Andererseits aber kommt es darauf an, beim Etat nicht bloß darauf zu verweisen, daß die Staatsbetriebe „Musterbetriebe" sein sollen, sondern direkt, in jedem einzelnen Fall die Frage des Achtstundentages aufs Tapet zu bringen. Es sind zwar stets die einzelnen Mißstände der Staatsbetriebe erörtert worden, doch hat bis jetzt die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit dabei die geringste Rolle gespielt. Und daß man auch die Herren Lieferanten mehr aufs Korn nehmen könnte, wird niemand bestreiten wollen.

Und ist denn in den Landtagen und Gemeinderäten nicht noch eine höchst inhaltsreiche Agitation mit der Forderung des Achtstundentages zu entfalten? Es ist unmöglich, diese einzelnen, äußerst manigfaltigen Verhältnisse an dieser Stelle zu erörtern, — aber wir werden noch öfters Gelegenheit haben, uns mit diesen Dingen zu beschäftigen. Für den vorliegenden Zweck genügt es, zu konstatieren: es ist hier noch ein immenses und fruchtbares Feld zu beackern!

Daß bei Streiks die Verkürzung der Arbeitszeit berücksichtigt werden soll, dies mußte, obwohl es ja auch von selbst geschieht, hervorgehoben werden, da nun einmal von einer allgemeinen Agitation die Rede ist.

Und schließlich der Achtstundentag als Wahlparole! Ein direkter Einwand, der gegen die Aufstellung dieser Parole spricht, ist nur, daß wir auf diese Weise die „Landbevölkerung" nicht gewinnen. Nun, bei den Landproletariern wird diese Losung durchaus nicht verstoßen — wir haben ja gesehen, daß gerade Genossen, welche besonders Wert auf die Abschaffung der Gesindeordnung legen, also mit der Landagitation sich abgeben, für den Achtstundentagantrag eintreten — aber immerhin hat, selbstverständlich, der Achtstundentag für diese rückständigen Arbeiterschichten keine aktuelle Bedeutung. Verstoßen werden wir damit allerdings bei manchem Bauern. Allein, wenn wir auf diese Bauern Rücksicht nehmen wollen, dann werden wir nie zu einer anderen Wahlparole kommen, als: Weniger Militär, weniger Steuern! Das ist nicht schlecht, leider aber haben wir es nicht erfunden. Oder glaubt man, daß es niemand giebt, der die gleiche Parole ausgiebt? Oder glaubt man, daß gerade darin das Wesen des praktischen Klassenkampfes liegt? Und glaubt man, daß man bei dem nämlichen Bauer, bei dem wir mit dem Achtstundentag verstoßen, z. B. mit der Abschaffung der Getreidezölle besser fortkommt? Und ist denn unsere Aufgabe bei den Wahlen gar keine andere, als was da kreucht und fleucht, unter unsere Zelte zu sammeln?! Bei der Fabrikbevölkerung und gerade in den Ge-

genden, wo wir bis jetzt am wenigsten durchgedrungen sind, wie im Rheinland, da werden wir mit dieser Forderung Erfolg haben, und das ist das Ausschlagebende!

Dies die Agitation für den Achtstundentag, wie wir sie uns denken. Um Aeußerlichkeiten und Formalitäten handelt es sich nicht, aber es ist ein tüchtig Stück Arbeit, das geleistet werden kann! Das Ganze bewegt sich aber auch in den gleichen Bahnen, welche die Partei bis jetzt eingeschlagen hat. Organisation und Agitation bleibt schließlich das ganze Wesen unserer Thätigkeit. Nur behaupten wir eben, daß die wirtschaftliche Situation jetzt Gelegenheit giebt, diese organisatorische und agitatorische Thätigkeit in einem bedeutend erhöhten Maße zu entwickeln, wenn man den Achtstundentag in den Vordergrund setzt!

Aber man hat ja auch gegen unsere Beurteilung der wirtschaftlichen Situation Einspruch erhoben, und das ist unseres Erachtens der einzige Einwand, der sachlichen Wert besitzt. Darum soll jetzt die wirtschaftliche Grundlage unserer Agitationsvorschläge einer Nachprüfung unterworfen werden!

4. Der industrielle Aufschwung und die deusche Textilindustrie.

Es ist auf dem Parteitage von verschiedenen Seiten hervorgehoben worden, der industrielle Aufschwung scheine bereits seinen Höhepunkt erreicht zu haben und unter diesen Umständen sei es leichtfertig, in eine große Agitation für den Achtstundentag eintreten zu wollen. Als Beweis wurde angeführt, daß in der deutschen Textilindustrie bereits Geschäftsstockung herrsche und Arbeiter entlassen werden.

Es hat in der deutschen Textilindustrie eine Einschränkung der Produktion stattgefunden. Der Grund lag für einige Unternehmungen direkt in dem Rückgang der Ausfuhr nach Brasilien und nach den Vereinigten Staaten. In Brasilien liegt die Ursache in der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Zerrüttung, die man, nicht ganz mit Unrecht, auf den Pfarrer Seb. Kneipp und Herrn Kathreiner zurückführen könnte. Aber das fällt nicht schwer ins Gewicht. Von ganz anderer Bedeutung schon, gerade für die deutsche Textilindustrie, ist der nordamerikanische Markt.

Der Rückschlag auf dem amerikanischen Markte kam nicht überraschend. Wir haben schon in unseren ersten Artikeln, also noch im Frühjahr, als noch die Fabriken mit amerikanischen Aufträgen überhäuft waren, darauf hingewiesen.

„1894 hat die amerikanische Handelskrise ihren tiefsten Punkt erreicht und so gab es naturgemäß, nachdem das Zerstörungswerk vollendet war, 1895 wieder einen Aufschwung. Die Einfuhr der

Vereinigten Staaten stieg um 125 Millionen Dollars, d. i. um 18 Prozent, was in ausgiebigem Maße der europäischen Industrie zu gute kam. Dennoch hat die Einfuhr noch keineswegs die Höhe erreicht, die sie vor der Krise hatte, und die Ausfuhr ging sogar noch wieder um ein Weniges zurück. Nach den Handelsnachrichten aus dem ersten Vierteljahr 1896 soll es auch bereits mit dem kurzen Aufschwung vorbei sein. Das beweist aber nur, daß die amerikanische Industrie aus eigener Kraft des inneren Marktes nicht mehr empor kann, daß die Schaffung eines ausreichenden auswärtigen Absatzes für sie eine Lebensnotwendigkeit geworden ist."

Viel wichtiger, als der zeitweilige und bereits überstandene Rückgang der amerikanischen Textil-Einfuhr, ist deshalb die Frage: wie steht es mit der amerikanischen Ausfuhr? Die letzten Angaben, die uns über den Handel der Vereinigten Staaten vorliegen, schließen mit dem August ab. Da zeigt sich nun folgendes Bild:

Es betrug in Millionen Dollars	das Jahr endend mit dem 31. August		Monat August	
	1895	1896	1895	1896
Einfuhr	535,7	471,2	71,1	49,5
Ausfuhr	499,4	581	56	68,7

Während die Einfuhr zurückging, zeigt, im Gegenteil, die Ausfuhr eine sehr starke Vermehrung. Die letztere betrug über 26 Proz. für das genannte Jahr und fast 23 Proz. für den Monat August. Der auswärtige Markt der Vereinigten Staaten hat sich also ausgedehnt.

Nun kommt aber noch eine bezeichnende Thatsache hinzu, welches dieses quantitative Resultat besonders wertvoll erscheinen läßt. Nach spezifizierten Angaben, die mit dem Juni abschließen, ist eine sehr bedeutende Aenderung in der quantitativen Zusammensetzung der amerikanischen Ausfuhr vor sich gegangen. Währenddem die landwirtschaftlichen Produkte im Jahre 1894/95 dem Wert nach 69,7 Prozent der Ausfuhr ausmachten, bildeten sie 1895/96 bloß 66 Prozent, — gleichzeitig aber ist der Anteil der Fabrikate an der Ausfuhr von 23,1 Prozent auf 26,5 Prozent gestiegen. Das beweist, daß es die 1895 gesteigerte industrielle Thätigkeit der Vereinigten Staaten war, welche sich einen Absatz geschaffen hat und dadurch die Exportziffern beeinflußte.

Der Hauptteil der amerikanischen Mehrausfuhr fällt auf Europa, das ja überhaupt für die Vereinigten Staaten der weitaus größte Abnehmer ist, — aber relativ ist am meisten die Ausfuhr nach den Ländern des stillen Ozeans: Asien, Australien und zum Teil Afrika gestiegen. 1894/95 betrug diese Ausfuhr 36,8 Millionen Dollars, 1895/96 dagegen 56,1 Millionen Dollars — eine Steigerung um mehr als 50 Prozent. Im besonderen ist die Ausfuhr nach Japan um 67 Prozent gewachsen.

Die Handelsentwickelung der Vereinigten Staaten in diesem Jahr ist also keineswegs eine ungünstige, sondern, im Gegenteil, eine günstige. Die Steigerung der Einfuhr bedingte eine Steigerung der Produktion, diese eine Steigerung der Ausfuhr, und da so die Vorräte entlastet, so muß eine abermalige Steigerung der Einfuhr stattfinden, die eine fernere Erweiterung der Produktion bedingen wird. Dazu kommt noch, das infolge der schlechten Ernte dieses Jahres die amerikanische Getreideausfuhr steigt, was ebenfalls Geld ins Land bringt.

Deshalb ist auch die Stimmung in den mit Amerika verkehrenden deutschen Geschäftskreisen durchaus keine triste, sondern im Gegenteil eine sehr hoffnungsvolle. Man erwartet speziell in der Textilbranche große Bestellungen für das Frühjahr. Nur war der Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten durch die Präsidentenwahl in hohem Grade gestört.*) Es handelte sich bekanntlich gerade bei dem diesmaligen Wahlkampf um sehr große Gegensätze: um den Kampf zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Interessen, um den Widerstreit der Zollinteressen, vermengt mit der Währungsfrage. Solange die Entscheidung nicht gefallen war, welche zweifellos die ganze Handelspolitik der Vereinigten Staaten für die nächsten Jahre beeinflussen wird, waren eben die amerikanischen Kaufleute und Fabrikanten mit ihren Bestellungen und Einkäufen sehr vorsichtig. Aber auch das kaufende Publikum des Mittelstandes, besonders des Beamtentums, das von dem Ausfall der Präsidentenwahl direkt materiell getroffen wird, war sehr zurückhaltend. Und gerade dieses amerikanische Publikum hat für die deutsche Konfektion und die sonstige Textilindustrie eine große Bedeutung.

Es wäre bei alledem durchaus falsch, anzunehmen, daß der amerikanische Bedarf einen durchschlagenden Einfluß habe auf den

*) Die Wahl Mac Kinleys hat der deutschen Textilindustrie zahlreiche amerikanische Bestellungen gebracht, übrigens wieder ein hübscher Beweis, wie Handel und Politik zusammenhängen.

Zustand der deutschen Textilindustrie. Er hat es nicht einmal auf die deutsche Textilausfuhr. So betrug die genannte deutsche Ausfuhr an Textilwaren dem Wert nach im ersten Halbjahr:

	in 1000 Mark		
	1896	**1895**	**1894**
Baumwolle und Baumwollwaren	115 423	113 189	88 154
Kleider und Leibwäsche	52 719	43 657	43 658
Seide und Seidenwaren	77 436	78 363	64 069
Wolle und Wollwaren	149 862	146 194	127 733

Die Zahlen für das Halbjahr 1896 zeigen also, trotz des Rückgangs des Exports nach Amerika, im allgemeinen eine Steigerung, nicht nur gegenüber 1894, sondern auch gegenüber 1895. Das zweite Vierteljahr für sich stellt sich allerdings etwas ungünstiger, nämlich 176,4 gegenüber 177,5 Millionen im Vorjahr — aber was hat diese Differenz von etwa $^1/_2$ Prozent zu bedeuten?

Wenn also die amerikanischen Zustände auf einige einzelne Unternehmungen ihre Wirkung auch nicht verfehlen haben, so wäre es doch falsch, daraus auf den gesamten Gewerbszweig zu schließen. Bei dieser Gelegenheit sei noch daran erinnert, daß es gleich falsch ist, aus der Prosperität einzelner Etablissements einen industriellen Aufschwung, wie aus der Geschäftsstockung in einzelnen Fabriken einen allgemeinen Niedergang zu folgern. Die kapitalistische Konkurrenz hört nie auf, und selbst während der Zeit der höchsten Blüte giebt es Fallissements und sonstige Geschäftseinstellungen.

Es kommen jedoch für die besprochene Geschäftseinschränkung der deutschen Textilindustrie noch andere Momente hinzu, die viel wichtiger waren, als die Abnahme der amerikanischen Ausfuhr, die durch die Steigerung der Ausfuhr nach anderen Ländern, auch nach Ost-Asien in bedeutendem Maße, gedeckt wurde.

Ein solches Moment ist die Bewegung der Rohstoffpreise. Es ist im allgemeinen so: Wenn die Rohstoffpreise steigen, dann wächst die Unternehmungslust, denn die Fabriken spannen darauf, daß mit dem weiteren Emportreiben der Rohstoffpreise die Fabrikate sich verteuern müssen — also, wer zuerst kommt, schießt den Vogel ab, folglich wird fieberhaft produziert. Wenn aber die Rohstoffpreise sinken, dann ist keiner sicher, daß er nicht in seinen Fabrikatpreisen von dem Fallen der Rohstoffpreise überholt werden wird — folglich, wer zuletzt kommt, hat die meiste Ausbeute, deshalb herrscht Unentschlossenheit und die Produktion wird auf das Notwendigste eingeschränkt. Nun zeigt sich aber, daß, nachdem die Preise der Textil-

rohstoffe 1895 etwas gestiegen waren, 1896 wieder eine sinkende Tendenz sich einstellte. Das wirkte deprimierend, zumal solange man noch über den Ausfall der Baumwollernten im Unsicheren war. So weist denn auch Deutschland für das erste Halbjahr 1896 einen bedeutenden Ausfall der Baumwolleeinfuhr gegenüber dem Vorjahre auf. Es scheint aber bereits seit August eine weitere Steigerung der Baumwollpreise einsetzen zu wollen.

Jedoch als ausschlaggebender Grund der zeitweiligen Geschäftseinschränkung der deutschen Textilindustrie muß die Witterung angegeben werden. Der warme Spätsommer bedingte es, daß der Bedarf an Winterkonfektion nicht zur Geltung kam, und von der Konfektion hängt die gesamte deutsche Textilindustrie ab. Die Hauptursache der Produktionsbeschränkung lag also auf dem inneren, nicht auf dem auswärtigen Markt. Wenn man nun bedenkt, daß das günstige 1895er Jahr wesentlich erst 1896 in der gesteigerten Kaufkraft zum Ausdruck kommen kann, daß ferner außerhalb der Textilindustrie in allen anderen Branchen die lebhafteste Thätigkeit herrscht —, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch die Geschäftsstockung in der Textilbranche eine schnell vorübergehende ist, die bald einem neuen Aufschwung Platz machen wird.

Soweit über die Lage der deutschen Textilindustrie. Vielmehr, als ein Niedergang, ist zu befürchten, daß bei günstigem Ausfall der amerikanischen Präsidentenwahl die deutschen Textilindustriellen sich in eine wüste Spekulation hineinstürzen werden, die zur Ueberproduktion führen muß!*)

5. Die Lage auf dem Weltmarkt.

Wir haben uns mit der Lage der deutschen Textilindustrie nur deshalb so ausführlich beschäftigt, weil dieses der einzige sachliche Einwand war gegen unsere Vorschläge einer allgemeinen Agitation für den Achtstundentag. Diese Ausnahmestellung erforderte eine Ausnahmebehandlung. Im Grunde aber könnten wir kurz antworten: der Weltmarkt dreht sich nicht um die deutsche Textilindustrie. Und wenn man die großen Zahlen des Weltmarktverkehrs überblickt, so merkt man allerdings nicht viel davon, daß die deutsche Ausfuhr an Strümpfen, gestrickten Jacken und Damenmänteln nicht mehr in erwartetem Maße gestiegen sei. Nach den letzten uns vorliegenden Angaben betrug der Wert des Handelsverkehrs der wichtigeren europäischen Länder in Millionen der resp. Landesmünze:

*) Die deutsche Textilindustrie entwickelt auch thatsächlich bereits eine schwindelhafte Thätigkeit.

Name des Landes	Vom 1. Jan. bis einschließlich	Einfuhr		Ausfuhr	
		1896	1895	1896	1895
Europ. Rußland . .	Mai	207,1	167,1	245,4	248,2
Frankreich	August	2622,9	2407,6	2210,3	2141,9
Italien	August	757,9	743 5	694,5	641,7
Oesterreich-Ungarn . .	August	490,6	482,0	495,8	472,2
Deutschland	Juni	2241,4	2071,3	1738,9	1579,2
Großbritanien . . .	September	316,4	303,9	180,4	166,6

Nur Rußland zeigt eine geringe Verminderung der Ausfuhr gegen 1895, dafür aber eine ganz außerordentliche Steigerung der Einfuhr, um fast 25 Prozent. Sonst weisen die Zahlen überall ein bedeutendes Wachstum der Einfuhr wie der Ausfuhr für das Jahr 1896 gegenüber dem in dem so sehr günstigen Jahre 1895 auf. Und Deutschland ist es, das neben England die stärkste Steigerung zu verzeichnen hat.

Kein Zweifel, der industrielle Aufschwung dauert fort. Und nun, nachdem wir es bewiesen haben, sagen wir: es kommt uns gar nicht darauf an!

So plump haben wir die Sache nie aufgefaßt, daß wir einfach sagten: jetzt ist guter Geschäftsgang — jetzt erringen wir den Achtstundentag. Daß dem guten der schlechte Geschäftsgang folgt viel schneller, als dem Bankdieb der Polizist, ist bekannt genug. Wir haben auch wiederholt und nachdrücklich diesen Wellencharakter der kapitalistischen Produktionsbewegung hervorgehoben. Dem Aufschwung muß der Rückschlag folgen. Die Anzeichen davon lassen sich bei aufmerksamer Beobachtung sogar jetzt schon nachweisen. Nur liegen sie freilich nicht dort, wo man sie in Gotha gesucht hat.

Das Barometer des Weltmarkts ist die Börse, und die Anzeichen einer flauen Witterung kommen jetzt in der Gestalt des Sinkens wichtiger russischer Aktienwerte. In Rußland fand in der letzten Zeit eine ungeheure Börsenspekulation statt. Und nunmehr stellt sich eine sehr starke Baisse ein. — Die Aktien der bekannten Maljzew-Fabriken z. B., die bereits auf 1650 Rubel gestiegen waren, sind auf 500 Rubel gesunken, die Aktien der Moskauer Kautschuk-Manufaktur sind von 400 auf 160 Rubel heruntergegangen; der Kapitalwert von 13 besonders beliebten Börsenpapieren ist zusammen von 288 Millionen Rubeln auf 245,7 gesunken, der Aktienwert vier Petersburger Banken von 144½ auf 127 Millionen Rubel usw. Wir können uns hier nicht eingehend mit dieser interessanten Erscheinung abgeben. Bemerkt sei nur, daß selbst nach diesem großem Sinken der Kurse der Börsen-

preis der Aktien noch immerhin hoch über ihrem nominellen Wert steht. So beträgt der jetzige Börsenpreis der zuletzt erwähnten Bankaktien noch immer 229 Prozent ihres nominellen Wertes u. dgl. m. Das beweist: die Spekulation ist zum Schwindel geworden, weil sie weit über die Grenzen des industriellen Aufschwungs hinaufgetrieben worden ist, sie muß deshalb zusammenbrechen, — inwiefern sie aber die Produktionsentwickelung mit sich zieht, ist eine andere Frage.

Wir haben also eine Garantie für das Anhalten des industriellen Aufschwungs weder übernommen, noch übernehmen wir sie. Soweit sich nach den Thatsachen beurteilen läßt, wird die Aufwärtsbewegung wohl noch das kommende Jahr anhalten. Aber berechnen läßt sich hier nichts. Vom Gesichtspunkte des flotten Geschäftsgangs aus wäre viel eher als die Ermahnung, sich nicht zu beeilen, der Vorwurf angebracht, daß wir zu spät kommen. Man könnte sagen: „Nun haben wir schon $1^1/_2$ Jahre Geschäftsaufschwung und debattieren noch immer darüber herum, wie wir ihn ausnützen sollen und ob wir denn auch wirklich einen Aufschwung haben und wie steht es in den Sternen geschrieben ꝛc. — statt dessen müßte man schon längst handeln!" Man könnte es sagen, — wir sagen es aber nicht, weil wir sehr gut wissen, daß eine große Bewegung Zeit braucht, um sich zu entfalten, und weil wir eben eine große Bewegung erwarten, die auf einer Grundlage von ganz anderer Tragweite beruht, als der Geschäftsaufschwung von $1^1/_2$ Jahren.

Wie der Geschäftsgang im nächsten Herbst sein wird, läßt sich nicht voraussagen — wohl aber läßt sich die Entwickelung des Weltmarkts für das kommende Dezennium in allgemeinen Zügen bestimmen. Und das ist es, worauf wir fußen. Wir behaupten — und glauben, nachgewiesen zu haben —, daß eine neue Periode der Weltmarktsentwickelung bereits hereingebrochen sei. Und wenn man die frühere als „wirtschaftliche Depression" bezeichnete, so wird die jetzige eine Sturm- und Drangperiode sein. Wir können uns hier damit begnügen, die Charakteristik zu wiederholen, die bereits früher gegeben wurde:

„Die wirtschaftliche Depression ist zu Ende — es beginnt eine neue Sturm- und Drangperiode der kapitalistischen Industrie. Das darf aber nicht so aufgefaßt werden, daß nunmehr keine Rückschläge erfolgen werden und lauter Prosperität herrschen werde. Es handelt sich vielmehr nur um das Tempo der Entwickelung, die immerhin den Gesetzen der kapitalistischen Wellenbewegung folgt.

Die wirtschaftliche Depression hatte ja auch ihre Steigerungs- und Niedergangszeiten. Aber das lief alles im kleinen ab, verlor sich in der Breite, weil es zu wenig in die Tiefe ging. Nunmehr

wird der industrielle Aufschwung ganz andere Anläufe machen, einen weit größeren Umfang erreichen, der Zusammenbruch schroffer und schärfer auftreten, zerstörender wirken, der neue Aufschwung noch mehr kolossale Dimensionen annehmen — bis das ungeheure, in Angriff genommene Produktionsgebiet von Grund aus durchwühlt ist und die entfesselten, enorm entwickelten Produktivkräfte wieder keinen Ausweg mehr finden."

Und hat denn das, was wir bis jetzt gesehen haben, diese Ausführungen nicht vollauf bestätigt? Gerade der soeben erörterte Fall der deutschen Textilindustrie ist sehr kennzeichnend in dieser Beziehung. Früher war die flaue Geschäftsstimmung der Grundton und das Emporstreben der Produktion auf einzelnen Gebieten Ausnahme, — jetzt ist das gerade umgekehrt. Während der Zeit der wirtschaftlichen Depression war es so, kaum daß sich ein gelindes Aufsteigen der Produktionsthätigkeit angebahnt hatte, so genügte der leiseste Stoß in dieser oder jener Produktionsbranche, um das ganze in den alten Schlendrian zurückzuwerfen, — jetzt ging die allgemeine Produktionsentwickelung über die Geschäftsstockung in der Textilindustrie hinweg, ohne sie zu merken, und reißt nunmehr durch ihr stürmisches Vorwärtsstreben auch die Textilindustrie mit sich empor. Man sieht, es wird jetzt eine viel größere Kraft entfaltet, die Bewegung nimmt andere Dimensionen an. Aber das kann nicht ewig andauern, und so wird auch die Krise nicht ausbleiben. Aber was man bei „wirtschaftlicher Depression" als „Krise" bezeichnete, waren nur die gescheiterten Versuche der Industrie, sich emporzuarbeiten: der Aufschwung sank in seiner Kraftlosigkeit zusammen, jetzt wird er an seiner überraschen Machtentfaltung zusammenbrechen. Wird er aber so durch die Krise auf das richtige Produktionsmaß zurückgeführt worden sein — ist so das Wertgesetz der kapitalistischen Produktion zu seinen Rechten gekommen — so wird eben die Produktion in der allgemeinen Lage des Weltmarkts Stoff zu einer neuen, desto größeren Entfaltung finden. Und das ist es, worauf es ankommt. Während der Zeit der wirtschaftlichen Depression litt die Produktion unter der Unmöglichkeit, den Weltmarkt auszudehnen, — jetzt wird es gerade die Ausdehnung des Weltmarkts sein, welche zur Ueberproduktion und dadurch zur Krise treibt.

Nehmen wir an, daß im nächsten oder übernächsten Jahr eine Handelskrisis eintreten sollte. Es läßt sich schon jetzt auf Grund von Thatsachen beweisen, daß, nachdem die überstürzten Gründungen beseitigt und die Spekulationswerte auf ein richtiges Maß zurückgeführt sein würden, ein neuer, starker Aufschwung sich unbedingt einstellen müßte.

Der Bau der transsibirischen Eisenbahn, die jetzt schon eine so bedeutende Rolle spielt, wird ja dann erst vollendet sein. Die

Bedeutung dieses Umstandes nicht nur für die Erschließung Sibiriens, sondern auch für die Chinas tritt ja jetzt erst, nachdem die Weiterführung der Eisenbahn durch die Mandschurei von der chinesischen Regierung bewilligt worden ist, ganz besonders in den Vordergrund. Zu gleicher Zeit wird der weitere in großem Maßstabe in Angriff genommene Ausbau der russischen Verkehrsmittel bedeutend fortgeschritten sein. Es sind noch nicht nur in Sibirien, sondern auch zwischen der Wolga und dem Ural immense Landstrecken dem Handel und Verkehr zu erschließen, wie überhaupt ein weiterer Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes die produktive und Handelsbedeutung des Landes noch vervielfachen kann. Hat doch Rußland bloß 62 Kilometer Eisenbahnen auf 10000 Quadratkilometer Bodenfläche, während z. B. in Deutschland auf den gleichen Flächenraum 867 Kilometer fallen, also 14 mal so viel! Was China anbetrifft, so wird es in zwei Jahren erst noch bei den ersten Anfängen der vielen projektierten Eisenbahnen sein. Es werden also von dort dann erst recht immense Bestellungen für die Eisenbahnindustrie kommen. Beiläufig, wenn das Verhalten der deutschen Diplomatie Rußland und zum Teil China gegenüber für irgend eine Interessentengruppe von Vorteil ist, so gilt das für die deutsche Eisenbahnindustrie. Mit dem Bau der Eisenbahnen entwickelt sich, wie schon so oft nachgewiesen, der allgemeine Handelsverkehr. Das bleibt auch in China nicht aus. Die chinesischen Baumwollweber gewöhnen sich immer mehr daran, Fabrikgarn zu gebrauchen — bald genug werden sie dieses Garn auch in Fabriken verwenden müssen, und noch mehr wird das einheimische Gewebe durch ausländisches verdrängt werden. Das ist der regelrechte Gang der Entwickelung. Und nachdem die transsibirische Eisenbahn vollendet sein wird, dann erst wird die Baumwollausfuhr nach China kommen.

In Amerika wird man sich wohl um jene Zeit, in die wir die Handelskrisis verlegt haben, sehr ernstlich mit der Fertigstellung des Panamakanals, über den in der letzten Zeit wieder Stillschweigen herrscht, beschäftigen. Das wird um so eher der Fall sein, je weniger die bereits konstatierte Steigerung der amerikanischen Ausfuhr anhalten sollte. Das heißt: je wahrscheinlicher die Krisis, desto wahrscheinlicher die Inangriffnahme großer Unternehmungen, die Beschäftigung gewähren und geeignet sind, den Handel in gewaltigem Maße auszudehnen.

Die Handelskrisis würde selbstverständlich die Konkurrenzgegensätze verschärfen, sie würde gleichzeitig das Bestreben erwecken, die Hindernisse, die noch der Entwickelung des europäisch-asiatischen Handelsverkehrs in Wege stehen — diese liegen in den politischen Zuständen auf der Balkanhalbinsel und den angrenzenden Gebieten Asiens und Afrikas — zu beseitigen. Die Handelskrisis wird zur Lösung der „türkischen Frage“ führen und dadurch nicht nur eine Erweiterung des

europäisch-asiatischen Verkehrs, sondern die Industrialisierung des europäischen Süd-Ostens herbeiführen. Daß in diesem „Winkel" Europas nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche Umwälzung sich vorbereitet, darüber liegen ja bereits sehr kennzeichnende Thatsachen vor. Die nun vollzogene Freimachung der Donau, der Bau von Eisenbahnen in Klein- und Mittel-Asien, sowie die Erweiterung des Eisenbahnnetzes in Süd-Rußland tragen das ihrige zur Industrialisierung dieser Gebiete bei. Und wird erst die „Orientfrage" gelöst, dann beginnt hier eine fieberhafte industrielle Thätigkeit, die vor allem Oesterreich und Italien in Mitleidenschaft zieht.

Man darf nie außer acht lassen, daß die Entwickelung der kapitalistischen Weltmarkts-Konkurrenz auf Grundlage einer unausgesetzten Erweiterung der Weltproduktion vor sich geht. Jedes Land produziert je weiter desto mehr, aber noch mehr steigt sein Absatzbedarf. Einen Punkt muß es allerdings geben, bei dem das Ganze zusammenbricht. Aber, wenn auch die Entwickelung sehr rasch vor sich geht, so dauert es doch noch immerhin eine Weile, bis dieser produktive Endpunkt erreicht ist. Und jedenfalls ist der politische Punkt des Zusammenbruchs viel niedriger gesetzt, als der wirtschaftliche.

Also, wenn jetzt schon Anzeichen der Krise zu merken sind, so sind auch bereits die Vorbedingungen eines neuen, noch gewaltigeren Aufschwungs vorhanden. Wir dürfen uns weder nach dem zeitweiligen Aufschwung, noch nach dem zeitweiligen Niedergang allein richten, sondern wir müssen die gesamte Entwickelung des Weltmarkts und die dadurch bedingten Aenderungen der politischen Entwickelung und besonders der gegenseitigen Stellung von Proletariat und Kapital in dem großen Klassenkampf, der die Geschichte unserer Zeit beherrscht, in Betracht ziehen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus sind wir zu unserem Vorschlag der Agitation für den Achtstundentag gekommen.

6. Der Weltmarkt und die deutschen Gewerkschaften.

Zunächst bedingt die Sturm- und Drangperiode der kapitalistischen Produktion, in die wir eintreten, eine anhaltende Entwickelung der Gewerkschaften.

Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter schließt sich eng an den Produktionsgang an. So war es auch bis jetzt in Deutschland, daß jeder Anlauf zur Produktionsentfaltung sofort durch Streiks und Ausdehnung der Gewerkschaften gekennzeichnet wurde. Aber diese Anläufe waren eben sehr schwach und kurz und dementsprechend auch

die steigende Welle der Gewerkschaftsbewegung, die, kaum daß sie sich etwas erhoben hatte, sofort wieder heruntersank. Nichtsdestoweniger — und das darf nicht vergessen werden — wie die deutsche Industrie, trotz der wirtschaftlichen Depression, im allgemeinen Fortschritte gemacht hat, so auch die Gewerkschaften. Auch die letzteren sind aus ihrem Kinderstadium längst heraus, sie haben Erfahrungen und treten doch immerhin nicht ungerüstet der kommenden Entwickelung entgegen. Wenn nun aber noch die Kreisbewegung der Produktion ein anderes Maß gewinnt, der Aufschwung umfassender wird, der Niedergang scharf und rapid hereinbricht, aber der neue Aufschwung desto schneller sich einstellt, — so haben die Gewerkschaften während der aufsteigenden Periode mehr Zeit, um sich zu entfalten, sie überstehen desto leichter die Krise und desto größeren Nutzen ziehen sie von der rasch einsetzenden neuen Aufschwungsperiode. Und wie der wirtschaftliche Kampf die Gewerkschaften fördert, so bedingt auch ihrerseits die Entwickelung der Gewerkschaften, daß die Fragen des wirtschaftlichen Kampfes in den Vordergrund gedrängt werden. Das wird auch in der Politik, und besonders in der Politik der Sozialdemokratie zur Geltung kommen. Denn die Sozialdemokratie ist ja nur die politische Organisation der Arbeiterklasse, und, was diese interessiert, das muß sie zum Ausdruck bringen, oder sie hört auf, zu sein.

Nun wollen wir aber noch die industrielle Umwälzung, welche sich in Deutschland vollzieht, in ihrem Einfluß auf die Gewerkschaften besonders ins Auge fassen.

Es wird seit so vielen Jahren schon in allen Tonarten wiederholt, Deutschland sei ein industrielles Land. Allein, daß dies immer und immer wiederholt werden mußte, ist ein Beweis, daß es mit dieser Behauptung doch nicht ganz stimmte. Zweifellos hat Deutschland schon seit den 60er Jahren eine bedeutende Industrie. Aber bis jetzt war die Industrie nicht im stande, dem öffentlichen Leben Deutschlands ihr Gepräge aufzulegen. Einmal war das numerische Verhältnis der Industrie zu der Bevölkerung noch zu wenig entwickelt. Sodann aber spielte für die Industrie selbst der innere Markt die weitaus ausschlaggebende Rolle. In der Warenausfuhr wiederum nahmen die landwirtschaftlichen Industrien: Zuckerfabrikation, Branntweinbrennerei den hervorragendsten Platz ein. Schließlich war fast die gesamte deutsche Warenausfuhr durch die europäischen Märkte absorbiert.

Nun haben sich aber die Dinge bereits stark geändert. Es ist in der kurzen Frist etwa der letzten zwei Jahre ein totaler Umschwung in der industriellen Stellung Deutschlands vor sich gegangen, der allerdings — wie es selbstverständlich ist — nur der Abschluß einer längeren Entwickelung sein kann. Wie das geworden ist, brauchen

wir nicht erst des näheren zu erörtern. Währenddem erst vor kurzem die Handelssuprematie Englands von niemand angezweifelt wurde, rückt ihm jetzt vor aller Augen Deutschland als mächtiger Konkurrent auf den Leib, nicht bloß in Europa, sondern auch in den überseeischen Ländern und selbst in Ostindien. Noch vor wenigen Jahren würde der Mann von der gesamten kapitalistischen Geschäftswelt als Tollhäusler ausgelacht worden sein, der mit England in Ostindien konkurrieren wollte, — und jetzt klagen die englischen Kaufleute in Ostindien, daß sie gegen die deutsche Konkurrenz nicht mehr aufkommen können! Sind auch die deutschen Handelsziffern noch bedeutend hinter den englischen zurück, so scheint es doch allgemein, daß während der jetzigen Flutperiode der kapitalistischen Produktion Deutschland die meisten Chancen einer raschen und umfassenden Entwickelung hat. Das ist es jetzt, was seinen Gegensatz zu England so sehr zuspitzt.

Die überwiegende Bedeutung, welche jetzt die industrielle Ausfuhr im Wirtschaftsleben Deutschlands erlangt, und im besonderen die Entwickelung des überseeischen Verkehrs, werden nun ihrerseits dem gewerkschaftlichen Kampf eine ganz andere Tragweite und Schärfe verleihen, als welche dieser bisher hatte.

Die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander ist auf dem inneren Markt bei weitem nicht so heftig, wie auf dem auswärtigen. Der Handel im Innern des Landes hat noch immer viele lokale und persönliche Verbindungen; wie der Kaufmann, so hat auch die Fabrik ihre feste „Kundschaft" und zwar desto mehr, je älter die Kultur des Landes und je weniger die kapitalistische Großstadt entwickelt ist. Anderseits ist die Kreditgewährung im inländischen Handelsverkehr eine viel allgemeinere und ausgedehntere, sie bildet ein feinmaschiges Netz, welches die einzelnen Kapitalisten zusammenhält, weil es sie von einander abhängig macht. Die Lieferungsfrist kann deshalb viel eher und länger aufgeschoben werden und, weil die Lieferungszeit, infolge des nahen Verkehrs, eine kurze, so läßt sich desto schneller die bei dem Stillstand versäumte Zeit durch Steigerung der Produktion einholen. Das sind Momente, die für die Bemessung der Widerstandskraft der Kapitalisten während eines Streiks gar sehr in die Wagschale fallen. Schließlich ist nicht außer acht zu lassen, daß im eigenen Lande das Solidaritätsgefühl der Kapitalisten im Kampfe gegen die Arbeiter ganz anders zum Ausdruck kommt, als auf dem auswärtigen Markte. Zu alledem ist noch das Zollsystem, welches den inneren Markt vor dem Auslande schützt, hinzuzufügen.

Denken wir uns aber dagegen z. B. eine Weberei, welche Stoffe, etwa bedruckte Kattune, für China fabriziert. Der Transport dauert

ca. 10 Tage. Die Dampfschiffe von Hamburg nach Shanghai gehen auch keineswegs so oft, wie die Eisenbahnzüge von Hamburg nach Berlin. Man kann auch eine Warenladung nach China nicht in einem Postkolli verschicken. Es muß vor allem eine entsprechende, sehr bedeutende Quantität Ware auf einmal verschickt werden, gewöhnlich hat auch der Großfabrikant Abmachungen mit bestimmten Dampfern, welche den Transport seiner Ware besorgen. Und trifft die Ware nicht innerhalb einer bestimmten Frist auf dem chinesischen Markt ein, so wird der Bedarf durch englische, amerikanische, russische Kattune gedeckt, der Zeitpunkt der Preisbildung ist verpaßt, die Ware kann auch nicht mehr wegen der großen Transportkosten zurück, sie muß zu einem Spottpreis verschleudert werden, um sie nur los zu werden. Unter solchen Umständen kann ein Streik von wenigen Wochen das Geschäftsergebnis eines ganzen Jahres zunichte machen. Das Mißgeschick unserer Weberei würde aber unfehlbar eine Rückwirkung auf die Spinnerei ausüben, welche für diese Weberei das Garn liefert, und so geht es weiter — nimmt einmal die überseeische Ausfuhr, der eigentliche kapitalistische Weltmarktsverkehr, eine vorherrschende Stellung ein, so wird der ganzen Industriethätigkeit des Landes ein schnelleres Tempo gegeben, ein viel schärferer, präziser Gang, dessen Unterbrechung desto eher die ganze Maschinerie in Verwirrung bringt und desto verheerender wirkt. Die englischen Gewerkschaften verdanken ihre großen Errungenschaften nicht zum mindesten dem Umstand, daß in England die Weltmarktsausfuhr stets eine viel größere Rolle spielte, als bisher in jedem anderen Lande; und ganz besonders gilt dies für die Baumwollspinnerei.

Man hat bis jetzt in Deutschland den Achtstundentag immerhin doch als eine Art ausländisches Produkt, importierte Ware, englisches Fabrikat betrachtet. Bei aller theoretischen Anerkennung seines Nutzens, konnte man sich des Gefühls nicht erwehren, daß man in Deutschland dazu noch zu rückständig sei, daß es noch eine Menge anderer Dinge giebt, die hier fehlen, außer dem Achtstundentag. „Ja, in England, wo die industrielle Entwickelung soweit fortgeschritten ist, da ist es anders.“ So hieß es. Nunmehr aber hat die deutsche Industrie dadurch, daß sie der englischen Industrie, welche den Achtstundentag in so vielen Fällen schon über sich ergehen lassen mußte, erfolgreiche Konkurrenz macht, den Beweis geliefert, daß auch sie reif ist für den Achtstundentag. Und diese Reife wird zum Ausdruck kommen in der Erstarkung der Gewerkschaften.

7. Politische Umformungen.

Deutschland war bis auf die letzte Zeit kein industrielles Land im kapitalistischen Sinne. Das gab sich in der Politik, wie in der

ganzen Art der „deutschen Kultur“ kund. Man braucht die geschichtliche Ueberlieferung nicht zu ignorieren und kann deshalb doch anerkennen, daß z. B. die sprichwörtliche „Feigheit“ der deutschen Bourgeoisie durch das Bewußtsein ihrer relativen wirtschaftlichen Schwäche den anderen Gesellschaftsschichten gegenüber mit bedingt war, daß die Herrschaft des Korporalstocks, die bevorzugte gesellschaftliche Stellung des Adels, die bureaukratische Zentralisation und Formalistik, gegen die diese ganze Zeit lang gekämpft wurde und noch jetzt gekämpft wird, wie überhaupt das Uebergewicht des „preußischen Geistes“ zum bedeutenden Teil auf den mangelnden Widerstand einer entwickelten großstädtischen industriellen Demokratie zurückzuführen sind.

Daß mit der Entwickelung der Industrie auch die Großstädte sich in Deutschland entwickelten und das ganze öffentliche Leben einen anderen Charakter annimmt, darauf sei nebenbei verwiesen. Die Frage, der wir uns zuwenden, ist: wie sich mit der Aenderung der Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkte die politischen Aufgaben und die gegenseitige Stellung der Parteien in Deutschland ändern.

Die Politik des deutschen Reiches drehte sich bis jetzt um die Verbrauchssteuern und den Militarismus. Das ist die eigentliche Domäne des Kleinbürgertums. Denn das Kleinbürgertum versteht keine großen wirtschaftlichen Aufgaben aufzuwerfen. Darum läuft die ganze politische Kritik des Kleinbürgertums auf eine Kritik des Staatsbudgets hinaus. Einmal kritisiert das Kleinbürgertum, daß es nicht genügende politische Möglichkeit hat, zu kritisieren — das ist der Kampf um die demokratischen Rechte und Freiheiten — und sofern es diese Freiheit der Kritik erlangt hat, kritisiert es — die ministeriellen Rechnungen!

Wenn also schon die soziale Zusammensetzung diesen kleinbürgerlichen Charakter der deutschen Politik bedingte, so wurde dies durch den Zustand der wirtschaftlichen Depression noch besonders begünstigt. Der Steuerdruck wurde während dieser Zeit besonders schwer empfunden. Und der Zusammenhang, der stattfand zwischen den großen Steuerbezügen und ihrer Verwendung für unproduktive Militärzwecke, vervollständigte das Ganze.

Die Sache wird jedoch anders, wenn, statt des bleiernen, langsam, aber unfehlbar wirkenden Drucks der wirtschaftlichen Depression, eine Zeit der allgemeinen Steigerung der Produktion mit rasch abwechselnden Krisen eintritt. Zur Zeit der wirtschaftlichen Depression konnte der Arbeiter nicht daran denken, durch Erhöhung der Arbeitslöhne seine Lage zu verbessern. Es war ja eben eine für den gewerkschaftlichen Kampf ungünstige Zeit. Deshalb konnte die Aufmerksamkeit der Arbeiter desto mehr auf die indirekte Ausbeutung, die vom Staat ausgeht — eben auf die Besteuerung — gerichtet werden.

Es war also eigentlich vom Standpunkte des proletarischen Klassenkampfes eine Ablenkung, da die Interessen der Arbeiter, statt der eigentlichen Ursache ihres Elends, einer Nebenwirkung zugewandt wurde. Wenn aber die Arbeiter, bei aufsteigender Produktion, die Möglichkeit erhalten, sich im direkten Kampf mit den Kapitalisten Vorteile zu erringen, dann rücken die Steuerinteressen von selbst in eine Nebenstellung, sie treten in den Hintergrund. Kommt nun die Krise, so stellt sich allerdings eine scharfe Aenderung der Situation ein, aber auch hier richtet sich die Aufmerksamkeit vielmehr darauf, wie ein besserer Geschäftsgang zu erlangen, als darauf, wie die Steuern zu beseitigen wären. Im allgemeinen läßt sich sagen: je günstiger die Situation für den gewerkschaftlichen Kampf, desto relativ weniger Interesse bringen die Arbeiter dem Kampf um die Verbrauchssteuern entgegen. Dasselbe gilt aber auch vom sog. Mittelstand, der, mit der Entwickelung der Industrie, vor allem durch ihren Geschäftsgang in seiner Lage beeinflußt wird. Darum legt er auch in seiner Finanzkritik soviel Gewicht darauf, ob die Ausgaben zu „produktiven" oder „unproduktiven" Zwecken gemacht werden.

Andererseits nehmen auch die Ausgaben des Staats eine andere Richtung an. Es ist bereits so ziemlich klar, daß nunmehr, an Stelle der Ausgaben für das stehende Heer, die Verwendungen für Marine bei der Steigerung des Budgets an die erste Stelle rücken werden. Es ist aber nicht nur die Stellung des Kleinbürgertums, sondern auch die des Proletariats zu den Marineforderungen keineswegs ebenso einfach wie zu den Militärforderungen für das stehende Heer. Hier eine gewaltige Ausgabe hauptsächlich zu dem Zweck, eine große Anzahl junger, kräftiger Leute unproduktiv zu erhalten und sie auf den Kampf gegen den äußeren, aber auch gegen den „inneren" Feind zu dressieren. Bei den Marineausgaben aber kommt in Betracht: einmal daß durch die Schiffsbauten Beschäftigung einer sehr bedeutenden Anzahl von Arbeitern gewährt wird, sodann daß ihr ausgesprochener Zweck ist, die Handelsentwickelung zu fördern, folglich die Produktion zu erweitern. Wenn jetzt in Deutschland die Stimmung allgemein den Marineforderungen gegenüber eine schroff ablehnende ist, so rührt es daher, daß bis jetzt die Entwickelung des deutschen überseeischen Handels noch immerhin nicht soweit fortgeschritten ist, um die öffentliche Meinung wesentlich zu beeinflussen. Schon die rasche Ausdehnung des Handels mit Ostasien wird hier Wandel schaffen. Sollte es nun aber noch Deutschland thatsächlich gelingen, bei der bevorstehenden Teilung der Türkei sich Kolonialgebiete in Kleinasien zu verschaffen, was durchaus nicht ausgeschlossen ist, so wird binnen kurzem „ganz Deutschland" in einen wahren Taumel der Marinebegeisterung geraten.

Wenn die englischen Arbeiter für Marineausgaben stimmen, so wäre es doch thörichte Ideologie, dies bloß aus ihrer prinzipiellen Unklarheit erklären zu wollen. Vielmehr zeigt sich darin thatsächlich ein gewisser Zusammenhang der Interessen. Unsere prinzipielle Klarheit muß uns dazu führen, wegen dieses speziellen Zusammenhanges die allgemeinen Unterschiede, wegen des augenblicklichen Vorteils die späteren Nachteile nicht zu übersehen und deshalb gegen die Marineausgaben zu stimmen. Aber worauf es ankommt, ist, daß mit der veränderten Handelslage weder die Staatssteuern, noch die Staatsausgaben jene agitatorischen Zugmittel mehr abgeben werden, die sie bis jetzt waren. Folglich muß man sich nach anderen umsehen!

Mit der Aenderung der allgmeinen Situation muß sich auch die gegenseitige Stellung der Parteien verändern. Hier ist besonders die große Spaltung innerhalb der besitzenden Klasse: industrielles Kapital und Großgrundbesitz, in Betracht zu ziehen.

Wie die Entwickelung des Weltmarktes auf die deutsche Landwirtschaft wirken wird, ist vorläufig noch schwer zu bestimmen. Der Aufschwung der Industrie muß ja an und für sich die Getreidepreise heben. Diese Wirkung scheint auch bereits sich geltend gemacht zu haben. An eine Entwickelung der nordamerikanischen Landwirtschaft in gleichem Tempo, wie bisher, ist nicht zu denken. Vorläufig haben wir den Rückgang. Dafür aber entstehen neue große Ausfuhrgebiete in Argentinien und mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes in Rußland. Bei letzterem ist nicht nur Sibirien in Betracht zu ziehen, sondern auch die bis jetzt durch Eisenbahnen noch wenig erschlossene immense und fruchtbare Gegend zwischen der Wolga und dem Ural.

Wenn nun aber die Lage der Landwirtschaft schwer vorauszusehen ist, so betrifft dies doch nur die Intensität des Kampfes, der sich zwischen Industrie und Landwirtschaft entwickeln wird, die Richtung, die er annehmen wird, läßt sich schon jetzt bestimmen.

Die Agrarier werden aus der Stellung von Angreifern, die sie jetzt einnehmen, in die von Angegriffenen übergehen. Ein Kampf zwischen Grundbesitz und Industrie konnte bekanntlich im Deutschen Reich deshalb keine große Tragweite gewinnen, weil die Getreidepreise auf dem Weltmarkte eine sinkende Tendenz hatten. Dazu kommt aber noch, daß nur mit der Entwickelung des auswärtigen industriellen Absatzes der Unterschied der Getreidepreise als Konkurrenzmoment sich geltend macht, denn im Inlande stehen ja alle Unternehmer in Bezug auf die Getreidepreise unter den gleichen Bedingungen. Unter dem Schutze des Zollsystems brauchte die deutsche Industrie bei sich zu Hause die industrielle Konkurrenz der Länder billigen Brotes nicht zu fürchten. Außerdem aber hatten

ja noch diese Länder überhaupt keine Weltmarktsindustrie, deren Konkurrenz zu befürchten wäre. In Rußland wirtschaftliche Verelendung und in den Vereinigten Staaten infolge der günstigen Lage der Farmer hohe Arbeitslöhne. Nun ändert sich aber dies auf beiden Seiten. Und wenn jetzt die deutsche Industrie in Amerika mit der heimischen, in China mit der russischen Industrie, welcher der nahe und sichere Transport mittels der sibirischen Eisenbahn zu gute kommen wird, konkurrieren soll, so wird sich die Konkurrenzwirkung des Unterschieds der Lebensmittelpreise ganz anders geltend machen. Man könnte bezüglich Amerika einwenden, daß dort ja immerhin, trotz des bedeutenden Sinkens der letzten Jahre, die Arbeitslöhne noch immer höher sind, als in Deutschland. Allerdings, aber demgegenüber ist auch die Arbeitsleistung eine größere.

Eins giebt es, was abgesehen von den fiskalischen Gründen, die deutsche Industrie vor einem ernsten Angriff auf die Getreidezölle zurückhält. Deren Beseitigung hat ja für die Kapitalisten einen handgreiflichen Sinn nur dann, wenn es gleichzeitig gelingt, die Löhne zu reduzieren. Nun ist es aber klar, daß sie dabei auf den Widerstand der Arbeiterorganisation bezw. der Sozialdemokratie stoßen werden, und wie der Kampf ausgehen würde, bleibt immerhin ungewiß, jedenfalls aber würde durch diese Kampagne die sozialdemokratische Agitation stark gefördert. Allein diese Bedenken halten nur so lange an, als der Schuh noch nicht stark genug drückt. Der Schuh wird aber jetzt ganz anders drücken, als während der Zeit der wirtschaftlichen Depression. Der geschäftliche Schlendrian dämpfte die Unternehmungslust, wie den Oppositionsgeist der Industrie. Je größer aber jetzt der Aufschwung, desto schärfer die nachfolgende Krise, und so muß denn diese zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen der Industrie und den Agrariern führen.

Und nun schließlich dasjenige, was den Ausschlag geben wird. Dieses knüpft sich an Mac Kinley. Sollten die Vereinigten Staaten ein strenges Prohibitionssystem durchführen, so besitzt Deutschland kein anderes Mittel, es zu beseitigen, als die Abschaffung der Getreidezölle. In dem Moment, wo Deutschland sich entschließt, die Getreidezölle fallen zu lassen, gewinnt es nicht nur das amerikanische Farmertum, sondern auch den überwiegenden Teil der amerikanischen Stadtbevölkerung für den freien Handelsverkehr. Daß dies eine Aenderung der gesamten europäischen Handelspolitik bedeutet, welche nicht nur einen gewaltigen wirtschaftlichen Umschwung und Aufschwung, sondern auch politische Umgestaltungen von unübersehbarer Tragweite nach sich ziehen muß, darauf kann hier nur im Vorbeigehen verwiesen werden. Je schärfer also der industrielle Schutzzollkrieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sich ent-

wickeln wird, desto schärfer wird in Deutschland selbst der Konflikt zwischen Industrie und Grundbesitz, der zweifellos mit der Abschlachtung des Junkers enden wird.

Das sind Aussichten, die der Sozialdemokratie sehr willkommen sein müssen, nur muß sie es verstehen, die Situation sich zu nutze kommen zu lassen. Im Kampf gegen das Agrariertum muß die Industrie sich auf die Arbeiterschaft stützen. Gäbe es keine Sozialdemokratie, so würde jetzt das industrielle Kapital die Führerschaft der Arbeiter übernehmen. Jetzt wird ihm das nicht mehr gelingen. Nicht etwa, weil die Sozialdemokratie schon längst für die Beseitigung der Getreidezölle eintritt — das würde ja nur den gemeinsamen Boden abgeben zu einem Zusammengehen von Unternehmertum und Arbeiterschaft —, sondern weil die Sozialdemokratie es nicht unterlassen wird, eine politische Forderung in den Vordergrund zu stellen, welche das industrielle Kapital zur offenen Bekennung seiner Klassenstellung zwingt: den achtstündigen Normalarbeitstag!

Nichts eignet sich so sehr zu einer Kampflosung, wenn man es nicht auf eine momentane Wirkung, sondern auf eine längere Entwickelung abgesehen hat, als der achtstündige Normmalarbeitstag. Solange der industrielle Aufschwung anhält, erfechten sich die Arbeiter einzelne Erfolge im direkten wirtschaftlichen Kampfe. Die politische Agitation für den Achtstundentag dient dann dazu, diesen einzelnen Kämpfen einen allgemeinen Klassenausdruck zu verleihen. Die politische Agitation stützt sich dann auf die Streiks, um auf diese Weise selbst im Parlament zur größeren Geltung zu kommen. Wenn aber die Krise eintritt und mit Streiks nichts mehr auszurichten ist, dagegen die Notwendigkeit sich herausstellt, die soeben im gewerkschaftlichen Kampf erlangten Errungenschaften mit aller Energie zu verteidigen, dann erst wenden die Arbeiter ihr ganzes Interesse der gesetzgeberischen Aktion des Normalarbeitstages zu. Wenn nun der Boden während des Aufschwunges genügend agitatorisch vorbereitet wurde, so wird erst während der Krise die politische Ernte gehalten. Waren früher durch die politische Agitation die Gewerkschaften gestärkt, so ist es jetzt die politische Partei, welche das gesamte Fazit des Kampfes in ihre Rechnung bucht.

So wird die Sozialdemokratie durch die gesamte wirtschaftliche und politische Entwickelung zur Agitation für den Achtstundentag gedrängt. Sie findet darin einen Ersatz für jene Agitationsmittel, deren Anziehungskraft schwächer wird, zugleich aber dient es ihr dazu, im politischen Kampf eine strenge Klassenscheidung durchzuführen, die Massen zusammenzuhalten, unmittelbare Besserung der Arbeiterlage zu eringen und die proletarische Armee kampfbereit zu machen für den kommenden Tag der großen Abrechnung.

Bis jetzt war, nach der ganzen wirtschaftlichen Lage, das Kleinbürgertum dazu berufen, in Deutschland die politische Herrschaft zu führen. Aber es hatte diese Herrschaft nicht, weil die Sozialdemokratie sie ihm durch Organisation der Arbeiterklasse aus den Händen entwunden hat. Jetzt käme die Reihe an das industrielle Kapital. Aber hier erst recht hat die deutsche Sozialdemokratie bereits einen großen Vorsprung. Zweifellos wird sie auch diesmal alle Wässer der politischen Entwickelung auf ihre Mühle lenken. Nur darf man nicht vergessen, daß wenn man sich auch mit dem Kleinbürgertum sehr gut auf dem Boden der Verbrauchssteuern und des Militarismus auseinandersetzen konnte — wobei aber doch auch die Arbeiterschutzgesetzgebung nicht fehlte — so braucht man, wo es sich um die großen kapitalistischen Industriekämpfe handelt, Agitationsmittel von einem anderen Kaliber.

Der Kampf für den Achtstundentag wird die Signatur abgeben für die nächste Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie. Wer es noch nicht begriffen hat, wird es bald begreifen lernen. Aber je früher man aufsteht, desto mehr erreicht man. Wer die gesamte kommende Entwickelung in seinem Taschenbüchlein eingeschrieben haben will, bevor er sich zum Handeln entschließt, würde vielleicht einen guten Archivarius abgeben, er ist aber sicher ein schlechter Politiker!

Druck von Hermann Schoenfeld in Dresden